

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Verhandlungen der ... Versammlung des ... Landtags des Freistaats Oldenburg

Staat Oldenburg

**Oldenburg, [O.], Landtag 1.1849 - 6.1852; 30.1905/08 -
33.1916/19; 1.1919/20 - 5.1928/30[?]**

8. Sitzung, 03.04.1922

[urn:nbn:de:gbv:45:1-90141](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-90141)

Stenographischer Bericht

über

die Verhandlungen

der

6. Versammlung des II. Landtags des Freistaats Oldenburg.

Achte Sitzung.

Oldenburg, den 3. April 1922, vormittags 9 Uhr.

Tagesordnung: Fortsetzung der Tagesordnung der siebten Sitzung.

Vorsitzender: Präsident Schröder.

Am Regierungstisch: Ministerpräsident Tanzen, Staatsminister Dr. Driver, Staatsminister Meyer.

Präsident: Ich eröffne die Sitzung und bitte den Herrn Schriftführer, das Protokoll zu verlesen. (Abg. Bartels verliest das Protokoll der 7. Sitzung.) Sind Einwendungen gegen das Protokoll zu erheben? Es ist nicht der Fall, dann ist es genehmigt. Ich bitte nunmehr Herrn Schriftführer Nieberg, die Eingänge mitzuteilen. — Geschieht. — Der Landtag ist mit den Ueberweisungen einverstanden. Es ist dann weiter eingegangen eine förmliche Anfrage des Herrn Abg. Albers folgenden Wortlauts. (Präsident liest die Anfrage wegen des Reichsortsklassenverzeichnisses vor.) Ich setze die förmliche Vorbringung dieser Anfrage auf die Sitzung, die nach der Erledigung der Voranschläge folgt.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

1. Gegenstand ist der

Bericht des Finanzausschusses über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben des Landesteils Oldenburg für das Jahr 1922 (1. April 1922 bis 31. März 1923). 1. Lesung. (Anlage 25.)

Wegen der Einnahmen und der Ausgaben ist je ein besonderer Bericht des Ausschusses hergegeben. Ich eröffne

die Beratung zu dem Antrag 1 des Ausschusses, zu den Einnahmen:

Annahme des § 1 unter Erhöhung der Summe auf 8 855 000 M,

zum § 1 der Einnahmen und zu dem Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben für die Landeskasse im allgemeinen und gebe zunächst das Wort dem Herrn Berichterstatter, Abg. Müller.

Abg. Müller: Ich habe einige Rechen- und Schreibfehler im Bericht richtigzustellen: Es müssen zu § 109 der Ausgaben noch 2000 M eingesetzt werden, dann steigt die Summe der Mehrausgaben auf 10 478 200 M; dann ändert sich nachher die Subtraktion von 16 200 000 M, abzüglich 10 478 200 M, auf 5 721 800 M, davon 2 Millionen Mark Gewerbesteuer ab, ergibt als Fehlbetrag, der verbleibt, 3 721 800 M. Das wollte ich jetzt nur richtigstellen.

Präsident: Herr Minister Driver hat das Wort.

Minister Dr. Driver: Meine Dame und meine Herren! Als ich im vorigen Jahre zu Beginn der Beratungen des Voranschlags das Wort an dieser Stelle ergriff, habe ich zu der damaligen Finanzlage mich dahin geäußert, daß sie verhältnismäßig günstig sei. Ich konnte dies sagen, weil derzeit die Einnahmen und Ausgaben bis auf einen Fehl-

betrag von 2 Millionen Mark ins Gleichgewicht gebracht wurden. Ich konnte das deshalb auch sagen, weil der Vergleich mit dem Reich, mit Preußen, mit Bremen und anderen Ländern unsere Finanzlage als günstig darstellte. Diesen letzteren Vergleich möchte ich heute nicht mehr ziehen. Denn es ist schließlich ein zweifelhafter Trost für den Finanzminister, wenn er sich sagt, daß es anderen Ländern noch schlechter geht als seinem eigenen Lande. Ich will mich also heute beschränken auf die Beurteilung unserer Finanzlage als solcher. Leider muß ich erklären im Gegensatz zu dem, was ich im vorigen Jahre gesagt habe, daß unsere Finanzlage jetzt ungünstig ist. Ich will zunächst, wie ich das auch im vorigen Jahre getan habe, mit ein paar Worten eingehen auf den voraussichtlichen Abschluß des Jahres 1921. Hier zeigt sich uns ein Lichtblick. Nach den aufgemachten Berechnungen, die teilweise allerdings auf Schätzungen beruhen, wird das Rechnungsergebnis des Jahres 1921 voraussichtlich mit einem Ueberschuß von 8 Millionen Mark abschließen. Der Grund hierfür liegt darin, daß die Einkommensteuer im Voranschlag 1921 nur eingesetzt war mit der sogenannten Garantiesumme, nämlich mit 27 Millionen Mark, daß aber der Einkommensteueranteil des Staates nach der tatsächlichen Veranlagung, wie sie jetzt vorliegt, voraussichtlich 51 Millionen Mark erbringt. Auf dies Mehr ist der voraussichtlich günstige Abschluß des Rechnungsjahres 1921 zurückzuführen. Vorausgesetzt ist allerdings dabei, daß diese Einnahmen auch wirklich einkommen, und ferner, daß die Ausgaben, die ja jetzt noch auf das Jahr 1921 angewiesen werden, nicht allzusehr steigen werden. Die Nachzahlungen aus dem Jahre 1920 gehören an sich dem Jahre 1920 an und hätten dort auch verbucht werden müssen. Da aber das Jahr 1920 längst vorbei, auch die Rechnungen längst abgeschlossen sind, blieb nichts anderes übrig, als daß diese Nachzahlungen im Jahre 1921 zur Verbuchung kommen. Zeigt sich hier bei dem Jahre 1921 voraussichtlich ein Lichtblick, so verdüstert das Bild sich aber für das Jahr 1922, dem ich mich jetzt zuwende.

Wie Sie aus dem Voranschlag ersehen haben, schließt das Jahr voranschlagsmäßig mit einem Fehlbetrage von $11\frac{1}{2}$ Millionen Mark ab. Der Voranschlag ist aber schon im Herbst vorigen Jahres aufgestellt. Infolge der sprunghaft anhaltenden Teuerung sind die Zahlen des Voranschlags zum großen Teil längst überholt. Es ist daher von dem Ausschuß versucht worden, das Ergebnis den wirklichen Verhältnissen etwas näher zu bringen. Sie sehen das auf der ersten Seite des Berichts über die Einnahmen auf Seite 520. Es sind danach im ganzen an Mehreinnahmen eingestellt worden 16 200 000 *M.* Unter diesen Einstellungen befindet sich auch eine Mehreinnahme an Einkommensteuer von 7 Millionen Mark. Angenommen ist im Voranschlag die Einkommensteuer, die sich für das Jahr 1920 ergeben hat mit netto 178 Millionen Mark, und hierzu ist für das Jahr 1922 ein Zuschlag von 30 % hinzugesetzt. Das ergibt als Landesanteil die Summe von 66 Millionen Mark statt der im Voranschlag enthaltenen 59 Millionen Mark, also 7 Millionen Mark mehr. Ebenso ist die Körperschaftsteuer erhöht worden; bei dieser ist eine Mehreinnahme von 1 960 000 *M.* eingestellt worden. Andererseits mußten aber auch die Ausgaben entsprechend erhöht werden; das ist auch

auf der Seite 520 geschehen. Es ergeben sich nach der Berichtigung, die der Herr Berichterstatter soeben vorgenommen hat, Mehraufwendungen von rund $10\frac{1}{2}$ Millionen Mark; diese abgezogen von den Mehreinnahmen von 16 Millionen Mark ergibt rund 6 Millionen Mark. Wenn man hiervon die Gewerbesteuer mit 2 Millionen Mark in Abzug bringt, die ja für dieses Jahr den Gemeinden überwiesen werden soll, so bleiben rund 4 Millionen Mark, um die sich das Defizit des Voranschlags von $11\frac{1}{2}$ Millionen Mark verringern würde. Es würden also nach der Berechnung des Ausschusses im ganzen etwa 7 bis 8 Millionen Mark Defizit verbleiben. Es sind aber bei dieser Zusammenstellung nicht die Mehrausgaben berücksichtigt, und es gibt infolgedessen diese Zusammenstellung des Finanzausschusses ein falsches Bild über unsere Finanzlage. Unberücksichtigt geblieben sind — und gehen demnach noch hinzu an Mehrausgaben für Verpflegung in der Hebammenlehranstalt — in den Gefängnissen und in Wehnen etwa 2 Millionen Mark, ferner an Mehrkosten, die aus der höheren Einstufung der Orte erwachsen, 1 930 000 *M.*, weiter an Mehrkosten, die durch die jährliche Erhöhung des Teuerungszuschlages für die ersten 10 000 *M.* des Gehalts und Ortszuschlages vom 1. Januar bewilligt sind, 5 315 000 *M.*, und weiter auch die Mehrausgaben infolge der neulich im Reich bereits Gesetz gewordenen Erhöhung der Besoldungen vom 1. April d. J. an; diese betragen für den Landesteil Oldenburg im ganzen $33\frac{1}{2}$ Millionen Mark. (Hört, hört!) Wenn man diese Mehrausgaben, die ich eben beziffert habe, zu dem Defizit von 8 Millionen Mark hinzurechnet, so erhöht es sich im ganzen auf 51 Millionen Mark; dabei sind die Einnahmen, wie ich vorhin schon andeutete, im wesentlichen ausgeschöpft. Jedenfalls sind aus den Forsten und aus den Pachten keine höheren Einnahmen zu erwarten. Es sind hier die tatsächlichen Beträge, die zu erwarten sind, bereits eingestellt. Möglich ist immerhin, daß die Einkommensteuer noch etwas mehr erbringen wird, aber das wird nicht ganz erheblich zu Buch schlagen, weil der Staat immer nur $\frac{3}{7}$ der Einkommensteuer erhält. Die Mehrausgaben, die ich benannt habe, sind aber nicht vollständig. Unberücksichtigt sind z. B. geblieben die Geschäftskosten bei allen Behörden. Es ist anzunehmen, daß diese Geschäftskosten um ein ganz Erhebliches noch steigen werden. Danach ist also wohl mit ziemlicher Sicherheit zu sagen, daß dies Defizit sich im Laufe des Jahres noch wesentlich erhöhen wird, weil die Ausgaben noch nicht zum vollen Betrage zum Ansatz gekommen sind.

Meine Herren! Nach diesen Angaben kann man nur sagen, daß unsere Finanzlage ungünstig ist. Nicht berücksichtigt ist bei meinen Angaben allerdings der neue Entwurf des Reichslandessteuergesetzes, der z. Bt. dem Reichstag vorliegt und vorsieht, daß die Länder außer den bisherigen Steuerüberweisungen noch 50 % der Kennwertsteuer, der Gewerbeanschaffungssteuer und der Kraftfahrzeugsteuer haben sollen, und wenn eine allgemeine Fahrzeugsteuer in den Ländern eingeführt wird, die ganze Kraftfahrzeugsteuer. Die Mehreinnahmen aus diesen Steuern werden indes nicht erheblich sein. Die Prozentsätze der Erbschaftsteuer, Einkommensteuer, Umsatzsteuer sind in dem Entwurf des Landessteuergesetzes so geblieben wie bisher. Es wird allerdings versucht werden, von der Einkommen- und Umsatzsteuer

höhere Ueberweisungsbeträge für die Länder und die Gemeinden zu bekommen. Auf einer Finanzministerkonferenz zu Anfang voriger Woche, an der ich teilgenommen habe, war man allseitig der Ansicht, daß aus der Umsatzsteuer den Ländern und auch den Gemeinden höhere Prozentsätze vom Reich überwiesen werden müßten. Es wurde auch angeregt und soll beim Reich beantragt werden, daß den Ländern und Gemeinden nicht $\frac{2}{3}$ der Einkommensteuer überwiesen werden soll, sondern $\frac{3}{4}$. Es wurde weiter angeregt, daß die Grunderwerbsteuer vollständig den Gemeinden und den Ländern überwiesen werden soll. Und endlich wurde auch hervorgehoben, daß den Gemeinden wieder ein allerdings in seiner Höhe beschränktes Zuschlagsrecht zu der Einkommensteuer gegeben werden müßte. (Bravo!) Aber alles dies, meine Dame und meine Herren, sind bislang nur Wünsche. Es muß abgewartet werden, welche Stellung das Reichsfinanzministerium dazu einnehmen wird. Die Finanzlage des Reiches ist, wie Ihnen bekannt, eine durchaus trostlose. Und ob das Reich angesichts des Drucks, der von der Entente auf dasselbe jetzt ausgeübt wird, in der Lage sein wird, den Ländern und Gemeinden noch erhebliche Mehrbeträge aus den Reichssteuern zufließen zu lassen, ist immerhin zweifelhaft. Reich, Länder und Gemeinden befinden sich in einer Notgemeinschaft. Eine Finanzreform vermag hier auch nicht völlig Abhilfe zu schaffen, darüber müssen wir uns klar sein. Der Grund der allgemeinen Finanzkalamität liegt in unserm kranken Wirtschaftskörper, in der Zerrüttung unserer Währung, in dem Arbeiten der Notenpresse, mit welcher die Böcher der laufenden Ausgaben immer wieder zugestopft werden. Solange diese ungünstigen zerrütteten Wirtschaftsverhältnisse vorhanden sind, wird man niemals die Finanzkalamität im Reich und den Ländern und Gemeinden vollständig beseitigen können; darüber bestand auch in der Konferenz der Finanzminister vollständige Uebereinstimmung. Das Reich gibt den Ländern für die erhöhten Bezüge an Beamtenbesoldungen Vorschüsse; aber, meine Dame und meine Herren, das sind Vorschüsse, die zurückbezahlt werden müssen. Das sog. Dotationsprinzip, wie es in der letzten Zeit zwischen dem Reich und den Ländern hinsichtlich der Beamtenbesoldungsausgaben geübt worden ist — wir haben auch solche Vorschüsse vom Reich, für den Staat und auch für einzelne Gemeinden uns geben lassen —, ist an sich falsch, denn durch dasselbe werden die Länder vollständig zu Kostgängern des Reiches gemacht, und sie verlieren damit wieder ein Stück ihrer bisherigen Hoheit. Wenn ich vorher sagte, daß durch keine Finanzreform völlige Abhilfe geschaffen werden kann in Bezug auf unsere ungünstigen finanziellen Verhältnisse, so müssen wir andererseits nach meiner Ansicht doch alles tun, um unsere Finanzen möglichst in Ordnung zu halten. Welche Folgerungen müssen wir denn aus dem, was ich vorgebracht habe, ziehen?

1. Die Einkommensteuer bildet nach wie vor das Rückgrat unserer Staatsfinanzen, sie ist ja in diesem Jahre mit 66 Millionen Mark eingestellt. Daraus folgt meines Erachtens, daß wir alles tun müssen, um die Einkommensteuer auch voll in unserm Lande auszuschnöpfen. Es muß das wirkliche Einkommen erfaßt werden, daran sind Länder und Gemeinden in hohem Maße interessiert. Es geht also nicht an, daß wir

den Reichsfinanzbehörden in Bezug auf die Reichseinkommensteuerveranlagung Hemmungen und Hindernisse bereiten, damit nicht das wirkliche Einkommen erfaßt werde. Wenn Ungleichheiten in den Einkommensteueranlagungen im Lande und im Verhältnis unseres Landes zu Preußen vorhanden sind, so muß darauf hingewirkt werden, diese zu beseitigen. Wir müssen alles tun, daß das wirkliche Einkommen nicht nur in unserm Lande, sondern auch in den benachbarten Bezirken erfaßt wird, und das wird geschehen. Ich kann Ihnen erklären, daß die Ergebnisse der Beratungen, die derzeit hier im Landtag gepflogen sind, dem Landesfinanzamt Hannover zur Kenntnis gebracht sind mit dem Ersuchen um Abhilfe, und ebenfalls dem Reichsfinanzministerium. Ich habe keinen Zweifel daran, daß hier, wenn auch nicht in diesem Jahre, so doch jedenfalls im nächsten Jahre Abhilfe geschaffen wird. Eine Veranlagung der Einkommensteuer unter dem wirklichen Einkommen ist auch ungesetzlich, und schon aus diesem Grunde darf man einer Veranlagung unter dem wirklichen Einkommen nicht das Wort reden.

2. Es müssen auch die uns verbliebenen Steuern ausgeschöpft werden. Es kommt zunächst die Grund- und Gebäudesteuer in Betracht. Meine Dame und meine Herren! Ich will hier ganz offen erklären: Ich halte es für ganz ausgeschlossen, daß die Grundsteuer nicht mit dem fünfzehnfachen Betrage und die Gebäudesteuer nicht mit dem sechsfachen Betrage in diesem Jahre in den Voranschlag eingestellt bleibt. Der Antrag, der darauf hinausgeht, die Grund- und Gebäudesteuer mit einem geringeren Betrage anzusetzen, ist nicht annehmbar, das geht nicht. Sie werden mir wahrscheinlich entgegenhalten und haben es im Ausschuß auch schon getan, daß ich nicht auf die Gewerbesteuer hätte verzichten sollen. Ich habe mich zu diesem Verzicht nur mit schweren Bedenken auf Drängen der Städte und der Vorortsgemeinden und auf Drängen des Ministeriums des Innern als Kommunalaufsichtsbehörde verstanden, in der Erkenntnis, daß es tatsächlich den Städten und den Vorortsgemeinden in diesem Jahre schlecht geht, daß sie sich in einer Notlage befinden, und daß ihnen deshalb geholfen werden muß. Ich sagte vorhin schon, Reich, Länder und Gemeinden befinden sich in einer Notgemeinschaft; vom Reich ist das zur Genüge bekannt. Die Gemeinden haben ihre Notlage kräftig in die Öffentlichkeit hineingerufen; auf ihren Versammlungen haben Stadtvertreter entsprechende Beschlüsse gefaßt, aber diese Notlage besteht für den Landesteil Oldenburg, dessen Vertretung bislang noch wenig darüber nach außen hin verlautbart hat, in ebensolchem Maße, das kann man aus dem Defizit, das ich Ihnen eben errechnet habe, ersehen. Ich erkläre aber nochmals: Ich habe auf die Gewerbesteuer nur für das eine Jahr verzichtet. Von den Ueberweisungen, die Länder und Gemeinden nach dem Reichslandesteuergesetz demnächst erhalten werden, muß abhängig gemacht werden, ob der Staat weiterhin auf die Gewerbesteuer verzichten kann. Einstweilen wiederhole ich meine Erklärung dahin, daß der Verzicht nur für ein

Jahr in Anbetracht der jetzigen ungünstigen Verhältnisse der Stadtgemeinden und Vorortsgemeinden ausgesprochen ist.

Es ist mir in einer der Sitzungen der letzten Wochen vom Herrn Berichterstatter, Abg. Müller, zugerufen, es müßten neue Steuerquellen erschlossen werden; ja, meine Dame und meine Herren, das ist leicht gesagt. Ich weiß nicht, welche neuen Steuerquellen noch erschlossen werden können (Sehr richtig!), ich weiß keine. Wenn aber der Landtag mir solche Angaben machen kann, dann bin ich gern bereit, die Vorschläge zu prüfen.

Endlich bleibt uns noch übrig, daß wir uns sparsamer einrichten. Der Herr Reichskanzler hat in seiner programmatischen Rede am vorigen Montag gesagt, daß äußerste Sparsamkeit geübt werden müsse im Reich und in den Ländern. Der Reichskanzler hat wörtlich gesagt:

„Ich setze mich im Namen der Reichsregierung und als Reichskanzler dafür ein: Es muß bis zum äußersten gespart werden, das ist unsere Pflicht, und wir wollen sie weiter üben. Unsere Verwaltung müssen wir immer noch weiter verbessern und wirksamer, straffer und schneller arbeiten lassen; auch für die Länder gilt das gleiche.“ usw. Der Herr Reichskanzler hätte hinzufügen können: „Das gleiche gilt auch für die Gemeinden“, denn auch in den Gemeinden muß ebenso gespart werden wie im Reich und bei den Ländern. (Sehr richtig!) Neueste Sparsamkeit ist durch unsere Finanzlage, wie ich sie Ihnen eben geschildert habe, geboten; es muß alles getan werden, sie auch in die Tat umzusetzen. Worte sind bislang genug gefallen. (Sehr richtig!) Taten habe ich bis jetzt nicht gesehen. (Sehr richtig!) Man hat schon viel von Sparsamkeit geredet, aber von Taten habe ich nichts gemerkt. (Bravo!) Meine Dame und meine Herren! Wir dürfen uns nach der Lage unserer Staatsfinanzen der Einsicht nicht verschließen, daß wir wirklich in Bezug auf Sparsamkeit zu Taten übergehen müssen, denn ich fürchte, es können sonst unsere Ausgaben so anschwellen, daß wir ihrer schließlich nicht mehr Herr werden können. (Abg. Raschke: Dann schluckt Preußen uns über!)

Ich will noch eins zum Schluß sagen: Ich hoffe, daß dies Bild, das ich Ihnen hier entrollt habe, sich noch günstiger gestalten wird, indem aus der Einkommensteuer im Jahre 1922 mehr fließen wird, als wir angesetzt haben, ich hoffe das, weiß es aber nicht. Ich hoffe weiter, daß wir aus den Ueberweisungen des Reiches, namentlich aus der Umsatzsteuer erhebliche Mehrbeträge bekommen werden. Aber, meine Dame und meine Herren, darüber müssen wir uns klar sein, daß diese Mehrbeträge an Einkommensteuer und aus den Steuerüberweisungen des Reiches niemals so hoch sein werden, daß sie das Defizit von wenigstens 51 Millionen Mark in unserm Staatshaushalt ganz beseitigen werden, und darum sage ich noch einmal: Wir müssen neben den anderen kleinen Mitteln, die ich Ihnen genannt habe, zur Übung äußerster Sparsamkeit übergehen, die Not wird uns dazu zwingen; je eher wir dazu übergehen, desto besser wird es für uns sein. (Bravo!)

Präsident: Herr Abg. Müller hat das Wort.

Abg. Müller: Meine Dame und meine Herren! Die Ausführungen des Herrn Finanzministers bieten ja ein sehr

trauriges Bild unserer demnächstigen Finanzlage. Als der Bericht des Ausschusses herauskam, war nicht alles zu übersehen, was eben mitgeteilt ist. Vor allen Dingen konnten wir nicht wissen, daß die Beamtenbesoldung ein Mehr von 33½ Millionen erfordern würde, und auch die übrigen Zahlen, die er genannt hat für die Höhereinstufung der Orte, erhöhte Verpflegungskosten usw., konnten wir nicht mit verwenden, weil derartige Anträge in präziser Form nicht vorlagen. Der Finanzausschuß konnte nur die Zahlen aufnehmen, für die Anträge vorlagen, und danach stellt sich der Voranschlag bedeutend günstiger, als er erst ansah. Hätten wir die Gewerbesteuer behalten, wäre 5 Millionen Mark Defizit geblieben, das wahrscheinlich durch die Einkommensteuer und durch andere günstige Umstände weggefallen wäre. Leider ist die Gewerbesteuer vom Staat ausgegeben worden, wenn auch nur für ein Jahr, ich fürchte aber, daß es länger dauert. Ich glaube kaum, daß es zu verantworten ist, eine solche Steuer aus der Hand zu geben, um so mehr, als der Herr Finanzminister erklärt, die Gemeinden sollten dadurch entschädigt werden, daß das Mehr an Umsatzsteuer ihnen überlassen würde; darauf wollte der Staat verzichten. (Minister Driver: Das fällt weg!) Jedenfalls war es bedenklich, diesen Schritt zu tun. Ich glaube, die Regierung muß dafür sorgen, daß die Ausgaben gedeckt werden; wie das zu machen ist, ist natürlich außerordentlich schwierig zu sagen; der Herr Finanzminister meint, man müßte sparsam sein. Wir haben den Voranschlag durchgenommen von Position zu Position und haben geprüft, wo abgesetzt werden konnte, und der Erfolg ist gewesen, 10½ Millionen Mehrausgaben und 100 000 M. Streichung; das sind die Ergebnisse der Bemühungen des Finanzausschusses, zu sparen. Sie sehen daraus, daß es ganz unmöglich ist, demnächst sparsamer zu wirtschaften, denn wir wissen, das Geld wird immer mehr entwertet. Es ist undenkbar, Abstriche zu machen, wenn man die notwendigen Bedürfnisse erfüllen soll. Die Hauptausgaben liegen jetzt: das sind die Gehälter und Geschäftskosten in den Behörden, daran kann man nicht streichen.

Dann hat der Herr Minister gesagt, man möchte ihm Objekte anzeigen, um Mehreinnahmen zu erzielen. Ich will da einige Vorschläge machen, selbst auf die Gefahr hin, als Rezer oder noch schlimmer verschrien zu werden. Zunächst will ich darauf hinweisen, daß es möglich wäre, das Schulgeld wieder einzuführen in den Volksschulen. Als 1910 die Volksschulen auf die Gemeinde übergingen, habe ich den Antrag gestellt, man möchte das Schulgeld wieder einführen, und zwar gestaffelt nach den Einkommen der Eltern. (Minister Driver: Reichsverfassung!) Ja, die Verfassung kann ja geändert werden. Die Einführung des Schulgeldes nach dem Einkommen bildet absolut keine übermäßige Belastung der Eltern. Wenn wir schon früher das Schulgeld gestaffelt hätten, würde man nie auf die Idee gekommen sein, es aufzuheben, aber eine gleichmäßige Erhebung von sämtlichen Eltern ließ sich nicht rechtfertigen. Wir haben die Tatsache, daß auf dem Lande die reichen Leute ihre Kinder in die Volksschule schicken müssen, weil keine höheren Schulen da sind, da könnte man ruhig ein Schulgeld von ihnen heben. Dann könnte man das Chausseegeld wieder einführen. Ich will natürlich keine Chausseebäume wieder aufrichten,

aber man könnte eine Befahrungssteuer erheben von jedem Fahrzeug, was da ist, auch von Fahrrädern und Kraftwagen; das wird jedenfalls verschiedene Millionen bringen können. (Abg. Raschke: „Eine Steuer auf neue Geseze hilft auch noch!“) (Heiterkeit.) Ja, die mag Herr Raschke beantragen! Meine Herren! Die Lage ist also eine hoffnungslose, wenn wir nicht durch Mehrerträge der Einkommensteuer und eine erhebliche Beteiligung der Länder daran zu einem besseren Ergebnis kommen.

Präsident: Herr Abg. Hug hat das Wort.

Abg. Hug: Meine Damen und meine Herren! Fröhliche Ostern sind es nicht für das deutsche Volk, indem wir im Freistaat Oldenburg unseren Haushalt in Ordnung bringen wollen. Ob und welchen Einfluß das Diktat der Reparationskommission auf die Haushaltspläne der Staaten Deutschlands und also auch unseren ausübt, das wissen wir noch nicht. Wir wissen nicht, welchen Einfluß das Valutaelend auf die Ausgaben für Gehälter, Löhne und Geschäftskosten bringen wird. Die Ausführungen des Herrn Ministers haben uns insofern alle überrascht, als wir bei der Festsetzung des Berichts noch nicht ahnen konnten, daß anstelle des Defizits von 11 Millionen ein solches von 51 Millionen Mark vorhanden sein würde. Ich begreife darum, daß er sehr düster in die Zukunft sieht und bemüht ist, Quellen zu finden, und dem Landtag empfiehlt, solche zu nennen, aus denen er neue Mittel schöpft, um das Defizit zu decken. Ich meine aber, so trostlos, wie es aus den Ausführungen des Herrn Ministers lauten könnte, ist die Lage nun nicht. Wir werden nachgerade gewöhnt, daß von Jahr zu Jahr die Unsicherheit in der Feststellung der Voranschläge zunimmt. (Sehr richtig!) Damit muß man natürlich rechnen; daran muß man sich gewöhnen. Man darf dabei aber gerade in Oldenburg nicht außer Acht lassen, daß das Staatsvermögen ein außerordentlich gut fundiertes und großes ist, und daß gerade in dieser Zeit die Wertsteigerung des Staatsguts, das wir haben, kommt und dabei in Rechnung gestellt werden muß. Ich will damit nicht sagen, daß man von der Vermögenssubstanz leben soll. Ich bin nun allerdings der Meinung, daß aus der Einkommensteuer und aus der Körperschaftssteuer hätte mehr eingestellt werden können. Ich gebe zu, ich kann Ihnen nicht den Nachweis führen, daß es so sein wird. Aber andererseits wird die Möglichkeit nicht abgestritten werden können. Meine Hypothese erhält Begründung durch die Ausführungen des Herrn Ministers, indem er darauf hinweist, daß, wenn die Ordnung in den Finanzen wieder hergestellt werden soll und da mit Reformen außerordentlich schwer geholfen werden kann, einige notwendige Maßnahmen getroffen werden müssen. Zunächst müßte die Einkommensteuer besser ausgeschöpft werden. Wir wissen da aus Erfahrung, daß das wirkliche Einkommen sowohl hier im Freistaat der Provinz Oldenburg als in der Nachbarschaft Preußen nicht voll zur Steuer herangezogen wird, daß Hemmungen und Hindernisse bestehen. Das heißt mit anderen Worten, daß eine reelle ehrliche Angabe, wie groß das Einkommen ist, daß dies sehr mangelhaft ist. Also daß diese Quelle nun voll ausgeschöpft werden muß, daran muß der Regierung nun ganz ernstlich liegen. Und wir

sind sicher ganz damit einverstanden, wenn alles getan wird, moralisch und durch Gesetz, daß den Finanzämtern das Leben, um dem Staat gerecht zu werden, nicht schwer gemacht wird, sondern daß es möglich wird, daß die Finanzämter zu ihrem Recht kommen. Es zeigt aber auch, daß man annehmen kann, daß, wenn ordnungsmäßig die Einkommen angegeben worden wären, die Ueberweisungen vom Reich größer wären und wir kein 51-Millionendefizit haben würden.

Meine Damen und meine Herren! Man hat dann darauf hingewiesen, daß es unmöglich ist, daß der Antrag, der gestellt worden ist, den 15- bzw. 16fachen Betrag der Grund- und Gebäudesteuer zu ermäßigen auf das 2- und 4fache, daß der angenommen werden könnte. Hoffentlich wird dieser Gedanke durchdringen und wird der Antrag keine Annahme finden. Ich komme später noch darauf zurück. Hoffentlich, sage ich, wird der Gedanke zum Durchbruch kommen, daß auch die Verabschiedung unseres Stats von allgemein politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet werden muß und daß, wenn man aufbauen will, ein Haupterfordernis ist, daß alle, die Opfer bringen können, ohne ihre Existenz zu beeinträchtigen, Opfer bringen müssen; daß sie geben, wo sie geben können, und daß sie sich nicht des Steuerzahlens entziehen, wie die Klagen so außerordentlich sind.

Der Herr Finanzminister hat dann vom Sparen gesprochen. Gewiß muß gespart werden. Und ich bin fest überzeugt, daß wir noch mehr sparen müssen, als wir heute gespart haben. Da wir wahrscheinlich erst anfangen müssen zu sparen, wenn das Schlimmste eintritt, was wir befürchten können. Aber ich bin der Ansicht, daß, solange wir es möglich machen können, die notwendigen Kulturaufgaben zu erfüllen, wir sie eben erfüllen müssen. Solange wir es machen können, müssen wir auch verbende Arbeiten liefern, um aufzubauen, müssen wir Industrie entwickeln, Handel entwickeln und Verkehr entwickeln. Solange wir das können, müssen wir das trotz der schlechten Aussichten tun. Wenn wir es nicht mehr können durch gewaltige Eingriffe in die Existenz des deutschen Volkes, ist es eine andere Sache, dann können wir eben unsere Pflicht nicht mehr erfüllen.

Der Herr Finanzminister hat darauf hingewiesen, daß Versuche gemacht worden sind, zu sparen, daß man viel vom Sparen redet, aber daß nicht gespart werde. Ja, meine Herren, ich habe bedauert und nicht verstanden, daß man innerhalb des Hauses und außerhalb des Hauses von einem Mangel an Sparsamkeit redet, ja, daß man sogar in den letzten Monaten den Bankrott des Landes an die Wand gemalt hat. Wenn das so fort geht von den Herren, die hauptsächlich vom Sparen reden, kann man gespannt sein, was dabei herauskommt. Bis jetzt ist nichts dabei herausgekommen. Herr Abg. Müller hat nachgewiesen, daß nicht viel bei der Beratung des Voranschlags im Ausschuß herausgekommen ist (Leider!), und wenn Sie diese Sparsamkeit fortentwickeln, dann kommen Konsequenzen, die ich Ihnen nach und nach mal vorführen werde.

Meine Dame und meine Herren! Abstriche sind gemacht worden: Bei § 16 Volkshochschulen 20 000 *M.*, beim Werkhause Zuschuß für das Werkhaus, § 69 70 000 *M.*,

bei § 121 Leibesübungen 61000 *M.* Die sind begründet worden mit der Notwendigkeit des Sparens und mit dem Einschlagen eines langsameren Tempos. (Ministerpräsident Tanzen: Ist ja nicht gestrichen; ist nur ein Antrag der Minderheit!) Ich habe mich doch gegen die Tendenz zu wenden. Meine Herren! Was durch den Krieg kaputt geschlagen worden ist an ethischen und moralischen Werten, das brauche ich nicht des näheren zu demonstrieren. Und daß das Volkshochschulwesen die Einrichtung ist, die Reparationen — die Bildung, die Moral — bringen soll, darüber sind wir einig. Und im vorigen Jahre sind 80000 *M.* eingesetzt worden, jetzt 100000 *M.*, davon für Vortragswesen 50000 *M.* Ja, eine Erhöhung um 20000 *M.* entspricht nicht einmal der Erhöhung der Preise für alle möglichen Dinge zum notwendigen Lebensunterhalt. Dasselbe gilt für die Leibesübungen. Ja, meine Herren, nachdem 4 Jahre lang die Jugend durch die Unterernährung außerordentlich gelitten hat, nachdem jetzt Teuerungswelle über Teuerungswelle kommt, die Ernährung auch noch nicht in Ordnung gebracht ist, sollte man doch dem Streben, das im Volk sitzt, die Leibesübungen zu pflegen, Rechnung tragen und nichts abstreichen. Dann die Rücksichtnahme auf die Kosten der Aufbauschulen, wo man heillose Angst hat, daß die uns umbringen. Dann kommt noch der Antrag auf Streichung der Kosten der Einrichtung des Landesmuseums um etwa 1½ Millionen Mark. Also bei dem Etat von 160 Millionen Mark 1¼ Millionen abstreichen, das ist eine Sparsamkeit, auf die man nicht besonders stolz sein braucht. Meine Herren! Wenn Sie da weiter fortfahren wollen, müssen Sie anders zufassen. Sie brauchen sich nicht zu wundern. Ich habe die verwunderten Gesichter im Finanzausschuß gesehen, als jemand sagte: Wie wäre es denn, wenn man bei den Zuwendungen für die Landwirtschaft und für die Kammern anfangen zu sparen? Meine Herren! Für das Landesökonomiewesen: Landwirtschaftskammer 50000 *M.*, landwirtschaftliche Winter Schulen 422000 *M.*, Förderung der Pferdezucht 100000 *M.*, Förderung der Rindvieh- und Schweinezucht 81000 *M.* Das sind im ganzen schon 653000 *M.* Ja, meine Damen und meine Herren, wir wissen sehr gut, daß die Gebiete der Landwirtschaft die Hauptquellen sind für unsere Staatswirtschaft. Wir wissen sehr gut, welche Bedeutung die Landwirtschaft in unserm Lande hat. Wir wissen sehr gut, daß es recht und billig ist, wenn man diesen Haupterwerbszweig fördert durch Staatsmittel, wenn es notwendig ist. Genau so, wie man früher Industrien gefördert hat durch Schutzzölle und durch direkte Zuwendungen, um sie zu erziehen und hochzubringen. Aber wenn man sich auf den Standpunkt der Sparsamkeit stellt, dann kann man heute nicht mehr sagen, daß die oldenburgische Landwirtschaft der Staatsunterstützung bedürfe durch solche Zuwendungen. Wenn ein Hengsthalter einen Hengst verkauft für 200000 *M.*, hat er unter Umständen 100000 *M.* verdient, genau soviel, wie der Staat der Landwirtschaft für die Förderung der Pferdezucht bezahlt. So geht es auf allen Gebieten, so ist es auch bei der Handelskammer. Sie können bei den Kammern auch sparen. Ich will eins sagen — es ist nicht meine Sache, Kleinliche Kritik zu üben — aber es ist notwendig, auf Dinge aufmerksam zu machen, und gerade heute, die leider

übersehen werden. Wir lesen ja, daß heute der Hektar Land mit 50000 *M.* bezahlt wird, daß trotzdem ein Landhunger vorhanden ist. Wir lesen nichts mehr von Zwangsverkäufen. Also ein Zeichen, daß trotz dieser ungesunden Entwicklung es doch noch möglich ist, bei solchen Bodenpreisen ein Geschäft zu machen. Und die kleinen Leute im Lande klagen noch, sie können kein Land kriegen, es sei außerordentlich schwer, dem Gedanken der Siedlung Durchbruch zu verschaffen. Ja, meine Herren, das zeigt eben, daß die Dinge, wie sie sich jetzt entwickelt haben, trotz dieser hohen Grund- und Bodenpreise der Landwirtschaft noch hohe Einnahmen sichern und daß zu den Einnahmen durch vermehrte Viehhaltung die Werte ganz außerordentlich vermehrt werden. Anstatt Papier Rinder und Pferde. Das ist ganz richtig. Aber dann, wenn das der Fall ist, kann man sagen, dann kann die Landwirtschaft die Zuwendungen selbst aufbringen, die ihr vom Staat gegeben werden. Sonst bewahrt man sich hier das Sprichwort: „Es erben sich Geseß und Rechte wie eine ewige Krankheit fort,“ oder: Wer da hat, dem wird noch gegeben.

Meine Herren! So liegt es auch bei den anderen Kammern. Wenn man sparen will, kann man auch der Handelskammer und der Handwerkskammer das Opfer auferlegen, die 34000 *M.*, die 20000 *M.* und die 75000 *M.* selbst aufzubringen. Das will ich aber gar nicht tun. Aber auch das muß heute gesagt werden: Was haben diese Kammern in der schweren Zeit für den Aufbau der Volkswirtschaft getan? Wenig oder gar nichts. Was an Aufbauarbeit geleistet worden ist, ist mehr oder weniger allein von der Regierung ausgegangen, von der Regierung, die von vielen Vertretern dieser Kammern aufs schmählischste angegriffen wird, offen und versteckt, weil sie die Regierung einer Republik ist. Ich verstehe sehr gut, wenn eine Steuer, wie die Gewerbesteuer, kommt, daß die Berufsvertretung sich damit befaßt und prüft, ob sie möglich zu ertragen ist. Es muß darum festgestellt werden, und wir wissen das und ich wiederhole es heute wieder, daß die oldenburgische Regierung nie zu einer Gewerbesteuer gekommen wäre, wenn nicht die elenden Zustände und der Zusammenbruch dazu gedrängt hätten. Daß wir von der sozialdemokratischen Partei nie unsere Stimme zu der Gewerbesteuer gegeben hätten, das muß Ihnen hinreichend bekannt sein, und darum muß es hier getadelt werden, aufs schärfste, daß die Propaganda, die Protestaktion gegen die Gewerbesteuer in einer nach meiner Auffassung taktlosen unerhörten Art und Weise gegen die Regierung gerichtet worden ist. Ich kenne die Notlage, die der Krieg und seine Folgen in allen Kreisen gebracht hat, sehr wohl. Ich weiß sehr wohl, daß es Beamtenkreise gibt, die schwer unter der Not leiden, daß es Arbeiterkreise gibt, daß es kleine Handwerker gibt, Schuster, Schneider usw., die noch nicht das Einkommen erringen können, das ein Arbeiter bekommt. Die sind es aber nicht, die schreien. Sie sind es nicht, die gegen notwendige Einnahmen aus Steuern Front machen, sondern es sind gerade solche, die sich mehr oder weniger nicht nur durchringen, sondern die bei der Spekulation, die durch das Valutaclend kommt, außerordentliche Gewinne machen. Aus dem Valutaclend hat sich eine Spekulation entwickelt, wo alle, die es können, daraus zu gewinnen suchen, seien

es Landwirte, seien es Fabrikanten, Händler oder Handwerker. (Zuruf: Ober Arbeiter!) Wenn sie es können, tun sie es auch. Ich will nicht verallgemeinern, aber ich habe in letzter Zeit so viele Dinge erlebt. Ich habe im Oktober für eine Anstalt Kartoffeln einbuddeln lassen, habe versäumt, mit dem Mann abzumachen, was sie im März kosten sollten. Ich habe jetzt angefragt, was sie jetzt kosten müßten. Er schrieb: „Ich nehme natürlich nur den Tagespreis.“ So wird die Wirkung der Spekulation ausgenutzt. Dagegen zu wirken, das wäre Aufgabe der Kammern. Das haben sie aber nicht getan. Ich empfinde es als eine Taktlosigkeit, wenn Beamte von den Berufskammern, die Zuschüsse vom Staat bekommen, in der von mir gekennzeichneten Weise gegen die republikanische Regierung und ihre Träger losziehen, herumziehen im Lande und nicht mit Wahrhaftigkeit, sondern mit abgedroschenen Phrasen, mit Unrichtigkeiten die Handwerker und Geschäftstreibenden und Landleute einzunehmen suchen gegen die Möglichkeit der Regierung, ihre Finanzen in Ordnung zu bringen. (Abg. Dannemann: Die Beamten der Kammern sind doch nicht für die Regierung allein da!) Wenn es jemand gibt, der die Schimpffreiheit ertragen kann, so bin ich es, die Redefreiheit und die Meinungsfreiheit. Aber es gibt etwas, was man politisches Taktgefühl nennt, und das verbietet, dies oder jenes zu sagen, wenn er in einer gewissen Stellung ist. Wer ganz frei ist, kann seinen Schnabel gehen lassen, wie er will. Aber wer in gewissen Verhältnissen ist, hat auch einen gewissen Takt aufzubringen. Meine Damen und meine Herren! Wenn wir sparsame Wirtschaftspolitik treiben wollen, kommen wir dazu, daß alle diese Zuschüsse gestrichen werden, wenn wir sie fortführen wollen, kommen wir dazu, die Zuschüsse für die höheren Schulen, die Zuschüsse für die Privatschulen zu streichen, kurzum ein Zurückdrängen der wirtschaftlichen Entwicklung, der Kultur; ein Nichterfüllen der kulturellen Aufgaben. Und das kann natürlich nicht gewollt sein. Meine Damen und meine Herren! Ich will im Anschluß daran sagen, es muß selbstverständlich geprüft werden, was gespart werden kann. Und wenn wir es nicht mehr können, müssen natürlich auch die Kulturaufgaben darunter leiden. Aber so lange wir das können, müssen wir die Kulturaufgaben erfüllen. Es ist unmöglich, daß der Finanzminister eine Finanzpolitik auf lange Sicht machen kann. Er muß von Tag zu Tag und von Jahr zu Jahr leben. Im nächsten Jahre können sich die Verhältnisse ändern. Er kann im nächsten Jahre wieder ein freundliches Gesicht machen, wie er heute ein trübseliges Gesicht macht. Meine Herren! Die Ernährungsfrage bedrückt uns außerordentlich. Und ich habe immerzu den Eindruck, daß gerade die, die darin eine produktive Rolle spielen, es nicht überschauen, nicht das nötige Verständnis dafür haben. Der Umstand, der durch die freie Wirtschaft hervorgerufen worden ist, die Spekulation und die furchtbaren Teuerungswellen, die gekommen sind, wirken ganz außerordentlich niederdrückend auf alle Bevölkerungskreise, die Tag für Tag kämpfen müssen um die Aufrechterhaltung ihrer Existenz. Jedenfalls ist es furchtbar für sie, alle paar Monate die Erhöhung der Gehälter und Löhne um das Existenzminimum so weit wieder zu erhöhen, auf daß sie in die Lage kommen, am dasselbe Quantum Lebensmittel zu kaufen, wie sie es

vorher kaufen konnten. Es ist darum die Aufgabe derjenigen, die hier sparen wollen und die Einfluß haben auf die Produktion, mitzuhelfen und dafür zu sorgen, daß die Wirkung dieser Spekulation sich nicht so entwickelt, wie ich es vorhin geschildert habe. Die Revolution ist noch nicht zu Ende. Es ist eine soziale Revolution. Wir stehen noch mitten darin. Wie lange sie dauert, wissen wir nicht. Daß sie sich friedlich entwickelt und zum Stillstand kommt, das liegt bei denen, die es in der Hand haben, das Volk zu ernähren. Wer das begriffen hat, der muß mit dafür sorgen, daß diese Schattenseiten, die wir auch hier in unserm Etat finden, der Mangel an Opferwilligkeit, der Mangel an dem Pflichtgefühl, seine Steuern zu bezahlen, beseitigt wird.

Ich schließe damit, indem ich sage: Die 51 Millionen Mark Defizit, die hier mitgeteilt sind, können möglicherweise im nächsten Jahre ihre Deckung gefunden haben, wenn die vom Herrn Finanzminister mitgeteilten Reichssteuern durchgeführt sind, das Reichslandessteuergesetz durchgeführt ist, sofern nicht von den Mächten, die uns bedrücken, das unmöglich gemacht wird. Dann würden diese Dinge ja noch viel schlimmer. Ich bin also der Ansicht, daß viel mehr nicht zu sparen ist, daß aber auch in den Gemeinden, auf die der Herr Finanzminister hingewiesen hat, auch nicht viel zu sparen ist. (Sehr richtig!) Die Gemeinden, die einen hohen Etat haben, haben auch hohe Verpflichtungen. Es sind die paar Städte, die wir haben. Sie wissen ebenso gut wie ich, wie die eine so die andere belastet ist. Rüstingen z. B. ist stark belastet. Es ist notwendig, hier anzuführen, daß es die Nachteile der großartigen Entwicklung vor dem Kriege behalten hat und die Vorteile sind verschwunden. Die Erwerbsquellen sind zusammengeschrumpft und die sozialen Belastungen sind uns geblieben. Ich will darum an dieser Stelle der Regierung sagen, daß sie mit allen Mitteln dafür zu sorgen hat, daß wir uns so entwickeln können, um nicht auf Almosen angewiesen zu sein. Ich werde darum auch beantragen, bei § 279 f. die eingestellte Summe von 100 000 M für den Küstenkanal auf 150 000 M zu erhöhen. Daß sie schon heute verwandt wird, ist nicht nötig, aber es müssen die Kreise, die willens sind und strebsam sind, das zerschlagene Geschäftsleben zu heben, die müssen eine Unterstützung erfahren dadurch, daß die Regierung etwas tun will, und daß nicht das bloß ein Gerede ist, um die Leute an der Stange zu halten für den anderen Kanal. Wenn das nicht geschieht, meine Herren, dann sind Städte wie Rüstingen, die so stark zerschlagen sind, durch die Entwicklung der Dinge genötigt, für ihre sozialen Aufwendungen die Hilfe des Staates zu verlangen. Das Defizit von 51 Millionen ist das kleinere Übel.

Meine Herren! Zum Schluß sei nochmals gesagt: Wo gespart werden kann, muß gespart werden. Aber am unrechten Ende darf nicht gespart werden. Vielmehr ist Gewicht darauf zu legen, daß alle herangezogen werden müssen, für die Besserung der Staatsfinanzen beizutragen, die dazu in der Lage sind. Dann wird es auch möglich sein, das Gleichgewicht wieder herzustellen.

Präsident: Herr Abg. Feigel hat das Wort.

Abg. **Feigel:** Meine Dame und meine Herren! Nach den längeren Ausführungen des Finanzministers und nach den Reden, die meine Herren Vorredner hier gehalten haben, erübrigt es sich für mich, auch meinerseits mich in längere Ausführungen zu ergehen. Ich kann mich der denkbar größten Kürze befleißigen, das umsomehr, als ich gehalten bin, in dieselbe Kerbe zu schlagen, in welche meine Vorredner gehauen haben. Ich kann daher hier und da nicht umhin, bereits Gesagtes zu wiederholen. Meine Dame und meine Herren! Als wir Abgeordnete des Oldenburgischen Landtages im Dezember vorigen Jahres von der Regierung die Vorlage 25 zugestellt erhielten, den Voranschlag für 1922 enthaltend, da haben wir es versucht, uns zu Hause ein Bild von der Finanzlage des Landes zu machen, und dieses Bild konnte schon nach den damaligen Verhältnissen keineswegs günstig für die Finanzlage ausfallen. Dennoch sagten wir uns, namentlich wenn wir einen Vergleich zogen mit dem, was wir über die finanziellen Verhältnisse anderer Staaten gehört hatten, daß wir einigermaßen zufrieden sein könnten, denn ein Defizit von 11 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark würde uns vielleicht das Genick noch nicht brechen. Wir standen nicht so unmittelbar vor dem Chaos, wie viele Staaten. Dieses Bild hat sich aber leider immer mehr in dieser Zeit nach der ungünstigen Seite verschoben, und selbst seit dem Zeitpunkt, wo der Finanzausschuß sich eingehend damit beschäftigte, sind die Verhältnisse schlechter geworden. Selbstredend war es Aufgabe des Finanzausschusses, zu versuchen, dem Ganzen ein günstiges äußeres Bild zu geben. Er hat es versucht und mit dem Erfolg, wie Ihnen schon seitens des Herrn Finanzministers auseinandergesetzt ist, daß er den Einnahmen reichlich 6 Millionen hat zuschlagen können, andererseits auch bei den Ausgaben einige Reduktionen hat vornehmen können, die sich allerdings in der Hauptsache auf die Hinausschiebung von Neubauten erstrecken, deren Beträge überhaupt schon durch Anleihe gedeckt werden mußten. Was die Erhöhung der Einnahmen angeht, meine Dame und meine Herren, so glaubten wir im Ausschuß, bei den Forsten unbeschadet und ohne Vogel-Strauß-Politik zu treiben, lediglich auf Grund der steigenden Holzkonjunktur eine wesentlich höhere Einnahme einzusetzen zu können und fanden auch die Zustimmung der Regierung. Auch die Einnahmen aus den Domänen haben zugenommen, sodaß der erste Paragraph mit 4 Millionen Mark und der zweite mit 2 Millionen Mark mehr zu Buch steht. Einen sehr unangenehmen Paragraphen hatten wir, ich glaube es war der § 15, in dem die Einsetzung der Grund- und Gebäudesteuer mit dem 15fachen Normalbetrage erstrebt wird. Dieser Paragraph hat im Ausschuß zu verschiedenen Meinungsäußerungen geführt und daher auch zu verschiedenen Stellungnahmen infolge der verschiedenen Meinungen. Ich muß nun als Mitglied der Minderheit des Ausschusses, welche dafür war, die Summe von 15 Millionen Mark auf 10 Millionen Mark zu reduzieren und die Grund- und Gebäudesteuer entsprechend zu ermäßigen, meine Stellungnahme insofern revidieren, als ich nach den heutigen Ausführungen des Herrn Finanzministers nicht mehr in der Lage bin, für eine Reduktion eintreten zu können. Ich stehe grundsätzlich nach wie vor auf dem Boden, daß es falsch ist, eine Steuer, die heute notorisch mit solchen Män-

geln und Fehlern behaftet ist wie Grundsteuer, mit so hohen Beträgen in dem Staatsetat zur Deckung der Staatsausgaben heranzuziehen. Ich betrachte die Vergangenheit, in der selbst die Staatsregierung bezüglich der Grundsteuer eine Stellung eingenommen hat, daß sie sich bemühte und bestrebt war, von Jahr zu Jahr sie immer mehr als Staatseinnahmen auszuschalten und sie lediglich den Gemeinden zu überlassen. Diesen grundsätzlichen Standpunkt teile ich heute noch, aber ich muß der Not gehorchen, denn bei dem schrecklichen Gespenst von 51 Millionen Defizit, meine Herren, da hören Gründe auf, die sonst durchschlagend sein müssen, und so werde ich mit meinen Parteifreunden für die Grundsteuer in diesem Jahre stimmen, behalte mir aber selbstverständlich meine grundsätzliche Stellungnahme vor, und wir werden im nächsten Jahr ja zu anderen Ergebnissen kommen müssen. Ich verstehe aber von der Staatsregierung nicht, wie sie bei einem solch traurigen Bild in demselben Augenblick ihr Einverständnis geben kann, die Erträgnisse der Gewerbesteuer einfach den Gemeinden zu überlassen. Die Gemeinden haben nach dem Steuergesetz das Recht, bis zu einem gewissen Maße ihrerseits Gemeindezuschläge zu erheben, und wenn ich auch keineswegs die Notlage gerade der Gemeinden und größeren Städte des Landes, in erster Linie in Rüstringen und Delmenhorst, verkennen will, so muß ich sagen, der Staat als notorisch armer Mann hat keine Ursache, Wohltaten zu spenden den Leuten, die nicht ärmer sind, denn ein Teil der Gewerbesteuer geht in Form von Zuschüssen auch an die Gemeinden, und zum großen Teil sind diese in einer günstigeren Lage als der Staat. Meine Herren, die erhöhte Einnahme von 6 Millionen Mark, die an und für sich imposant erscheint, wird, Gott sei's geklagt, nach den Ausführungen des Herrn Finanzministers zum guten Teil nicht nur, sondern mehr als das, weit gemacht durch die Erhöhung der Ausgaben, welche unbedingt zu machen sind. Wenn ich die Ziffern, die der Herr Finanzminister uns genannt hat, mir recht aufgeschrieben habe, dann betragen die Mehrausgaben für die jetzt zum 1. April in Kraft tretenden Erhöhungen der Beamtengehälter für Oldenburg 33 500 000 M. Er hat gesagt, daß Wehnen 2 Millionen Mark mehr braucht, als es bisher gebraucht hat. Die Beamtengehälter durch Aenderung der Ortsklassen erfordern 1 930 000 M. Außerdem war noch ein Posten in Ausgabe zu stellen. Wenn wir dann hinzusetzen die nach den Ausführungen und nach dem Bericht des Herrn Berichterstatters vorhandenen 10 Millionen Mehrausgabe, dann kommt ein Gesamtdefizit von 51 Millionen Mark zu Tage. Ich vermisse in dieser Aufstellung die Mehrausgabe für Wehna, von der es geschrieben hat, daß sie mindestens eine Million betragen würde. (Stehen drin.) Jedenfalls, meine Herren, gibt das eine Veranlassung, jetzt mit ganz anderen Augen in die Zukunft zu sehen, wie wir das bisher und auch noch bei Aufstellung dieses Voranschlags getan haben. Nun ertönt bekanntlich alle Tage durch die Blätter der Ruf nach Sparjamkeit, und dieser Ruf hat auch in diesem Hause einen großen Wiederhall gefunden. Man kann niemals die Verhandlungen einer politischen Versammlung lesen, ohne daß der Redner im Verlauf der Rede nicht einen warmen Appell an seine Zuhörer gerichtet hätte, doch die Tugend der

Sparjamkeit mehr zu üben. So geht es überall seit Jahr und Tag in Deutschland, und die Folge, meine Herren, ist nicht erhöhte Sparjamkeit gewesen, ich glaube, das Gegenteil ist erreicht worden. Man hat die schöne Sparjamkeit zur Phrase degradiert. Was nützen mir die schönen Worte, sie sind nichts als tönende Phrasen, und von diesem Gesichtspunkte hätte ich erwartet, daß meine Herren Kollegen im Finanzausschuß bei jeder Gelegenheit die Hand dazu geboten hätten, wenn wir ihnen Veranlassung geben wollten, diese Tugend praktisch zu üben. Wenn Sie den Bericht des Ausschusses verfolgen, werden Sie einen schüchternen Versuch sehen, den Hebel der Sparjamkeit anzusetzen und tatsächlich einige Hunderttausend Mark zu sparen. Die Haupt Einschränkung ist, wie ich gesagt habe, auf dem Gebiete der Einschränkung der Neubauten erfolgt. Auf dem andern Gebiete, auf dem Gebiete der laufenden Ausgaben ist nichts passiert. Ich muß sagen, daß der Voranschlag wohl innerhalb des Staatsministeriums einer ziemlich eingehenden Prüfung unterzogen ist, und daß er in verschiedenen Punkten da schon seine wesentlich sparsame Gestaltung erfahren hat. Ich bin aber an die Beratung mit ganz anderen Hoffnungen herangetreten, als sie sich erfüllt haben. Ich habe nicht geglaubt, daß wir mit einem so kläglichen Ergebnis herauskommen würden. Darum möchte ich aber doch immer und immer wieder betonen, daß die Sparjamkeit kein leerer Schall bleiben darf, sondern daß sie in Wirklichkeit geübt werden muß. Ich habe mir erlaubt, vor 1½ Jahren einen Antrag zu stellen, der ja auch die Zustimmung des Landtags gefunden hat, und auf Grund dessen eine Kommission eingeseht wurde, um auf allen Gebieten der Staatsverwaltung nachzuforschen, ob nicht eine Vereinfachung und Vereinfachung der Verwaltung eintreten könnte. Es war ein jämmerliches Gebilde, was herausgekommen ist, und die paar Wechsel, die uns von der Regierung gegeben wurden, waren Wechsel auf die Zukunft. Aber, meine Herren, wir müssen doch dieses im Auge behalten, und ich kann diese Gelegenheit nicht vorübergehen lassen ohne an den Landtag und die Staatsregierung das Ersuchen zu richten, bei jeder Gelegenheit darauf zu sehen, ob nicht eine Vereinfachung und Vereinfachung der Staatsmaschinerie eintreten kann, dann muß dieses, wenn auch erst im Laufe der Jahre, geschehen. So wie das Ergebnis war, war es nicht des Schweißes der Kommission wert, und wir sind noch dazu dem Fluch der Lächerlichkeit verfallen. Meinen Kollegen Hug bewundere ich in seinem Optimismus, den er an den Tag gelegt hat. Er hat uns noch nicht jede Aussicht auf bessere Zeiten genommen. Ich bedaure, ihm nicht folgen zu können. Was die Finanzminister der Länder in Berlin gemacht haben und von dem uns der Finanzminister erzählt hat, ist nach meinem Dafürhalten eine ziemlich ungesunde Finanzpolitik. Wir kommen vom Regen in die Traufe, wenn wir den Einzelstaaten helfen wollen und dem Reich die Einnahmen beschneiden. Ich weiß nicht, was das Beste ist, daß zuerst das Reich oder die Länder versagen. Jedenfalls scheint es mir das einzig Wahre, was ich an dieser Sache gefunden habe, zu sein, daß man versuchen muß, durch erhöhte Einkommensteuer zu bessern, daß man den Ländern und Gemeinden das Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer zu geben versucht, um so die Einnahmen zu erhöhen. Das

wäre ein Weg, der auf gerechter Weise zu erhöhten Einnahmen führen kann. Darin gebe ich Herrn Hug recht, die Einkommensteuer ist das Rückgrat aller Länder, es ist die Steuer, die der Gerechtigkeit entspricht. Dann, meine Herren, ist auch wieder die Einschätzung in Oldenburg zur Einkommensteuer vom Herrn Finanzminister berührt worden, und er hat zugefagt, daß seitens unserer Regierung alle Schritte getan seien, um endlich diese Nachbarungleichheiten, welche im Landtage evident speziell durch meine Freunde erwiesen sind, aus der Welt zu schaffen, und hat uns in Aussicht gestellt, daß in der Zukunft derartige Ungleichheiten nicht passieren sollen. Ich bin darüber erfreut und dem Herrn Minister dankbar, möchte aber bitten, diese Ungleichheiten möglichst rasch aus der Welt zu schaffen und sie für 1922 nicht mehr zu dulden. — Meine Herren, der Herr Abg. Schmidt hat eine Anfrage eingebracht, wonach in Lübeck sich die Loslösungsbestrebungen von Oldenburg kürzlich mehr bemerkbar gemacht haben sollen. Ich habe sofort dabei gedacht: Kommen wir nicht namentlich durch eine nachbarungleiche Einschätzung in Oldenburg dahin, daß Stimmen, welche von Oldenburg los wollen, immer mehr Gehör finden? Ich glaube, wir waren bisher gute und überzeugte Oldenburger, die sich unter Oldenburg wohl gefühlt haben und nicht sehnsüchtig schielten nach Preußen. Aber, meine Herren, diesen Oldenburger Patriotismus lassen Sie uns nicht untergraben dadurch, daß wir das Oldenburger Volk an seiner fizlichsten Stelle angreifen, nämlich bei der Steuer. Darum kann ich die Regierung nicht dringend genug ersuchen, diesen unhaltbaren, für uns sehr ungünstigen Zustand nicht nur in ferner Zukunft, sondern in den nächsten Zeiten zu beseitigen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Hartong (Delmenhorst).

Abg. Hartong: Ich hatte nicht die Absicht, zu sprechen, einige Ausführungen des Herrn Hug zwingen mich aber dazu. Ich bedaure, bei einem Teil seiner Ausführungen die Objektivität vermissen zu müssen, die ich sonst vielfach gern bei ihm bemerkt habe. Er hat viel von Aufbautätigkeit gesprochen und hat dabei anderen Kreisen Vorwürfe gemacht über Mangel an Gefühl für Aufbautätigkeit. Ich glaube, es gibt überall, in allen Ständen Sünder, und wenn man anderen Vorwürfe über Sünden gegen die Aufbautätigkeit vorhalten will, dann sollten eben auch gerade die Herren von der Sozialdemokratie aus Gründen der Objektivität anerkennen, daß bei ihren Anhängern auch vielleicht gegen die Aufbautätigkeit gesündigt wird. Man treibt meines Erachtens keine Aufbautätigkeit, wenn man einseitig der Landwirtschaft vorwirft, daß sie Mangel an Pflichtgefühl bezüglich Steuerzahlung, bezüglich Produktion usw. hätte. Ich glaube, wir sind alle darauf angewiesen, an einem Strange zu ziehen, und insbesondere die Landwirtschaft — bei der Wichtigkeit, die sie in unserem nationalen Leben hat — sollte man nicht unnötig vor den Kopf stoßen. Man sollte sich nicht aus Grundideen über Produktionswirtschaft und Wirtschaftspolitik und den sich ergebenden verschiedenen Auffassungen hinreißen lassen, einseitig gegen den Stand ungerechtfertigte Vorwürfe zu erheben. Herr Hug hat dann mit besonderer Schärfe gegen die Kammern Stellung ge-

nommen; ich habe ihn darin überhaupt nicht verstanden. Es scheint, daß einzelne Personen ihm besonders auf die Nerven gefallen sind, und daß das der Anlaß gewesen ist, in dieser Weise gegen die Kammern zu Felde zu ziehen. Herr Hug weiß ganz genau, daß in erheblichem Maße von den Kammern Aufbautätigkeit getrieben ist, und welches Maß von Arbeit z. B. die Landwirtschaftskammer bei der Hebung der Produktion nicht nur jetzt, sondern auch während des Krieges — die Handwerkskammer, um ihren Handwerkern Beschäftigung zu geben — geleistet hat, und daß auch die Handelskammer zu ihrem Teil an den Pflichten, die ihr die Allgemeinheit auferlegte, teilgenommen hat. Daß die Kammern Interessenvertretungen sind, ist selbstverständlich; es ist ihre Aufgabe, die Auffassungen der Beteiligten zum Ausdruck zu bringen, um auf die Weise der Regierung Unterlagen für ihre gesetzlichen Maßnahmen zu geben. Und daß Interessenvertreter nicht immer mit der Regierung einer Meinung sind, ist ebenfalls selbstverständlich vor allen Dingen, weil bei den gesetzlichen Maßnahmen der letzten Zeit doch vielfach Meinungsverschiedenheiten über die Wirtschaftspolitik als solche in die Erscheinung treten mußten. Daß die Kammern grundsätzlich für möglichst freie Entfaltung der Privatwirtschaft eintraten und eintreten mußten im Interesse des Aufbaus, ist wiederum ganz selbstverständlich. Vielleicht ist diese verschiedene Auffassung über die Wirtschaftspolitik auch eine Ursache mit, daß Herr Abg. Hug in dieser ungerechtfertigten Weise gegen die Kammern zu Felde gezogen ist; ich bedaure, daß er so summarisch — ich bin das sonst von ihm nicht gewohnt — über die Kammern das Urteil gefällt hat.

Dann noch ein paar Worte zu dem Voranschlag: Es wird viel von Erhöhung der Einnahmen gesprochen. Ich möchte den Herrn Finanzminister bitten, zu prüfen, ob nicht die Gebührensätze bei den Verwaltungsbehörden und bei den Gerichten, und ferner die Verpflegungssätze in den Anstalten angemessen erhöht werden können. Der Ausschußbericht hat sich schon darüber ausgesprochen; er ist bei den Gebührensätzen zu dem Resultat gekommen, daß eine Erhöhung vorläufig nicht am Platze sei, weil Preußen nicht vorgegangen sei. Ich halte es nicht für richtig, daß man so lange wartet, weil ein anderer Staat zu lange zögert. Die Gebühren sind nicht entsprechend den Geldwertungsverhältnissen erhöht. — Es wird auch zweckmäßig sein, daß bei den Behörden, insbesondere bei den Verwaltungsbehörden nachgeprüft wird, ob die Spotteln und Gebühren in ordnungsmäßiger Weise gebucht und eingezogen werden; ich glaube, da liegt manches im Argen. — Die Verpflegungssätze in den Anstalten sind vom Ausschuß nicht erhöht worden. Man hat z. B. bei Blankenburg sich darauf berufen, daß die Gemeinden, die dort Pflinglinge hätten, bei einer Erhöhung zu sehr belastet würden; ich halte das nicht für richtig. Die Pflingssätze müssen angemessen erhöht werden: In Wehnen werden in der ersten Klasse 40 M. in Blankenburg pro Jahr 5200 M. gehoben; das geht nicht, die Sätze sind viel zu niedrig. Es muß darauf hingewirkt werden, daß die Anstalten in großem Umfange sich selbst erhalten.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Hollmann.

Abg. Hollmann: Meine Dame und meine Herren! Der Herr Finanzminister hat uns ja die Finanzlage als

eine sehr schlechte geschildert. Um so mehr verstehe ich es nicht, daß er die Gewerbesteuer an die Gemeinden überweisen will und sie der Staatskasse nimmt. Ob sie 2 Millionen sein wird, oder ob sie höher ausfallen würde, das will ich dahingestellt sein lassen; immerhin ist es ein Betrag, den der Herr Finanzminister — wenn er die Finanzlage als eine so schlechte ansieht — nicht preisgeben dürfte. Wenn er sagt, unter keinen Umständen darf die Grund- und Gebäudesteuer ermäßigt werden, so will ich ihm sagen, daß Herr Feigel die Mängel ganz richtig geschildert hat. Bei den großen Mängeln, die der Grundsteuer anhaften, gibt es eine gewisse Grenze, die nicht überschritten werden darf, und die ist mit dem 15fachen überschritten. Bedenken Sie die weitere Belastung, die für den Grundbesitz entsteht, wenn wir das 10fache nehmen; es kommen die Beiträge zur Landwirtschaftskammer mit dem 3fachen, die Beiträge für den Wohnungsbau, die umgerechnet auf die Grund- und Gebäudesteuer das 17fache machen. Rechnen Sie die Steuer für die Gemeinden hinzu, so bekommen wir das 35fache, schon dann, wenn für den Staat nur das 10fache erhoben wird. Daß bei diesen Mängeln das 35fache schon eigentlich das Zulässige überschreitet, ist meine feste Überzeugung. Wenn wir schon mit einem Defizit von 51 Millionen Mark unseren Voranschlag abschließen werden, wie der Herr Finanzminister ausführte, so kommt es nicht darauf an, hier eine Härte auszugleichen, die 3—4 Millionen ausmacht. Es muß ein Weg gefunden werden für neue Steuern, und ob da 3 oder 4 Millionen mehr oder weniger in Frage kommen, spielt keine Rolle. Wir nehmen so dem verschuldeten Grundbesitz das Betriebskapital, und die Produktion wird geringer. Aus diesen Gründen bin und bleibe ich dabei, daß für den Staat eine höhere Steuer als das 10fache nicht erhoben werden darf.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Schmidt.

Abg. Schmidt: Meine Dame und meine Herren! Der Herr Finanzminister hat das Defizit für den Landeshaushalt Oldenburg für 1922 auf 51 Millionen Mark errechnet. Es kommen ganz sicher noch einige Millionen hinzu. Ich verweise nur auf die stark vermehrten Geschäftskosten beim Ministerium, dem Landtage und den Behörden.

Andererseits bin ich der Meinung, daß die Mehreinnahmen auch ganz erheblich sind und über den Rahmen dessen hinausgehen, was der Finanzausschuß bei den Einzelpositionen der Einnahmen hinzugesetzt hat. Ich sehe davon ab, das anzuführen, was der Herr Finanzminister erhofft von dem neuen Reichslandessteuergesetz. Ich glaube auch, daß ohne dieses die Mehreinnahmen steigen werden, insbesondere bei der Einkommensteuer, und da nicht allein, sondern auch bei den direkten Steuern des Landes, bei den direkten Einnahmen des Landes. Wenn man hört, welche Preise bei den Holzverkäufen erzielt sind, so muß ich für meine Person, da ich im Bilde zu sein glaube, annehmen, daß das, was der Ausschuß dieser Position hinzugesetzt hat, noch längst nicht der Wirklichkeit entspricht, daß die Mehreinnahmen höher sein werden. Ähnlich wird es gehen bei den Einnahmen für Zeitpachten von den staatlichen Ländereien.

Aber, meine Herren, immerhin wird ein Defizit und zwar ein erhebliches Defizit bleiben, und darum verstehe ich

nicht, daß ein Teil des Ausschusses doch angesichts der starken Unterbilanz erhebliche Abstriche gemacht hat bei den Einnahmen, und zwar insonderheit oder allein bei der Grund- und Gebäudesteuer. Eingeseht ist bekanntlich das 15fache der Grundsteuer und das 6fache der Gebäudesteuer. Meine Herren! Ich will nicht sagen, daß diese Abgabe als eine geringe anzusprechen ist, andererseits entspricht sie — das ist meine volle Ueberzeugung — durchaus der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft. Und, meine Herren, ich verweise darauf, daß das — der Voranschlag kam Anfang Januar an den Landtag —, was damals das 15fache war, heute nach dem Stande der Geldentwertung und nach dem Stande der Preise für Produkte vielleicht nur das 8fache ist. Das muß betrachtet und gewürdigt werden, und ich freue mich, daß die Herren vom Zentrum ihre zweifelhafte Stellung verlassen haben und jetzt stimmen werden für die Regierungsvorlage, nämlich für das 15fache der Grundsteuer. Ich glaube auch, daß dieser Satz, den die Regierung in Voranschlag bringt, durchaus der Parität entspricht in Bezug auf die andern Verufe.

Meine Herren! Dann komme ich zu dem Kapitel, was heute schon vielfach berührt ist, zu dem der Sparsamkeit. Der Herr Finanzminister hat dringend Sparsamkeit empfohlen, und insonderheit auch die Gemeinden aufgefordert, sparsam ihren Etat einzurichten und zu handhaben. Ich bin durchaus seiner Meinung und glaube auch, daß die Gemeinden von selbst dazu kommen werden, bei den beschränkten Einnahmen ihre Ausgaben so zu gestalten, daß der Etat ins Gleichgewicht kommt, aber immerhin kann es nicht schaden, wenn darauf hingewiesen wird, daß in den Gemeinden sparsam gewirtschaftet werden muß. Allgemein wird mit dem Worte Sparsamkeit viel Unfug getrieben; es ist vielfach ein Schlagwort. Meine Herren! Ich gestatte mir, darauf zu verweisen, daß der Etat des Landesteils Oldenburg vor dem Kriege abschloß mit kaum 15 Millionen Mark; heute sind es 161 Millionen Mark; das ist das 11fache. Wenn Sie damit die Geldentwertung vergleichen, dann muß man sagen, daß der Etat des Landesteils Oldenburg auf das sparsamste eingerichtet ist, und ich bin der Ueberzeugung, daß der Herr Finanzminister auf diesem Wege weiterstreiten wird. Ich will noch zum Ausdruck bringen, daß er das Attribut, was einem Finanzminister geziemt — das der Sparsamkeit —, voll verdient; hoffentlich bleibt er dabei. Also, meine Herren, diese Reden von dem Geldwegwerfen im Staat, die sind nicht stichhaltig, und sehr anfechtbar. Diese paar Zahlen, die Ausgaben von 1914 gegenüber 1922, zeigen Ihnen, daß man mit Erfolg tätig gewesen ist, den Etat sparsam aufzuziehen.

Präsident: Das Wort hat Herr Minister Dr. Driver.

Minister Dr. Driver: Meine Herren! Meine Ausführungen, daß bei den Einkommensteuerschätzungen das wirkliche Einkommen erfasst werden müsse, sollten sich hauptsächlich auf das Verhältnis zwischen Oldenburg und Preußen beziehen. Ich habe vom Landesfinanzamt die Erklärung erhalten, daß die Veranlagung für 1920 hier in Oldenburg im allgemeinen zutreffend gewesen ist, daß also das wirkliche Einkommen im allgemeinen hier erfasst worden ist; so muß es hier auch weiter sein. Das habe ich sagen wollen. Was

nun die Einstellung der Grundsteuer zum 15fachen Betrage anlangt, so bin ich ganz der Auffassung, die Herr Schmidt hier eben zum Ausdruck gebracht hat. Wenn man die Geldentwertung berücksichtigt, die zwischen der Friedensgrundsteuer und der jetzigen Grundsteuer liegt, dann muß man zu dem Ergebnis kommen, daß das 15fache der Grundsteuer nicht zu hoch ist, und daß es getragen werden kann von dem Grundbesitzer. Tatsache ist, daß in vielen Gemeinden Beschlüsse gefaßt sind, zur Abtragung der Chauffeebauschulden die Grundsteuer in Höhe des 25fachen, ja des 50fachen und noch mehr zu erheben. Das Landesfinanzamt hat keinen Einspruch dagegen erhoben, wenn die Gemeinden bis zum 25fachen Betrag gegangen sind, und eine ganze Reihe von Gemeinden ist bis zum 25fachen Betrag gegangen. Das ist doch ein Beweis dafür, daß es in den Landgemeinden dem Grundbesitzer nicht schlecht geht, daß er vielmehr diese Steuer noch zu tragen vermag. — Herr Abg. Schmidt hat gemeint, daß die Einnahmen noch wesentlich höher ausfallen werden. Ich habe vorhin bereits erklärt, in Bezug auf die Einkommensteuer weiß man es nicht, ich hoffe es aber. Was die Forsten anlangt, so teilt mir der Herr Oberforstmeister soeben mit, daß sie voraussichtlich 2 Millionen Mark mehr bringen würden. Ich habe das bislang nicht gewußt. Aber, meine Dame und meine Herren, was bedeuten diese Mehreinnahmen gegenüber dem Defizit? Angenommen, die Einkommensteuer würden wir mit einem Zuschlag von nicht 30 %, sondern 50 % einsetzen, so würden wir 13 Millionen Mark Einkommensteuer mehr für den Landesteil Oldenburg erhalten. Damit ist das Defizit aber nicht zu beseitigen. Wir müssen erwarten, daß aus den Ueberweisungssteuern des Reichs uns erheblich mehr zufließt, und da hoffe ich, wie ich vorhin erklärt habe, besonders auf Mehrüberweisungen aus der Umsatzsteuer. Ob aber das Reich bei dem Druck, der seitens der Entente ausgeübt wird, in der Lage ist, den Anträgen der Länder stattzugeben, ist zweifelhaft. Wenn ich von sparen gesprochen habe, so habe ich nicht daran gedacht, daß der Finanzausschuß noch erhebliche Abstriche machen könnte, der Ansicht bin ich nicht. Das Sparprinzip muß schon einsetzen bei der Aufstellung des Voranschlags. Ich bin der Ansicht, daß bei Aufstellung des Voranschlags noch viel mehr Gewicht darauf gelegt werden muß, daß nur die Lebensnotwendigkeiten Berücksichtigung finden können, daß nützliche Ausgaben, die wir an sich alle gern machen möchten, bis auf bessere Zeiten zurückgestellt werden müssen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Abg. Raschke.

Abg. Raschke: Meine Dame und meine Herren! Ich bin in der Beurteilung unserer Gesamtlage nicht ganz ohne Hoffnung, wenn vielleicht auch manche Zeichen der Zeit uns bedenklich erscheinen müssen. Erfreulich ist aber doch für den Landesteil Oldenburg, daß wir in Handwerk, in Gewerbe, Handel und Industrie fast voll beschäftigt sind. Ich glaube, wir haben in Rüstingen nur einen Arbeitslosen und in Wilhelmshaven drei. An anderen Industriepfählen unseres Landes wird es ebenso aussehen. (Zuruf: In Berlin sind es 15 %!) Für unseren Landesteil sind die Verhältnisse auf diesem Gebiet doch wesentlich besser. Das ist ein Zeichen dafür, daß unser wirtschaftliches Leben im Gange

ist, und solange wir es im Gange behalten, kann man für die Staatsfinanzen noch mit Hoffnung in die Zukunft schauen. Ich bin auch der Meinung, daß wir keine Vogel Strauß-Politik treiben dürfen. Alle führenden Männer des Wirtschaftslebens, des Handels und der Industrie haben stets ihre warnende Stimme erhoben, uns durch die Flut des Papiergeldes, über den Scheinreichtum nicht täuschen zu lassen, und wer die Dinge objektiv beobachtet, der muß sagen, daß diese Männer in ihren Urteilen das richtige getroffen haben. Je mehr Gehälter und Löhne sich nach Papiermark erhöht haben, desto höher ist doch die Not auf der anderen Seite gestiegen. Auch wir sollten uns heute in dem Streben nach kostspieligen Neuerungen des größten Maßhaltens befleißigen. Während des Krieges ist es genau so gewesen. Nach 1916 zeigte sich in großen Umrissen das Bild der Niederlage; trotzdem wurde aus jeder Kriegsanleihe noch genommen und große Hallen und große Truppenübungsplätze gekauft und gebaut, die wir heute wieder abbuchen müssen, weil ihre Unterhaltung nicht zu bezahlen ist. Hüten wir uns davor, dieselbe Politik zu treiben; hüten wir uns davor, neue Baulichkeiten auszuführen, die wir letzten Endes wieder abbuchen müssen, weil die Unterhaltung nicht zu bezahlen ist. Ich habe voriges Mal bei der Debatte über die Aufbauschule schon meine Bedenken geäußert und bin auch in dieser Beziehung jetzt noch nicht ohne Sorge, wenn wir sehen, daß in einer Stadt eine einzige höhere Schule schon einen Zuschuß von 1,6 Millionen Mark erfordert bei rückgehender Zahl der Schüler; dabei sind die Schulutensilien so teuer, daß sie einfach vom Mittelstande und viel weniger vom Arbeiterstande aufgebracht werden können. Heute muß uns die Entwicklung mit ernster Sorge erfüllen, und deshalb sage ich, alle Liebhaberei — um nicht zu sagen, alle Schwärmererei — für höhere Bildung darf uns den Sinn nicht trüben für die rauhe Wirklichkeit des Lebens. Wir haben seit 100 Jahren die ganze Welt versorgt mit philosophischen Systemen und sind doch letzten Endes elendig unter die Räder gekommen. Alle Kultur baut sich auf auf dem Ertrag aus Arbeit, und dauernde Kulturwerke lassen sich nur dort schaffen, wo die Wirtschaft wirklich aktiv ist. Heute ist unsere Wirtschaft leider noch passiv auf der ganzen Linie, und wenn es uns bei dieser Passivität gelingt, das bisher Geschaffene zu erhalten, dann sollten wir unserem Schöpfer dankbar sein und uns fernhalten von allen kostspieligen Neuerungen. Kleinere Aufbesserungsarbeiten müssen vorgenommen werden, aber Neuerungen, die Milliarden Aufwendungen zur Folge haben, von denen muß man sich heute grundsätzlich fernhalten, und es wäre sehr dankbar anzuerkennen, wenn unsere Regierung in Berlin diese Frage anschnitte und zur Sprache brächte, ob es nicht möglich ist, eine Einschränkung unseres Kulturprogramms vorzunehmen. Es sind in unserer Reichsverfassung viele theoretische Forderungen hineingeschrieben worden; ihre grundsätzliche Berechtigung will ich nicht verneinen, aber ich sage, die heutige Zeit kann die Mittel, die dazu erforderlich sind, nicht aufbringen, und deshalb müssen wir, weil der kluge Mann rechtzeitig vorbaut, die Dinge früh genug zur Diskussion stellen, damit nicht das neu Geschaffene wieder zusammenbricht und durch diesen Zusammenbruch auch das bisher Bestandene mit in den Abgrund hineingezogen wird. Es ist nicht etwa

Kulturrückständigkeit oder reaktionäre Gesinnung, die mich veranlaßt, die Stimme zu erheben, sondern die ernste Sorge um die Aufrechterhaltung des bisher Erreichten. — Daß in unserem Staatshaushalt irgendwie große Ersparnisse zu machen sind, glaube ich im Augenblick nicht. Die Beratungen des Finanzausschusses haben sich ausgezeichnet ebenso sehr durch ihre Länge wie durch ihre Gründlichkeit, und wenn das der Fall ist, dann glaube ich, können wir uns dem Urteil derjenigen Abgeordneten, die im Finanzausschuß gefessen haben, hier anschließen und werden auch die dort gefaßten Anträge vor dem Lande mit gutem Gewissen verantworten können. — Aber eins möchte ich bei dieser Gelegenheit noch sagen, weil der Herr Finanzminister anführte, er wüßte keinen Weg, und ihm sei keiner gezeigt worden, wo gespart werden könnte. Wir haben zwei ständige Vertreter in Berlin, und wenn man nach Berlin kommt, dann findet man dort in Berlin einen ganzen Schwarm von Vertretern aus allen Bundesstaaten des ganzen Reiches, und darunter sehr viele Gesichter, die man auch in Oldenburg zu sehen bekommt. Da kommt mir die Frage, wenn wir schon zwei Vertreter haben, ob es darüber hinaus noch notwendig ist, daß aus jedem Ministerium dauernd Vertreter nach Berlin eilen und von Berlin zurückkommen. Es müßte doch möglich sein, durch die ständige Vertretung in Berlin die Interessen des Landes so wahrzunehmen, daß das Landesinteresse dabei keinen Schaden nimmt. — Dann noch einige Worte zu den Ausführungen des Herrn Hug: Er bedauerte, daß die Kammern, die doch immerhin aus den Mitteln des Staates wesentliche Zuschüsse bekämen, oft in so scharfer Gegenlage ständen zur Regierung und gar zur Staatsform. Das Erste ist vielleicht der Fall; daß das Zweite in dieser Allgemeinheit zutrifft, glaube ich bestreiten zu können. Ich bin aber mit Herrn Hug der Ansicht, daß, wenn solche Gegensätze auf die Spitze getrieben werden, dieses durchaus nicht im Interesse derjenigen Kreise liegen kann, die durch die Kammern vertreten werden. Unser alter Windhorst hat früher gesagt: „Aus dem Zustande eines dauernden Gegensatzes kann unmöglich für beide Teile etwas Fruchtbringendes herauskommen“, und deshalb würde ich auch eine solche Politik als Handwerker auf keinen Fall billigen; wo natürlich Kritik am Platze ist, da muß man den Kammern das Recht einräumen. Das wird auch Herr Hug als selbstverständlich betrachten, denn er hat früher, als der Staatswagen noch unter anderer Bespannung lief, ausgiebigen Gebrauch davon gemacht. (Zuruf Hug: Heute noch!) Wenn aber gesagt wird, daß besonders die Agitation gegen die Gewerbesteuer vielfach in demagogischer Weise geführt sei, so muß ich dieses bestreiten. In einzelnen Fällen mag das vorgekommen sein von Leuten, die nicht in verantwortlichen Stellen stehen, aber im allgemeinen haben die führenden Männer in allen drei Kammern sich von jeder demagogischen Steuerhege freigehalten, vor allen Dingen der Steuersyndikus Dr. Metasch, der auf den Handwerker tagungen und auf den Zusammenkünften des Handels in umfangreicher Weise über die Steuergesetze referiert hat. Herr Dr. Metasch hat die Steuerfragen behandelt mit einer Sachlichkeit, daß wir uns sagten: Wenn vor dem Kriege jede Maßnahme der Regierung auch von den Herren Parteisekretären mit solcher Sachlichkeit behandelt worden

wäre, dann hätten sich breite Arbeitermassen in ihrer Stellung zum Staate anders verhalten. Die Zeiten ändern sich, und es ist erfreulich, daß Herr Hug heute namens seiner Freunde zum Ausdruck bringt, daß sie derartige Methoden verurteilen. Damit ist auch gleichzeitig ein Verdammungsurteil gesprochen über die Methode, die vor dem Kriege vielfach angewendet wurde. Bebel sagte: „Wir müssen angesichts des Zolltarifs nicht nur die Aufklärung, sondern auch die Aufregung unter die Masse tragen, und wenn es bei den Gewerbesteuergefahren scharf zugeht, so sage ich: Schlechte Beispiele haben gute Sitten verdorben. Wir sind bereit, für unser Teil dahin zu wirken, daß die Agitation für oder gegen eine Steuer nicht ins Wilde geht, und soweit der Einfluß der Handwerksvertreter geht, die hier im Hause sitzen, wird dafür jede Garantie übernommen werden können. Wenn immer die Gegensätze in so vornehmer Art vorgetragen würden auch auf der Gegenseite, wie Herr Hug das zu tun gewohnt ist, dann würde auf der andern Seite manche Spitze unterbleiben. Man kann nicht die Schuld allein bei der Gegenseite suchen, sondern muß feststellen, daß es aus dem Walde so herauschallt, wie man hineingerufen hat.“

Im übrigen glaube ich, sagen zu können, daß es uns durch alle Klippen hindurch gelingen wird, unsere oldenburgische Selbständigkeit aufrecht zu erhalten. Es wird im Lande sehr viel angezweifelt, und es wäre ja vielleicht zu begrüßen, wenn die Staatsregierung auch in dieser Beziehung eine Erklärung abgeben könnte, die als eine Beruhigung für das Land zu dienen imstande wäre. Die Neugliederung des Reiches wird einmal kommen müssen; es fragt sich nur, ob man ein Interesse daran hat, sie heute zu fördern. Die vom Feindbund geforderte Finanzkontrolle würde, wenn sie durchgehen sollte, wesentlich einfachere Arbeit haben, wenn sie es mit einem zentral regierten Einheitsstaat zu tun hätte, und solange wir unter dem Druck des Feindbundes stehen, solange wäre es unklug, wenn man nun unitaristischen Gedankengängen nachgehen wollte. Unser einzelstaatliches Dasein gibt uns doch auch die Möglichkeit, viele Dinge der Einsicht des Feindbundes zu entziehen, und schon aus diesem Grunde sollten wir bemüht sein, unsere Selbständigkeit zu retten auch durch die trübe Zeit der Gegenwart hindurch.

Präsident: Der Herr Ministerpräsident hat das Wort.

Ministerpräsident Tauhen: Meine Dame und meine Herren! Herr Abg. Raschke hat im letzten Teil seiner Ausführungen die Meinung vertreten, daß im Lande einzelne Zweifel darüber beständen, ob die staatliche Selbständigkeit des Landes Oldenburg zu erhalten sei, und den Wunsch ausgesprochen, daß die Regierung dazu eine Erklärung abgeben möge. Ich will das gern tun. Einmal ist die Staatsregierung der Ueberzeugung, daß ebenso wie bisher seit dem Zusammenbruch auch heute angesichts der etwas ungünstig erscheinenden Finanzlage gar keine Bedenken bestehen, daß die staatliche Selbständigkeit gegenüber den umliegenden Staaten aufrecht zu erhalten ist, und zwar nicht nur aus dem Grunde, weil tatsächlich die finanziellen Verhältnisse der umliegenden Länder wesentlich schlechter sind als unsere eigenen, sondern besonders deshalb, weil die wirtschaftliche soziale Lage in unserm Lande eine so günstige

ist, daß wir auf die Dauer immer noch besser werden bestehen können, bei vernünftiger Wirtschaft als irgend ein anderes uns umgebendes Land. Ich kann hinzufügen, daß im Reich in keiner Weise die Absicht oder die Meinung besteht, daß man an Oldenburgs Selbständigkeit rühren möchte, weder bei der Reichsregierung noch im Reichstag bei irgend einem Vertreter eines einzelnen Landes. Wir sind also mit allen Instanzen des Reiches übereinstimmend der Meinung, daß wir gar keinen Zweifel darüber zu haben brauchen, daß wir über die schlechte Zeit hinweg unsere Selbständigkeit werden erhalten können, so wie wir und die Mehrheit des Volkes es wollen. (Bravo!)

Dann hat Herr Abg. Raschke zu Beginn seiner Ausführungen als eine Beobachtung festgestellt, eine Beobachtung, die, wie ich annehme, er selbst gemacht haben will, daß neben den beiden ständigen Vertretern, die wir in Berlin haben, wie Herr Raschke wörtlich sagt, „dauernd Vertreter der einzelnen Ministerien in Berlin anwesend sind“. Ich nehme an, daß dies „dauernd“ auch von Herrn Raschke wohl etwas eingeschränkt werden soll. Es ist ja möglich, daß in Berlin Vertreter unserer Einzelministerien anwesend gewesen sind, wenn sie zufällig da waren. Aber dauernd sind in Berlin Vertreter aus den einzelnen Ministerien nicht anwesend. Soweit, wie Vertreter aus einzelnen Ministerien für einzelne Gegenstände nach Berlin gesandt werden, ist das dringend notwendig. Es gibt Spezialgebiete, die wir nicht bearbeiten lassen können von den beiden ständigen Vertretern in Berlin. Ich will nur erwähnen, daß das erforderlich ist bei allen Beamtenbesoldungsfragen, bei der Gruppengliederung für die Beamten, wo allerdings lange Wochen Vertreter des oldenburgischen Finanzministeriums in Berlin anwesend gewesen sind. Das sind die längsten Reisen von Vertretern einzelner Ministerien gewesen. Daneben aber ist es notwendig, daß wir, wenn wir unsere Pachtzuschuß und Siedlungsgesetzgebung so gestalten wollen, wie das Ministerium es für richtig hält, daß wir dann unsere Spezialkenntnisse dort zur Wirkung gelangen lassen. Und deshalb sind auch in dieser Frage wiederholt Vertreter des oldenburgischen Ministeriums in Berlin anwesend gewesen. Ebenso ist es notwendig, daß wir in Ordnungspolizei- und Gendarmeriesachen unsere besonderen Verhältnisse nicht durch die ständigen Vertreter in Berlin sondern durch den Spezialreferenten vertreten lassen. Das kommt auch noch in anderen Fällen vor. Aber immer wird das Ministerium bemüht sein, nur dann Vertreter nach Berlin zu schicken, wenn es im Staatsinteresse tatsächlich notwendig ist. Und in keinem Fall kann dem Ministerium nachgewiesen werden, daß irgend ein Vertreter eine Reise gemacht hat, was nicht im Staatsinteresse gelegen hätte.

Präsident: Herr Abg. Zimmermann hat das Wort.

Abg. Zimmermann: Meine Dame und meine Herren! Auch ich möchte einige Worte zum diesjährigen Voranschlag sagen. Ich staune allerdings, daß nunmehr das Defizit unseres Haushaltsplans auf 51 Millionen Mark gestiegen ist. Aber den Optimismus, dem Herr Abg. Hug huldigt, kann ich nicht teilen, daß vielleicht unsere Finanzlage im nächsten Jahre besser sein könnte. Nach dem, was wir heute er-

leben, dürfen wir im nächsten Jahre noch vielleicht mit einem weit größeren Defizit rechnen müssen, wenn nicht vorher durchgreifende Maßnahmen ergriffen werden, indem jegliches Einkommen, was irgend erreichbar ist, auch zur Steuer herangezogen wird, was heute in verschiedenen Kreisen bedauerlicherweise noch nicht der Fall ist. Ich erinnere nur an die Einschätzungen der Landwirtschaft. Wir erlebten noch in den letzten Tagen Demonstrationen der Landwirtschaft, um auch den letzten Rest der Zwangswirtschaft, das sogenannte Umlageverfahren, zu beseitigen. Diese eventl. Beseitigung würde nicht nur zu einer weiteren Verelendung der Arbeiterschaft, sondern überhaupt der gesamten Bevölkerung beitragen. Ob die Aufhebung der Zwangswirtschaft und die dadurch bedingten Einnahmeverluste in der Landwirtschaft Mehreinnahmen für den Staat waren, ist natürlich eine andere Sache. Der Herr Finanzminister erklärte unter anderem, daß nicht nur beim Reich und bei den Ländern die größte Sparsamkeit stattfinden müsse, sondern auch bei den Gemeinden. Die meisten Gemeinden leiden heute vielleicht wesentlich mehr unter diesen Verhältnissen, als das beim Staat und beim Reich der Fall ist. Ich habe vor kurzem in einer Zeitschrift gelesen, daß in einer Gemeinde im Preussischen man schon dazu übergegangen ist — wenigstens der Beschluß ist gefaßt —, daß Fenster, Türen und Balkons versteuert werden sollten, um aus den Finanzzwängen zu kommen. Wir sehen hier die Schrecknisse und die Folgen des Krieges. Wir sehen aber auch gleichzeitig, wie wenig die Gemeinden in der Lage sind, Steuern aufbringen zu können, um Einnahmen und Ausgaben des Haushaltsplanes ins rechte Gleichgewicht zu bringen. Nun kam Herr Abg. Feigel darauf zurück, daß seinerzeit der Antrag eingebracht sei auf Vereinfachung und Verbilligung der Staatsverwaltung. Diesen Weg haben die Gemeinden schon lange beschritten. Die Gemeinden wurden durch die Verhältnisse gezwungen, überall dort abzubauen, wo ein Abbau überhaupt nur möglich ist. Leider haben wir beim Reich und bei der Staatsregierung in dieser Beziehung noch nichts gemerkt. Denn die Verwaltung ist nicht verbilligt und vereinfacht worden, sondern das Gegenteil ist der Fall gewesen. (Sehr richtig!) Ich will nicht weiter darauf eingehen. Aber fest steht, daß seit der Behandlung des Antrages Direktorenstellen geschaffen wurden, von deren Notwendigkeit nur wenige überzeugt sind. Und ich wage zu behaupten, daß diese Vereinfachung und Verbilligung dem Gedanken und Willen des Landtags von damals widersprach. Positive Vorschläge auf Ersparnisse oder Mehreinnahmen sind heute noch nicht gemacht worden. Herr Abg. Müller erkläre, man möchte doch dazu übergehen, auch bei den Volksschulen in Zukunft Schulgeld zu erheben. Dies ist nun nach der Verfassung glücklicherweise nicht gut möglich, denn der Artikel 145 der Reichsverfassung wird etwas Derartiges nicht zulassen. Der Weg wäre u. E. auch vollständig verfehlt und gar nicht zu verantworten. Aber, meine Herren, ich möchte ihnen einige andere Vorschläge machen. Es ist ja vorhin schon erklärt worden, daß man im Forstwesen weitere 2 Millionen Mark in diesem Jahre verdienen würde. Also die Einnahmen würden dann rund 11 Millionen Mark sein. Gerade diese Summe, die wir im Forstwesen erhalten, gibt ein

deutliches Bild unserer Verelendung des Volkes. Wenn man die Gesamtsumme des Forstwesens in die Staatskasse fließen lassen würde, wäre es verständlich. Aber dadurch, daß sich ein großer Teil der Forsten auch in Oldenburger Lande noch in Privathänden befindet, zeigt sich deutlich, welche Umsätze dem einzelnen Waldbesitzer zufließen, ohne daß er erheblich zu diesen Einkünften beiträgt. Wir besitzen z. B. in Oldenburg 66840 Hektar Forsten. Davon sind Staats- und Gemeindeforsten 35520 Hektar und Privatforsten 31320 Hektar. Wenn man betrachtet, welche gewaltige Summen würde der Staat einnehmen, wenn die Wälder der Allgemeinheit gehörten, Summen, welche heute in die Taschen von Privatleuten fließen, da sie im Besitz der Waldungen sind. Diese Einnahmen gleichen einem Barometer und sind eine Ursache für die Verelendung des Volkes mit. Je größer die Gewinne auf der einen, desto größer die Einschränkung auf der anderen Seite, und da es sich um Urstoffe handelt, welche das Volk notwendig braucht, sehen wir hier den Widersinn der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise.

Es sind aber auch Vorschläge zur Sparsamkeit im Finanzausschuß gemacht worden. Z. B. in der Bereitstellung der Mittel zur „Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit“ glaubt man, am ersten sparen zu können, indem die Ausgaben für die Kinderwohlfahrt, welche ein Teil des Ausschusses verdoppelt wissen wollte, dieser Betrag ermäßigt wurde. Seitens der Regierung waren 40 000 M. eingestellt. Im Ausschusse wurde ein Antrag gestellt, diese Summe zu verdoppeln. Leider müssen wir hier erwähnen, daß der größte Teil des Ausschusses anderer Auffassung gewesen ist. Sie gingen nicht ein auf eine Verdoppelung, sondern sie glaubten, daß 60 000 M. für § 40 genügen würden „zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit und für Säuglings- und Kleinkinderfürsorge“. Hier hatte der Ausschuß keine Mehrheit, um 80 000 M., also weitere 40 000 M., bereitzustellen. Hier war man bestrebt, sparsam zu sein. Ich habe nichts dagegen, wenn man sparsam ist, ob dieses Kapitel aber gerade das rechte ist, zu sparen, das wage ich ganz entschieden zu bestreiten. Denn was sind 40 000 M.? Selbst wenn auch dieser Betrag verdoppelt worden wäre, so hätte man auch dann nur das Allernotwendigste leisten können. Aber wenn wir in den Ausgaben eine Seite weiter kommen und sehen die Ausgaben für die Rörungskommission, für die Pferdezücht, für Rindviehzucht und Schweinezücht, so geht es in die Hunderttausende. Da haben sich diese Befürworter der „Sparsamkeit“ nicht wiedergefunden, hier hätten sie sparsam sein können, wenn sie es wollten, und hier muß ich unterstreichen, was Herr Abg. Hug schon erklärte, daß in diesem Kapitel hätte sehr viel gespart werden können. Denn die Landwirtschaft wäre sehr wohl imstande, selbst die Kosten zu tragen. Vor 8 Tagen fand ich eine Notiz in der hiesigen Presse, daß für eine Frau, welche im Besitz von 11 Kindern ist und das 12. Kind erwartet wird, öffentlich aufgerufen wurde, für diese Frau ein Inlett oder sonstigen Stoff zur Herstellung eines Bettchens zu sammeln. Durch die Presse wurde an die Einwohner herangetreten, daß diejenigen, welche etwas übrig haben, es dieser Frau geben sollten. Wohin soll das führen? Hier spiegelt sich das ganze Elend wieder. In dieser Notiz war vermehrt

„daß man die Würdigkeit“ der Familie geprüft habe. Würden also die Eltern „unwürdig“ sein, die Gaben anderer empfangen, so würde das Kind, also der Unschuldige, der Beitragende in erster Linie sein. Und das sind doch Zustände, diese zu beseitigen die Allgemeinheit das größte Interesse haben müßte. Wenn das Elend ein so großes ist, soll man doch seine Hand dazu bieten, auf diesem Gebiet etwas zu tun. Man könnte sich vielleicht noch an anderen Stellen einschränken. In erster Linie an der der Ordnungspolizei, die uns in diesem Jahre 1700000 M kostet. M. E. ist ist die Dpo vollständig überflüssig. Nun bezahlen wir nur $\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{3}$ gibt das Reich. Aber es besteht die Möglichkeit, daß das Reich vielleicht einmal diese $\frac{1}{3}$ nicht mehr bezahlen wird, und daß wir dann diese $\frac{1}{3}$ auch aufbringen müssen. Es ist heute morgen schon erklärt worden, daß die Entente einen Eingriff in die Steuerhoheit des Reiches beabsichtigt. Und es ist sehr leicht möglich, daß dann gerade auf diesem Gebiete gespart werden muß. Und nun jagte heute Herr Abg. Raschke: Solange wir den Einheitsstaat nicht besitzen, besteht ja vielleicht die Möglichkeit, daß man nicht alle Ausgaben dort vorzulegen braucht. Hierzu möchte ich nur bemerken, daß eine eventl. Finanzkontrolle der Entente nicht an den Grenzpfählen der Länder Halt machen wird. Daß heute die Dpo noch notwendig sein soll, sehen wir nicht ein. Von wo erwarten Sie einen Putz? Von rechts? Die Rechte bekommt ja alles, was sie haben will. Von links? Nun, kein Mensch glaubt noch ernsthaft, daß ein derartiger Putz eintritt. Aber die Dpo brauchte nicht da zu sein, um Putze niederzuschlagen, wenn wir die Ursachen der Unruhen von vornherein beseitigen, indem wir die Mittel aufwenden zur Verbilligung der Lebensmittel. Denn es geht im Deutschen Reiche in die Milliarden, was hierfür ausgegeben wird. Und gerade hier in unserm Oldenburger Lande haben wir den Beweis, daß nichts mehr zu Putzen führt, als die Verwendung der Dpo am unrichtigen Ort. Was waren die Ursachen der Unruhen? Lebensmittelmangel und Teuerung! Hätte früh genug die Dpo eingegriffen, um dort, wo die Ursprünge von Unruhen zu finden waren, nämlich in der Preistreiberei, diese zu beseitigen, dann hätte man diese Vorkommnisse nicht gehabt. Man hätte sie aufs Land schicken müssen, um dafür zu sorgen, daß renitente Landwirte unter der Zwangswirtschaft ihrer Lieferungspflicht nachkommen. Dann wäre manches in Deutschland vermieden worden. Ein anderer Weg zu neuen Einnahmen ist die Erhöhung der Jagdkartengebühr. Wir haben uns schon einmal darüber unterhalten. Die Jagdkartengebühr könnte wesentlich erhöht werden, es sind noch Jagden verpachtet worden pro Hektar 30 bis 50 M pro Jahr. Das ist entschieden zu wenig und keineswegs der Geldentwertung Rechnung tragend. Die Jagdkartengebühr ist durch Gesetz auf das Sechsfache erhöht worden. Ein Antrag auf das Zehnfache wurde abgelehnt.

Meine Herren! Auch bei den Kirchen und Schulen kann gespart werden. Wir lehnen die Mittel für die höheren Schulen ab, nicht etwa, daß wir Gegner von höheren Schulen wären, sondern weil es nicht jedem Kinde gleich seiner Begabung möglich ist, besonders nicht den Kindern der Arbeiterschaft, von dem Besuch der höheren Schulen Gebrauch zu machen. Aus diesem Grunde lehnen wir sie

ab, zumal die Allgemeinheit zu den Schullasten der höheren Schulen wesentlich viel mehr beiträgt als die gesamten Lasten der Volksschule es überhaupt sind. Daß wir auch die Mittel für Privatschulen ablehnen ist selbstverständlich. Aber einen weiteren Vorschlag, das ist die Sparsamkeit bei den Religionsgesellschaften. Man sollte endlich einmal dem Landtag eine Vorlage unterbreiten, in welcher die Trennung der Kirche von dem Staate gefordert wird, indem alle Religionsgesellschaften ihre Angelegenheiten selbständig regeln und verwalten müssen, um sich nicht auf die Dauer auf Kosten der Allgemeinheit durchhalten oder durchschleppen zu lassen. Selbst Leute, die aus der Kirche ausgetreten sind, müssen heute noch auf Umwegen Steuern für die Kirche bezahlen. Also die Kirche hat überall ihre Fäden, um sich aufrecht zu erhalten, weil es ein Gebilde ist, das, wenn man es selbständig macht, es sich anders einstellen muß oder zusammenbrechen würde. (Stimmt nicht!) Wenn es nicht stimmt, sollten Sie um so eher mit dazu beitragen, daß die Trennung zwischen Staat und Kirche erfolgt. In Frankreich ist seit 1905 die Kirche vom Staat getrennt, in Amerika bereits seit dem 18. Jahrhundert. Ebenso ist es in verschiedenen anderen Staaten. Dagegen ist in Deutschland nur ein einziger Staat, und das ist Sachsen-Meiningen, wo die Kirche vom Staat getrennt worden ist. Wenn Sie glauben, daß die Kirche ohne die Mittel des Staates fertig werden könnte, nun, dann um so erfreulicher, also bitte, probieren Sie es, machen Sie es. Aber heute ist es nicht der Fall, daß Sie es versuchen, weil Sie ganz genau wissen, daß der Kreis der Gläubigen, wenn es ans Zählen geht, recht zusammenschrumpfen wird. (Widerspruch.) Meine Herren! In der Begründung bei der Anforderung von Mittel, welche vom Kirchenvorstand in Lübeck gekommen ist, und man sich nicht getraute, in den Kirchensteuern höher zu gehen, liegt doch der beste Beweis dafür. Dort ist sinngemäß gesagt: „Gehen wir höher mit den Kirchensteuern, dann müssen wir gegenwärtig sein, daß so und so viele der Kirche den Rücken kehren.“ Das gilt für jede einzelne staatlich unterhaltene Religionsgesellschaft. Fast jede Religionsgemeinschaft steht auf eigenen Füßen — und wir besitzen derer recht unzählig viele — mit Ausnahme des Katholizismus und der Protestanten. Die jüdische Religionsgesellschaft erhält allerdings auch einen Zuschuß. Sie erklären bei all diesen Verhandlungen, daß die Sittlichkeit und die Moral gefährdet sei, sobald die Selbständigkeit der Kirche geschaffen werden soll. Das stimmt nicht. Dann müßte doch in denjenigen Staaten, wo die Kirche vom Staat getrennt ist, die Moral und Sittlichkeit sehr tief stehen; und das stimmt doch auch nicht. Dann müßte ja in Sachsen-Meiningen die Kriminalität stärker sein als anderswo. Aber das ist nicht der Fall. Das Gegenteil ist bewiesen.

Felix Linke brachte einen Artikel im „Freien Wort“ vom Februar 1919. Dieser ist den Kirchengläubigen schon sehr unangenehm geworden, denn dort sagt er, daß bei der Verteilung der Kriminalität auf die Konfessionen folgendes Verhältnis besteht: Verteilung der Konfessionen Protestanten 61,6%, Verteilung der Kriminalität 56,7%. Bei den Katholiken Verteilung der Konfessionen 36,7% und Verteilung der Kriminalität 41,8%, also wesentlich höher als

bei den Protestanten. Der höchste Prozentsatz ist Raub und räuberische Erpressung mit 53,3 gegenüber 36,7%. Sie sehen, dies ist statistisches Material. Und nun behauptet man immer ganz besonders bei den Katholiken, daß die Katholische Kirche die alleinseligmachende sei. Stellen diese Zahlen dem Einfluß der Kirche und der Religion auf die Sittlichkeit nicht ein überaus trauriges und trostloses Zeugnis aus? Ja, man könnte hiernach behaupten, der Einfluß der Kirche ist in diesem Fall ein verderblicher gewesen. Auch diese Bildungsfeindlichkeit, die heute Herr Abg. Raschke hier vortrug, finden wir immer in denselben Kreisen. Die Zahlen über das Schulwesen ergeben die Ueberfüllung der Schulklassen, und zwar in evangelischen Volksschulen bei 70 bis 80 Schülern, dagegen bei katholischen Volksschulen bei 107 Schülern in einer Klasse. (Abg. Raschke: „Weil sie mehr Kinder haben.“ Heiterkeit.) Ist das auch ein Zeichen von Fortschritt und Kultur? Wenn Sie mehr Kinder haben, wäre es auch Ihre Pflicht gewesen, dafür zu sorgen, daß ihnen eine angemessene Bildung zuteil wird, und daß Sie dafür Sorge tragen, daß Sie mindestens den Verpflichtungen den Kindern gegenüber nachkommen. Besonders arg ist auch noch die Einwirkung der Kirche in den Schulen. Auch hier fordern wir, daß die Trennung der Kirche von der Schule erfolgt und erfolgen muß. Meine Herren! Ich will nicht weiter darauf eingehen. Aber das sind Wege neuer Einnahmen und der Sparsamkeit. Denn Sie können es den Leuten nicht zumuten, welche nicht der Kirche angehören, zur Unterhaltung der Kirche beizutragen, trotzdem die Kirche in jeder Weise diese Leute bekämpft, welche ihr den Rücken gekehrt haben.

Ich möchte Sie also bitten, auf diesem Gebiete zu sparen, indem Sie unsere Anträge annehmen. Lehnen Sie den Zuschuß für die Privatschulen ab! Lehnen Sie den Zuschuß für die Kirche ab! Lehnen Sie den Zuschuß für die höheren Schulen ab, indem Sie mit uns gemeinsam für eine Einheitschule eintreten, eine Einheitschule im Interesse des gesamten Volkes. Lehnen Sie aber auch gleichzeitig die Mittel für die Sicherheitspolizei ab, und wenden Sie diese Mittel auf, indem Sie arme Leute, die bedürftig sind, unterstützen, damit wir im Oldenburger Lande nicht derartige Zeitungartikel lesen müssen, daß man öffentlich an die Bevölkerung herantritt, weil man nicht imstande ist, die eigenen Kinder ernähren zu können.

Präsident: Herr Abg. Kalkkuhl hat das Wort.

Abg. Kalkkuhl: Nachdem von sachkundiger Seite zum Etat geredet worden ist, würde es sich erübrigen, noch dies und jenes hierzu weiter beizutragen. Es ist aber wiederholt vom Herrn Finanzminister darauf hingewiesen worden, daß ganz enge Bande zwischen Gemeinden, Ländern und Reich bestehen, und das trifft ohne Frage zu. Zu den einzelnen Positionen im Voranschlag wird noch Stellung zu nehmen sein; aber heute morgen erlaube ich mir, auf die Finanznöten der Gemeinden ein wenig hinzuweisen. Nachdem man im Reichstag zwei Tage sich mit den Finanznöten der Gemeinden befaßt hat — im preussischen Landtag $1\frac{1}{2}$ Tag —, dürfte es angebracht sein, auch hier in Oldenburg die tatsächliche Finanznot der Gemeinden ein wenig klarzulegen. Der Finanzausschuß hat in dankenswerter Weise die Eingabe

der Gemeindevorsteher bei den Positionen 215 und 216 des Voranschlags geprüft und gewürdigt; er kommt zu einem Ergebnis, das mich persönlich unbefriedigt läßt. Lassen Sie mich einige Ausführungen zur Finanznot der Gemeinden machen.

Durch die Verfassung von Weimar wird nach Artikel 127 die Selbstverwaltung der Gemeinden ausdrücklich gewährleistet. Die Selbstverwaltungspflicht des Reiches hat zu schweren Eingriffen in die Selbstverwaltung der Gemeinden geführt; die weitere Gesetzgebung hat die in der Verfassung verankerte Selbstverwaltung aufs schwerste beschränkt.

Die Finanzen der Gemeinden hatten ihr Rückgrat in der Einkommensteuer, die nicht nur die ertragreichste Steuer der Gemeinde war, sondern vor allem die Möglichkeit bot, den Bedarf der einzelnen Gemeinden örtlichen und zeitlichen Verschiedenheiten anzupassen. Das Reichseinkommensteuergesetz hat dieses System vollständig vernichtet und hat die Gemeinden zu Kostgängern des Reiches bzw. der Länder nach Maßgabe eines festen Tarifs und fester Anteile gemacht. Es hat sich in weiten Kreisen heute schon die Ansicht gebildet, daß es zweckmäßiger gewesen wäre, wenn nicht das Reich, sondern die Gemeinden Träger der Einkommensteuer geblieben wären. Die Gemeinden hatten eine bewährte und umfassende Organisation zur Bewirtschaftung der Einkommensteuer. Das Reich hat es bis jetzt zu einer solchen Leistungsfähigkeit noch nicht bringen können, und Millionen sind infolge des Mangels dieser Organisation dem Reich, den Ländern und Gemeinden verloren gegangen.

Darüber herrscht kein Zweifel, daß die Reichsteuergesetze auf der einen Seite eine bedeutende Verminderung und eine unsichere Gestaltung der Gemeindefinanzen verschuldet und andererseits fortgesetzt für Vermehrung der Ausgaben in immer steigendem Maße sorgt. Schon während des Krieges und in der unmittelbaren Nachkriegszeit hat das Reich den Gemeinden immer neue Aufgaben auferlegt, ohne daß den Gemeinden dabei eine entsprechende Deckungsmöglichkeit eröffnet wurde. Die großen Aufwendungen der Gemeinden auf dem Gebiete der Kriegswirtschaft und der Kriegswohlfahrtspflege sind den Gemeinden durch § 59 des Landessteuergesetzes nur außerordentlich unzureichend abgenommen worden; wohl aber sind neue Aufgaben mit ungeheuren Lasten ihnen neu auferlegt worden, so das Arbeitsnachweiswesen, die Erwerbslosenfürsorge, die Kriegsbeschädigtenfürsorge, zuletzt die Fürsorge für die Sozialrentner. Als weitere starke Belastungsmomente werden jetzt kommen die Versorgungsbeiträge für die Kleinrentner. Weiter wird hinzukommen, was das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz, zu dessen Durchführung das Reich 100 Millionen zur Verfügung gestellt hat, von den Gemeinden verlangen wird.

Ganz unübersehbar sind die finanziellen Lasten, die den Gemeinden durch die weitere Entwicklung des Schulwesens entstehen. Auch die Durchführung des Grundschulgesetzes wird m. E. von vielen Gemeinden Zuschüsse erfordern. Und wenn der Entwurf des Reichsschulgesetzes Annahme finden sollte, dann werden viele Gemeinden durch die damit eintretende Differenzierung zwischen Bekenntnisschule, weltlicher Schule und Weltanschauungsschule eine enorme Steigerung ihrer Schullasten zu verzeichnen haben. Auch das Berufsschulgesetz und das Gesetz über Umgestaltung der

Lehrerbildung werden die Belastung der Gemeinden vermehren. Alle diese Belastungen aber entstehen den Gemeinden in Durchführung des Kulturprogramms der Reichsverfassung.

Die Reihe der vom Reich den Gemeinden gegenüber ausgehenden Belastungen ist damit nicht erschöpft. Die Gesetzgebung über Wohnungsbau und über Mieterschutz fordert von den Gemeinden weitere bedeutende Zuschüsse, und die Höhe dieser Zuschüsse wird sich beim Ausbau dieser Gesetzgebung immer mehr steigern.

Hieraus erklärte sich, daß die Gemeinden, die in ihrer Finanznot völlig im Stich gelassen werden, in ihrem Selbsterhaltungstrieb sich genötigt sehen, zu Maßnahmen zu schreiten, die auf die Dauer von verhängnisvollster Wirkung für das wirtschaftliche und soziale Leben sein müssen. Die wenigen den Gemeinden verbliebenen Steuern werden dann in einer Weise angespannt, die an das Mark der dadurch betroffenen Wirtschaftskreise greift (Gewerbesteuer). Die Gemeinden müssen Mittel aufbringen und bringen sie auf durch Erhöhung ihrer Realsteuern.

Die finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinden sind der Reichsregierung und den Landesregierungen seit langem ein Gegenstand ernster und dauernder Aufmerksamkeit; so hat der Reichsfinanzminister im Reichstage sich geäußert.

Mit allem Recht hat Dr. Scholz im Reichstage gefordert: Es darf dem Staat nicht allein darauf ankommen, Gesetze zu machen, die den Staat befriedigen, sondern der Staat hat die Pflicht und Schuldigkeit, auch diejenigen Träger öffentlicher Gewalten, auf die er schließlich aufgebaut ist, leben zu lassen.

Wird die Finanznot der Gemeinden anerkannt, so ist es Pflicht und Selbsterhaltung des Staates, den Gemeinden aus der Not zu helfen, soweit die Möglichkeit sich bietet. Tatsächlich wird die Finanznot der Gemeinden in Zukunft sich noch bedeutend steigern. Meine Dame und meine Herren, da konnte angenommen werden, daß die Regierung die Eingabe der Gemeindevorsteher freudig begrüßt hätte, die fordert, daß den Gemeinden die Hebung von Landessteuern, Abgaben und Umlagen übertragen würden. Der Ausschuß hat die Eingabe beraten und wäre ein Teil für Berücksichtigung gewesen, wenn von der Regierung nicht hervorgehoben worden sei, daß im Reichswirtschaftsrat empfohlen worden sei, alle Hebung von Steuern den Landeskassen zu übertragen. Meine Dame, meine Herren, im Reichswirtschaftsrat ist schon manches und vieles empfohlen worden. Ich gehe wohl nicht fehl, wenn ich annehme, daß hier im Hause keiner ist, der glaubt, daß die Finanzämter, die mit soviel Ach und Weh, mit so ungeheurem Kostenaufwand errichtet worden sind, bald wieder verschwinden können und werden.

Solche Empfehlungen sind m. E. nicht allzu ernst zu nehmen. Mit diesen Empfehlungen geht es wohl so, wie es bisher mit der Forderung, die Hebung der Landessteuern den Gemeinden zu übertragen, bei der oldenburgischen Regierung, es mit dem Prüfen und Berücksichtigen gegangen hat. Es wird geprüft, es wird berücksichtigt, und alles, aber wirklich alles bleibt beim alten.

Nach dem Voranschlage der Brandkasse für 1922 beträgt die Hebungsgeld der Amtseinnehmer 215 000,— M., 1919 waren es 21 310,93 M. und 1920: 60 553,84 M.

Stenogr. Berichte. II. Landtag, 6. Versammlung.

Welche finanzielle Stütze würde eine solche Einnahme für die Gemeinden bedeuten!

Es muß festgestellt werden, daß seit längeren Jahren Anträge auf Uebertragung der Hebung von der Regierung abgelehnt wurden und haben Eingaben an den Landtag, trotzdem dieselben der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen worden sind, keinen Erfolg gehabt. Es wird hingewiesen auf die Verhandlungen im Landtage, eine Eingabe von Osterburg, 1913; ferner auf den Bericht des Finanzausschusses, der Anlage 27, vom 27. 11. 1917, betr. Erhöhung der Geschäftskostenvergütung an die Amtseinnehmer. Es heißt in demselben wörtlich: Der oft im Finanzausschuß und im Landtage bekannte Wunsch, die Hebung aller Staatssteuern und -abgaben, wie auch in anderen Bundesstaaten üblich, den Gemeinden zu übertragen, ist bislang noch nicht zum Austrag gekommen. Der Finanzausschuß gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Staatsregierung nach dem Kriege diese Angelegenheit weiter verfolgt und dem Landtage eine entsprechende Vorlage macht.

Durch Uebergang des Schulrechnungswesens an die Gemeinden hat die Arbeit und Bedeutung des Gemeinerechnungswesens erheblich zugenommen und liegt es im Interesse der Gemeinden, volle Beschäftigung für die Gemeinerechnungsführer zu bekommen und einen tüchtigen Mann engagieren und besolden zu können.

Bei den heutigen vielseitigen hohen Abgaben behält das Volk ein Recht darauf, zu beanspruchen, daß demselben das Zahlen von Abgaben tunlichst erleichtert wird, indem solche beim Gemeinerechnungsführer gemacht werden können, da gerade heute mit Zeitverlust, Reisen zur Amtseinnehmerstelle und Kosten gerechnet werden muß. Welche große Zahl von Anmahnungen erfolgen jedes Jahr durch Amtseinnehmer! Wenn nun auch Hebungstage in einzelnen Gemeinden angelegt werden, so genügen dieselben in keiner Weise, da an den wenigen Tagen häufig der Andrang so groß ist, daß manche Steuerzahler einen halben Tag lang warten müssen, andere die Hebungstage nicht erfahren haben oder so plötzlich nicht die Mittel flüssig haben, den Tag vergessen haben, häufig durch dringende Wirtschaftsarbeiten verhindert sind usw., wogegen der Gemeinerechnungsführer jeden Tag zur Verfügung steht.

Die Einwände der Regierung auf bisher gestellte Anträge als zweifelhafte Sicherheit, ob Hebung, Rechnungsführung und Beitreibung stets in ordnungsmäßiger Weise gehandhabt würden usw., sind wohl unbegründet, da die Gemeinden für alles aufzukommen haben und selbst ein großes Interesse an einer ordnungsmäßigen Geschäftsführung ihres Gemeinerechnungswesens haben. Eine Kontrolle der Kassen, ähnlich wie bislang bei den Einnehmern, wird den Gemeinden nur erwünscht sein. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß durch Uebertragung der Hebung der staatlichen Abgaben die Amtseinnehmerstellen erheblich eingeschränkt und Neid und Mißgunst anderer Beamten wegen erheblicher Nebeneinnahmen (Brandkasse usw.) verringert werden würde.

Zum Schluß soll noch Bezug genommen werden auf das Gesetz vom 27. 1. 1912, nachdem der Regierung die Ermächtigung zur Uebertragung der Hebungen gegeben ist.

Meine Herren! Es ist unverständlich, daß man gerade dieser Seite so wenig Aufmerksamkeit geschenkt hat. Es ist

doch klar, daß, wenn wir sparen wollen, wir dann im eigenen Hauswesen anzufangen haben, hieran kann gespart werden, es ist so, meine Herren. Ich möchte doch der Regierung und auch dem Landtag aufs dringendste anheimgeben, diese Eingabe der Gemeindevorsteher, in der gefordert wird, die Hebung der Landessteuern den Gemeinden zu übertragen, nochmals ernstlich nachprüfen zu wollen. Ich bin sicher, dadurch würden Sie der Finanznot der Gemeinden wesentlich abhelfen, und Sie würden dazu beitragen, daß die einzelnen Steuerzahler es leichter haben. Sie haben stets Gelegenheit, zum Gemeinberechnungsführer kommen zu können, aber nicht den weiten Weg zum Amtseinknehmer zu machen. Ich bitte, nehmen Sie meinen Verbesserungsantrag an, der dahin geht, diese Eingabe der Regierung zur Berücksichtigung zu empfehlen. Ich bitte, unterstützen Sie diesen Verbesserungsantrag, und ich bin sicher, Sie tun es im Dienste der Gemeinden und des Staates. (Bravo!)

Präsident: Herr Abg. Hug hat das Wort.

Abg. Hug: Meine Dame und meine Herren! Herr Abg. Hartong hat mir den Mangel an Objektivität vorgeworfen wegen meiner Kritik über die Tätigkeit der Kammern. Es ist nun immer so. Wenn man Kritik erfährt von jemand, die unangenehm ist, dann wird man ihm immer den Vorwurf machen: Du bist nicht objektiv. Und so geht es auch hier. Herr Abg. Hartong, der sich auch befließigt, objektiv zu sein, dem kann es auch passieren, daß man ihm das Gegenteil vorhalten kann. Z. B. in der vorletzten Sitzung wurde über den Antrag auf Anstellung von zwei Baukontrolleuren verhandelt. Da sagte er etwa: Die Anstellung dieser zwei Leute soll auch anderen Zwecken dienen, als dem Schutze von Leben und Gesundheit der Bauarbeiter. Das ist auch nicht objektiv. Sie haben dafür absolut keine Beweise. Das war unsachlich, nicht objektiv. M. H.! Die Personen, die Vertreter der Kammern, die ich so scharf kritisiert habe, werden und sind von den Kammern gedeckt worden. Wenn die Art ihrer Agitation nicht von den Kammern gutgeheißen und gedeckt worden wäre, dann würde Herr Hartong recht haben mit der Abwehr meiner Kritik. Herr Kollege Raschke hat ja auch die Kammern in Schutz genommen. Ich will nicht auf die Einzelheiten eingehen. Aber ich will daran erinnern, daß wir beide vor nicht langer Zeit so einen Wanderredner im Interesse der Handwerker genossen haben. Und wir waren beide nicht erbaut davon, sondern wir waren empört über die Taktlosigkeit, die der Mann an den Tag legte bezüglich der Stellung zur Staatsform sowohl wie zu Wirtschafts- und Steuerfragen. (Abg. Raschke: Das war aber ein Ausländer.) Es sind nicht immer Ausländer, die diesen Geist der Unobjektivität hineintragen, sondern auch Inländer. Was mich veranlaßt hat, so scharfe Kritik zu üben, das ist vor allen Dingen gewesen das Schimpfen auf das Steuerzahlen. Nur sie werden herangezogen usw. Gewiß ist es sehr unangenehm, wenn man Steuern zahlen muß. Aber diejenigen, die bezahlen können, müssen Steuern bezahlen, und diejenigen, die nicht zahlen können, brauchen sie nicht zu bezahlen. Ich bin gar nicht unfreundlich gegen die Landwirtschaft. Ich habe immer versucht, objektiv zu sein. Aber wo Anzeichen zutage treten, die erkennen

lassen, daß es nicht mehr Einzelercheinungen sind, sondern daß diese Erscheinungen typisch sind für die ganze Situation, hat man nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sich dagegen zu wenden. Z. B. will ich Ihnen eins sagen, Herr Kollege Hartong, was jetzt in dieser Zeit so außerordentlich zutage tritt. Die Preise der Lebensmittel stehen doch im engen Zusammenhang mit dem Stand der Mark. Und da entsteht die Frage: Hat die Steigerung der Lebensmittelpreise einen spekulativen oder einen notwendigen Zusammenhang? Und da zeigt sich, daß, wenn der Dollar hochschnellt im März, auch gleichzeitig die Preise für Fleisch und Butter hochschnellen. Also wenn am 30. März der Dollar hochstand, und am 25. März das Pfund Lebensgewicht vom Schwein 26 M kostete, und am 30. März kostet es 30 M, dann wird man doch nicht sagen wollen, daß die Kosten der Aufzucht sich vom 26. bis 30. März erhöht haben. Sondern der Besitzer des Schweins hat den Nutzen aus dem Steigen des Dollars in die Tasche gesteckt. (Zuruf: Stimmt nicht! Die Rechnung ist falsch!) Nein, sie ist gar nicht falsch. Auf die Kosten der Aufzucht von Kindern und Schweinen hat der Markkurs von März 1922 keinen Einfluß gehabt. Bei der Zwangswirtschaft wird dieser Spekulationsgewinn beschnitten. Ich habe selbst geglaubt, daß, wenn die Zwangswirtschaft aufgehoben würde, das freie Spiel der Kräfte die Preise ermäßigen würde. Das ist aber doch nicht eingetreten; die freie Wirtschaft hat das Gegenteil hervorgerufen. (Zuruf: Warten Sie ab!) Das wird noch lange dauern. Der freie Handel hat entgegen unserer Annahme der Spekulation Tür und Tor geöffnet. Beim Umlageverfahren wird dieser Spekulation Einhalt getan, und es werden die höheren Preise nur zugestanden für das, was für die Spekulation freigeworden ist. Das sind die Gründe, die Erscheinungen, aus denen heraus ich die Angriffe erhoben habe. Ich stehe heute auf dem Standpunkte, daß auch die Organisationen nicht mächtig genug sind, alles zu beseitigen. Aber daß sie sich Mühe geben haben, Auswüchse zu beseitigen, die beseitigt werden können, davon habe ich nichts gesehen. Ich stehe immer noch auf dem Standpunkte, daß eine ehrliche, großzügige Organisation zwischen Produzenten und Konsumenten andere Verhältnisse schaffen kann. Dann muß man aber auch es nicht immer so hinstellen, als zahlten nur sie Steuern. Von den Lohn- und Gehaltsempfängern werden die Steuern abgezogen. Und es fängt da an, wo das festgesetzte Existenzminimum zu Ende geht. Es wird ferner nicht darauf Bedacht genommen, daß schon früher und jetzt noch mehr eine Summe von indirekten Steuern vorhanden sind, die von der großen konsumierenden Masse hauptsächlich getragen werden. Ich kritisiere die Anschauungen, die bei dieser Agitation zutage treten, als ob nur Handwerker, Handel und Landwirtschaft Steuern bezahlen und alle anderen nicht. Die Belastung der Lohnempfänger, der Gehaltsempfänger ist mindestens eine ebenso große, wenn man es gerecht beurteilen will.

Dann, meine Herren, noch ein Wort. Herr Kollege Raschke hat dem Finanzausschuß eine Zensur erteilt. (Zuruf: Nein, Komplimente gemacht.) Ja, das Kompliment war in Ironismus, feinem Spott, gekleidet. Wenn Herr Hartong im Finanzausschuß gefessen hätte, würde er diesen

Spott auch herausgefordert haben. Und ich glaube nicht, daß er mit demselben feinen Ton Ihnen geantwortet haben würde, wie ich es jetzt tue. (Heiterkeit.)

M. G.! Dann ist von Herrn Abg. Hartong davon gesprochen worden, daß die Gebühren der Unterbringung in Blankenburg erhöht werden müßten. Ich bin auch der Meinung. Nur sind die Dinge in Blankenburg weniger durchsichtig als die in Wehnen. Ich nehme an, Sie sind wohl unterrichtet. Die Dinge sind dort ganz anders aufgejogen. Und ob die Erträgnisse von Ländereien auch hinein müßten, ob das geändert werden kann, weiß ich nicht. Das wird Aufgabe der Regierung sein, es zu prüfen.

Dann hat der Herr Minister in seiner Aufrechnung 2000000 *M* für Erhöhung der Unkosten von Wehnen und des Hebammeninstituts und der Gefängnisse angenommen. Ich darf doch wohl annehmen, daß der Herr Finanzminister bemüht sein wird, durch Erhöhung der Pflegegelder das wieder hineinzubringen, besonders beim Hebammeninstitut und Wehnen. Wie weit das bei den Gefängnissen möglich ist, hängt davon ab, ob die Strafgefangenen Vermögen haben. Dann möchte ich aber darauf aufmerksam machen, daß natürlich die Erhöhung, eine außergewöhnliche Erhöhung, der Pflegekosten sowohl in Wehnen und Blankenburg auf die Gemeinden ganz außerordentlich wirken würde. Wenn eine Gemeinde eine verhältnismäßig große Anzahl von Pflinglingen in Blankenburg hat, das schlägt zu Buch. Und bei den heutigen schlimmen Zeiten ist es natürlich angenehm für die Gemeindeverwaltungen, wenn die Kosten nicht so hoch sind.

Dann möchte ich darauf hinweisen, daß mir die Gebühren für die Prüfung der Automobile doch reichlich niedrig erscheinen. Ich glaube, die könnten eine Erhöhung erfahren. Vielleicht lassen sich auf dem Gebiete der Gebühren nach dieser oder anderer Richtung wahrscheinlich auch noch Einnahmen erzielen.

Präsident: Herr Abg. Feigel hat das Wort.

Abg. Feigel: Meine Dame und meine Herren! Der Herr Abg. Zimmermann hat vorhin seine Eitatrede dazu benutzt, um sich in der von ihm sehr beliebten Weise gegen die katholische Kirche zu betätigen. Ich glaube, Herr Kollege Zimmermann, daß hier bei Ihnen weniger die Kenntnis der von Ihnen vorgebrachten Dinge die Veranlassung ist als der Wunsch, religiösen Anschauungen, mit denen Sie bekanntlich nichts zu tun haben, gelegentlich der Behandlung im Landtage eins auszuwischen, und das gibt mir Veranlassung, auf das hauptsächlichste einzugehen. Zunächst haben Sie, Herr Zimmermann, eine Kriminalstatistik der einzelnen Konfessionen in Deutschland oder Preußen hier vorgeführt, und Sie haben damit wohl den meisten Herren und mir gegenüber etwas Neues nicht gebracht. Es war mir und den meisten Herren im Landtage längst bekannt, daß bei einer solchen — nämlich rohen — Statistik, wie Sie sie aufgemacht haben, die katholische Kirche in Deutschland nicht gut abschneidet, daß sie an den Kriminalfällen mit einem höheren Prozentsatz beteiligt sei wie die evangelische Kirche. Ich bitte aber, eine derartige Statistik nicht ohne weiteres zur Unterlage von weitergehenden Betrachtungen zu machen, ohne zu erwähnen, welche Umstände diese höhere

prozentuale Beteiligung zu erklären imstande sein könnten. Da ist es der Umstand, daß wir in der katholischen Kirche — in Preußen wie in Deutschland — mit allen Galiziern, Tschechen und anderen Ausländern in der Kriminalität ziemlich obenan stehen, die zwar katholisch getauft sind, uns aber ein Gewicht am Bein sind und die Statistik ganz wesentlich zu unseren Ungunsten beeinträchtigen. Dann bitte ich, zu berücksichtigen, daß in Deutschland bei uns Katholiken eine ausgebreitete Diaspora ist, und daß in der Diaspora hier und da recht viele Leute darunter sind, die mangels der geordneten Seelsorge überhaupt kein Verständnis für das haben, was ihnen in der Wiege gesagt ist und was in der Schule gelehrt ist, und so finden Sie, daß da neben einer großen Anzahl recht guter und bewußter Katholiken auch eine ganze Reihe sich findet, die nur noch einen sehr verkehrten Tauffchein übrig behalten haben. Aber wenn Sie eine Kriminalstatistik aufmachen, möchte ich doch darauf hinweisen, daß nicht die Zahl der Fälle Eindruck macht auf die Moralität, sondern daß die Art und die Schwere der einzelnen Fälle maßgebend ist. Soll diese Statistik, mit der Sie in ziemlich deplazierter Weise aufgetreten sind, irgend welchen Wert besitzen, dann bitte ich zu beachten, an welchen Verbrechen und Vergehen tatsächlich die Katholiken sich beteiligt haben, denn nicht die Quantität macht es, sondern die Qualität, und ich hätte gebeten, das bei dieser Gelegenheit zu berücksichtigen. (Zuruf: Zimmermann seine Leute lassen sich nicht erwischen!) Dann haben Sie das bekannte, allein selig machende Wiederum in Verbindung gebracht mit der katholischen Kirche. Ich will auf dieses Gebiet nicht eingehen, weil ich den Landtag nicht für den geeigneten Ort halte, um darüber zu sprechen. Ich will Sie nur darauf hinweisen, wenn Sie diesen Begriff recht auszusprechen verstehen, er nicht den Beigeschmack hat, den er bei Ihnen hat. Er hat beispielsweise nicht den Beigeschmack, daß die katholische Kirche andere von der Seligkeit ausschließt. Im übrigen sage ich das eine noch: Sehen Sie in einen katholischen Katechismus, und Sie werden zu anderer Auffassung kommen. Wenn von Lübeck, oder wie Sie sonst sagten, in einer Eingabe geschrieben sein soll, daß sie die Steuerschraube bezüglich der katholischen Bewohner nicht mehr ansetzen könnten, weil sie eben dann befürchten müßten, daß der Austritt ein zu großer würde, so kann ich Ihnen gegenüber sagen, daß wir es erstens mit einer weiten Diaspora zu tun haben, und daß wir zweitens diesen Grund in Eingaben von katholischen Leuten niemals vorfinden; ich habe ihn wohl bei andern Leuten vorgefunden. Bei uns steht durchweg die Opferbereitschaft für die Kirche höher als die Angst vor etwas Steuer für diese Zwecke.

Präsident: Das Wort ist nicht weiter verlangt? Ich schließe die Beratung über die Vorlage im allgemeinen und zu dem Antrage 1 und zum § 1. Ich bitte die Abgeordneten, die den Antrag 1 annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschieht. — Der Antrag ist angenommen. Ich eröffne die Beratung zum Antrage 2:

Annahme des § 2 unter Erhöhung der Summe auf 10 000 000 *M*.

Das Wort hat Herr Abg. Behlen.

Abg. Behlen: Meine Dame und meine Herren! Gestatten Sie mir zu diesem Paragraphen ein paar Worte. Der

Ausschuß hat die Summe von 8 000 000 auf 10 000 000 *M* hinaufgesetzt. Ich stehe auch auf dem Standpunkte, daß der Staat aus seinen Ländereien die größten Summen herauswirtschaften muß, aber es muß auch hier mit Vorsicht vorgegangen werden. Die Erhöhung der Pachten ist erst in den letzten Wochen den betreffenden Pächtern mitgeteilt worden, und da ist man doch meines Erachtens zum Teil über das hinausgegangen, was allgemein in den Bezirken als Satz von den Pachteinigungsämtern festgesetzt ist. Die Pachteinigungsämter haben für geringwertige Ländereien durchschnittlich das 8fache von früher festgesetzt, für beste Ländereien das 12fache. Die Summen aber, die vom Domänenamt festgesetzt sind, kommen im Durchschnitt auf das 15fache, dabei handelt es sich nicht um besonders hochwertige Ländereien. Wenn die Erträge auch ganz gut sind, so ist es doch so, daß sie außerordentlich leicht verloren gehen können, indem ein großer Teil der Ländereien Wasserinseln sind. Ich möchte sagen, daß es im allgemeinen sich nicht rechtfertigt, mit den Pachtsätzen über das hinauszugehen, was die Pachteinigungsämter der betreffenden Bezirke festgesetzt haben. Es wäre richtiger, wenn man noch etwas unter diesen Sätzen bliebe, weil die Erträge stets in Gefahr sind. Es ist dabei herausgekommen, daß sämtliche Pächter Protest eingelegt haben. Dieses Protestverfahren wird sehr langwierig sein. Es heißt heute, daß die Proteste vom vorigen Jahre noch nicht erledigt sind, weil vom Ministerium gegen die Entscheidung der Pachteinigungsämter Einspruch erhoben ist. Da stellt sich eine eigenartige Tatsache heraus, nämlich die, daß das Staatsministerium, welches in Pachtschutzsachen die letzte Instanz ist, hier in eigener Sache zu urteilen hat. Das wird von den Betroffenen als ein großer Uebelstand angesehen und wird auch als solcher angesehen werden müssen. In diesen Kreisen würde man es sehr begrüßen, wenn die letzte Instanz, wenigstens in diesen Dingen, dem Staatsministerium abgenommen und dem Oberverwaltungsgericht übertragen würde. Ich möchte also nochmals sagen, daß es sich meines Erachtens nicht rechtfertigt, in bezug auf die Pachtpreise über das hinauszugehen, was von den Pachteinigungsämtern festgesetzt ist. — Es wird sodann immer wieder darüber geklagt, daß die Entscheidung seitens des Domänenamts so weit hinausgeschoben wird darüber, ob die betreffenden Pächter das Land wiederbekommen. Das ist im vorigen Jahre so gewesen, und in diesem Jahre kommt es wieder so. Alle paar Tage bekommt man eine Mitteilung, daß noch nicht die Entscheidung eingegangen ist und die Bitte: Können Sie nicht darauf hinwirken, daß die Entscheidung bald getroffen wird? Ich möchte feststellen, daß die Pächter für dies Jahr noch nicht wissen, ob sie das Land wiederbekommen. Es ist notwendig, daß das frühzeitiger entschieden wird, denn es gibt Grundbesitzer, die an dem Lande noch etwas machen wollen, und das kann nicht geschehen, wenn man nicht weiß, ob man das Land wiederbekommt oder nicht.

Präsident: Das Wort hat der Herr Finanzminister.

Minister Dr. Driver: Der Herr Abg. Behlen ist meines Erachtens insoweit von der richtigen Ansicht ausgegangen, daß der Staat von seinen Pächtern das fordern muß, was sie herauswirtschaften, was sie bezahlen können,

dazu zwingt die Finanzlage. Wir sind nicht in der Lage, die Pachten niedriger zu halten, als sie in Privatwirtschaften vereinbart werden, das können wir nicht machen. Bevor nun die Pächterhöhungen vorgenommen sind, sind von sämtlichen Pachteinigungsämtern gutachtliche Neußerungen eingebracht, und an der Hand dieser Neußerungen sind unter Zuziehung des Domänenamts und des Vertreters des Ministeriums des Innern in einer mündlichen Besprechung die Grundsätze über die Pächterhöhung, die von den Domänenpächtern getragen werden könne, festgelegt. Wenn im Einzelfalle der eine oder andere sich beschwert fühlt, dann muß es ihm überlassen bleiben, das Pachteinigungsamt und eventuell das Ministerium des Innern anzurufen. Was die späte Verpachtung der Domänenländereien anlangt, so werde ich die Sache prüfen lassen. Ich bin der Ansicht wie Herr Behlen, daß es nicht angängig ist, daß die Leute kurz vor Beginn der neuen Periode erst Bescheid bekommen; dem muß abgeholfen werden.

Präsident: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Tanzen: Meine Herren! Ich brauche nicht zu betonen, daß es dem Ministerium selbst nicht angenehm ist, gewissermaßen, wie Herr Behlen sagt, in eigener Angelegenheit die letzte Entscheidung treffen zu müssen; das ist aber mal so, und es geschieht selbstverständlich nach reiflicher Ueberlegung und nach bestem Wissen. Wenn aber Herr Behlen glaubt, daß in diesen Sachen die Entscheidung der Pachteinigungsämter nicht beachtet würde, wie sie bei den Privatpächtern beachtet würde, und zwar begründet er das damit, daß er sagt, das 8—12fache des Friedensjahres ist da als Pacht für 1921 als richtig anerkannt — das Ministerium geht darüber hinaus, bis zum 15fachen —, so liegt das daran, daß man jetzt bei den Domänen nicht von den für die Domänen gezahlten Friedenspachtpreisen ausgeht als von unter dem Durchschnitt liegenden Preisen, sondern bei den Domänen den Pachtwert einsetzt und nicht den Pachtpreis. Man will den nachbargleichen Preis haben, daher kommt der andere Multiplikator. Man nimmt nicht den Pachtpreis vom Frieden, sondern den Pachtwert vom Frieden, und dann kommt häufig heraus, daß nicht das 8—12fache, sondern auch das 15fache des Friedenspachtpreises als Pachtwert für 1921 als richtig bezeichnet werden muß.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Schmidt.

Abg. Schmidt: Ich möchte den Herrn Finanzminister bitten, doch in Zukunft dafür zu sorgen, daß die Pachtpreise — insbesondere für Stückländereien — den Pächtern zeitig genug mitgeteilt werden. Vor einigen Tagen ist mir von interessierter Seite mitgeteilt worden, daß kleinere und kleinste Besitzer heute noch nicht wissen, welche Pacht sie für 1920 bezahlen müssen. Meine Herren! Darin liegt für die Pächter eine große Schwierigkeit, denn es handelt sich um kleinere Leute, die das Geld kaum noch zusammen haben, und dann liegt die Gefahr vor, daß der Staat bei einem solchen Gebahren zu kurz kommt.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Krause.

Abg. Krause: Meine Dame und meine Herren! Es ist vielleicht angebracht und bei der Finanzlage des Staates zu begreifen, daß man die Domänenländereien, die verpachtet

sind, den übrigen Pachtverhältnissen angepaßt hat, aber ich möchte doch sehr darum bitten, daß man etwas individuell vorgeht. Es sind z. B. die Außengroden und das Kleinpachtland in Händen von sehr kleinen Leuten, Kriegsbeschädigten, Landarbeitern usw., die tatsächlich nicht in der Lage sind, jetzt den den veränderten Pachtverhältnissen entsprechenden Pachtpreis zu zahlen. Der letzte Sommer, zumal mit seiner Trockenheit, hat es zuwege gebracht, daß der Ertrag nicht demgemäß gewesen ist, insolgedessen haben sich Unzuträglichkeiten ergeben, und die betreffenden Außengrodenbesitzer haben ja auch entsprechend petitioniert und haben versucht, eine Ermäßigung der Pacht herbeizuführen. Es müßte etwas individuell der Pachtpreis bemessen werden. Man müßte Grenzen schaffen zwischen denen, die wirklich auf den Ertrag des bißchen Land angewiesen sind, als eine Verlängerung oder als eine Zuhilfenahme für den notwendigen Lebensunterhalt, und Leuten, die vielleicht Handwerksmeister sind, die nur diese Pachtstücke gebrauchen wollen, um sich vielleicht etwas selbst zu beschaffen, was sie sonst auch kaufen könnten. Man braucht die Pächterhöhung nicht so automatisch auf alle zu übertragen. Ich will gern zugeben, daß der Staat nicht zu weit gegangen ist; ich habe auch nach den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten verstanden, daß nicht über das 10fache hinausgegangen ist. Es bleibt aber doch die Festsetzung eine Härte für Leute, die tatsächlich die kleinen Stücke gepachtet haben, um sich und ihre Familie vor der größten Not zu schützen. Ich möchte aber auch bei dieser Gelegenheit noch auf eins hinweisen: Die Verteilung der Ländereien hat vielfach zu Anständen Anlaß gegeben, und meines Erachtens zu berechtigten Anständen. Die Zusammensetzung der Kommission für die Verteilung der Ländereien ist jedenfalls nicht nach dem Grundsatz erfolgt, alle Bevölkerungskreise, und vor allen Dingen die, die außerordentlich auf das billige Pachtstück angewiesen sind, zu berücksichtigen. Mir ist bekannt, daß man in Burhave bei der Landverteilung die Organisation der Kriegsbeschädigten und den Landarbeiterverband ganz einfach aus dem Spiel gelassen hat; trotzdem Herr Domäneninspektor Linnemann erklärt hat und auch Herr Schipper vom Siedlungsamt, daß alle Bevölkerungskreise vertreten sein sollten, und daß sie in öffentlicher Versammlung gewählt werden sollten, ist uns das bestritten. Jedenfalls ist eine neue Zusammensetzung erforderlich überall dort, wo Klagen laut werden, daß kleine Leute, die von diesem Land Gebrauch machen müssen, nicht berücksichtigt sind; da muß ein Mangel in der Organisation, der Verteilung vorhanden sein, und ich möchte bitten, daß das Staatsministerium eventuell nochmals die Zusammensetzung dieser Kommission prüft, ob tatsächlich die Kreise, die in erster Linie daran interessiert sein sollen, dazu genommen sind. Es ist genau so in den Gemeinden mit den Deichen. Es ist gesagt worden von der Staatsregierung: Da hat der Staat kein Recht zum Eingreifen. Aber wo der Staat Gelegenheit hat zum Eingreifen, da sollte er es tun. Ich möchte fragen, ob es nicht möglich ist, in eine Prüfung einzutreten; ob nicht die Pachtpreise individuell festgesetzt werden können, daß eventuell eine Pächterermäßigung eintritt und überall dort, wo der Staat Land weggibt und sehr wohl höhere Pachten gezahlt werden können, man dort auch die Höchstsätze zur Anwendung bringt.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Behlen.

Abg. Behlen: Meine Dame und meine Herren! Es wurde vorhin vom Herrn Minister gesagt, daß die Domänen früher zu billig verpachtet gewesen seien. Das wird richtig sein, aber man muß da einen Unterschied machen zwischen den Domänen im Lande und den außerhalb des Deiches liegenden Grundstücken. Da muß auf jeden Fall die große Gefahr, in der sich die Grundstücke immer befinden, mit in Betracht gezogen werden. Und ich möchte sagen: Wenn man für die Domänen im Lande das 10fache nimmt, dann ist es notwendig, daß man für die andern weiter heruntergeht. Wenn die Erträge im allgemeinen auch gut sind, so sind sie doch immer in Gefahr, und es ist vorgekommen, daß der zweite Schnitt ganz weggetrieben ist. Nachher war es schwierig, wenn man eine Ermäßigung haben wollte. Also ich bitte, die Pachten für die außerhalb liegenden Ländereien niedriger zu halten.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Frerichs.

Abg. Frerichs: Meine Herren! Ich bin durchaus der Meinung, daß die Pachten für Staatsländereien den Zeitverhältnissen angepaßt sein müssen und habe gegen die vorgesehene Erhöhung nichts einzuwenden. Aber hinsichtlich der Verteilung, besonders der Grodenländereien, sind auch in unserer Gegend lebhaft Klagen vorgebracht worden; inwieweit dieselben berechtigt sind, kann ich nicht sagen, aber vielleicht wird eine Nachprüfung von seiten des Ministeriums möglich sein. Es ist darüber geklagt worden, daß kleine Leute, Arbeiter, die direkt am Deich wohnen, nichts bekommen haben, während Gewerbetreibende sowie Landwirte, die stundenweit entfernt sind, bedacht sind. Ich möchte bitten, doch, wenn möglich, eine Prüfung vorzunehmen, ob das sich so verhält, und für Aenderung zu sorgen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Raschke.

Abg. Raschke: Meine Herren! Die Grodenländereien müßten eigentlich eine andere Behandlung erfahren, als die Domänen im allgemeinen. Wenn es sich um die Ländereien handelt, die außerhalb des Deiches liegen, dann sehen wir, daß denen sehr große Schäden zugefügt werden bei der Ueberflutung. Bei Rüstertiel ist es passiert, daß der Bordeich vollständig überflutet war; da wäre es richtiger, wenn man diese Grodenländereien meinetwegen in kleinen Parzellen von 5—10 ha an die Leute verkaufen würde. Die Domänenverwaltung kommt nicht dazu, die Bordeiche so hochzubringen, daß das Wasser nicht über den Deich geht. Wenn das Land Eigentum der Leute wäre, dann würden die sich sehr schnell vereinigen und würden in kurzer Zeit den niedrigen Deich hochbringen und würden dann verhindern, daß die Flut diese Gelände unter Wasser setzt. Dadurch wird die Produktivität sehr gesteigert. Es ist zu überlegen, ob der Staat dazu übergehen soll, diese Ländereien in kleinen Parzellen zu verkaufen und dem einzelnen die Verpflichtung aufzuerlegen, die Uferböschung zu unterhalten und den Deich hochzubringen, dann kostet das keinen Pfennig. Wenn dieses heute vom Staat aufgebracht werden soll, kostet das Hunderttausende.

Präsident: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Tanzen: Die Anregung des Herrn Raschke in seinen letzten Ausführungen ist im Siedlungs-

amt eingehend geprüft; dieses ist zu dem Ergebnis gelangt, daß neben den Kosten für den Hausbau, für Inventar des Siedlers, wenn er bestehen will, der Staat seine Rente behalten soll, nicht noch die Kosten übernehmen kann. Man ist deshalb zu dem Endergebnis gelangt, daß die Außendeichs-Ländereien unter diesen Verhältnissen nicht zu besiedeln sind, sondern in der bisherigen Weise zu behandeln sind. Ich nehme das Wort auch, um zu betonen, daß alle die kleinen Parzellen ja in Gemeinschaft vom Siedlungsamt und Domänenamt verpachtet werden; die unterhalten sich zunächst über die Preise, dann über die Verteilung an die vielen Nachfragenden, und so wird das bestmögliche Ergebnis zu erzielen versucht. Eins möchte ich daher noch sagen: Wenn so wenig Klagen kommen über die Verteilung und die Preise der Ländereien, dann können Sie versichert sein, daß bei der ungeheuer großen Nachfrage, die stets vorhanden ist, im ganzen recht zweckentsprechend und gut gewirtschaftet ist vom Siedlungsamt und vom Ministerium; denn der Kernpunkt ist der, daß man nicht wie früher verpachtet, wo Angebot und Nachfrage sich deckten, diejenigen es bekamen, die den höchsten Preis zahlten, sondern daß man heute sagt: Ich muß verteilen unter einer Masse von Nachfragenden, die viel größer ist als das Material. Daß derjenige, der nichts bekommt, immer die ausgezeichnetsten Gründe hat, zu sagen, er müßte eigentlich berücksichtigt werden, ist bekannt. Ich kann Ihnen sagen, daß wir mit allen Mitteln bestrebt sind, die kleinen zu berücksichtigen und aufsteigend erst zu den großen kommen; das fragen Sie bitte bei den größten Landwirten nach, die auch betonen, sie hätten das Land nötig für den Betrieb, denen es aber weggenommen wird, weil gesagt ist: die eine eigene Ackerfrucht haben, können nicht berücksichtigt werden. So geschieht alles, was möglich ist; und ich glaube, Sie können überzeugt sein, daß die beiden in Betracht kommenden Behörden besonders alles das berücksichtigen, was von Herrn Behlen, Herrn Krause und von verschiedenen Herren vorgetragen ist, soweit das überhaupt denkbar ist.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Behlen.

Abg. Behlen: Dazu eine Bemerkung. Der Herr Ministerpräsident hat gesagt: Es sind keine Klagen gekommen über die Preisgestaltung. Da hat er eins nicht beachtet: Wenn ich richtig im Wilde bin, haben im vorigen Jahre gegen die Pächtererhöhung sämtliche Grodenpächter Protest erhoben, und das sind hunderte.

Präsident: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Tausen: Ich habe nicht gesagt, daß keine Klagen gekommen sind, sondern ich habe gesagt: wenn nicht mehr und nicht begründetere Einsprüche gekommen sind. Dann ist es doch so, daß aus den Bezirken einzelner Pächtereinigungsämter besonders viele Einsprüche kommen, was seine besonderen Gründe hat, auf die ich nicht näher eingehen will, während aus dem Bezirk anderer Pächtereinigungsämter keine Beschwerden kommen.

Präsident: Das Wort ist nicht weiter verlangt? Ich schließe die Beratung zum Antrage 2. Ich bitte die Abgeordneten, die den Antrag 2 annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen. Antrag 3 lautet:

Annahme des § 3a, unter Erhöhung der Summe auf 175 000 M.

Ich eröffne die Beratung zum Antrage 3 und zum § 3a. Das Wort wird nicht verlangt? Wir stimmen ab. Ich bitte die Abgeordneten, die den Antrag 3 annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen. Antrag 4 lautet:

Die Staatsregierung wolle die Jagd im Baumwege vorläufig weiter öffentlich verpachten.

Ich eröffne die Beratung hierzu. Das Wort wird dazu nicht verlangt? Ich schließe die Beratung. Wir stimmen ab. Ich bitte die Abgeordneten, die den Antrag 4 annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen. Antrag 5:

Annahme der §§ 4—12.

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage und zu den §§ 4—12. Das Wort wird nicht verlangt? Ich eröffne die Beratung zum Antrage 6:

Annahme des § 13, unter Erhöhung der Summe auf 380 000 M.

und zum § 13. Ich eröffne weiter die Beratung zum Antrage 7:

Annahme der §§ 14—18

und zu den §§ 14—18. Das Wort ist nicht verlangt?

Ich eröffne die Beratung zum Antrage 8:

Annahme des § 19, unter Erhöhung der Summe auf 480 000 M.

und zum § 19. Das Wort wird nicht verlangt? Ich eröffne die Beratung zum Antrage 9:

Annahme der §§ 20—27

und zu den §§ 20, 21. Das Wort hat Herr Abg. Raschke.

Abg. Raschke: Meine Herren! Die Versorgung des Schmiedegewerbes mit Schmiedekohlen liegt augenblicklich im Landesteil Oldenburg sehr im Argen, daß unbedingt etwas geschehen muß, um aus dieser Kalamität herauszukommen. Wenn wir keine Kohlen haben, ist es ein sehr schwacher Trost, daß wir wenigstens eine Landeskohlenstelle haben. Ich möchte daher an die Regierung die dringende Bitte richten, nun auch die Landeskohlenstelle dahin zu überwachen, daß sie nicht nur wie ein Mauerblümlein still und verborgen ihr Dasein führt, sondern daß sie ernstlich darangeht und sich Mühe gibt, um auch Schmiedekohlen heranzuschaffen, sonst muß man wünschen, daß auch letzten Endes diese Schranke der Zwangswirtschaft fällt und wir die Beschaffung der Kohlen selbst in die Hand nehmen. Wenn wir uns auf die Bahn setzen und fahren nach Duisburg, ich sage Ihnen, wir kriegen Kohlen. Vorläufig liegt aber noch die Sache in den Händen der Landeskohlenstelle, und die muß dafür sorgen, daß auch Kohlen herangeschafft werden.

Präsident: Das Wort hat Herr Minister Meyer.

Minister Meyer: Herrn Abg. Raschke scheint ein Irrtum unterlaufen zu sein. Die Einrichtung der Kohlenwirtschaftsstellen sind nicht spezifische Landeseinrichtungen, sondern Reichseinrichtungen. Weiter unterliegt der Landeskohlenstelle Oldenburg nicht die Bewirtschaftung der Industriekohle, sondern nur die der Hausbrandkohle. Die Kohlenwirtschaftsstelle für den Landesteil Oldenburg ist in Bremen; diese nimmt die Landeskohlenstelle Oldenburg für die Ju-

teilung der in Frage kommenden Kohlenmengen an die Industrie in Anspruch. Und wenn berechtigte Wünsche vorgetragen werden können, daß in besonderen Fällen einzelne Industriezweige mehr mit Kohlen versorgt werden, so kann die Landeskohlenstelle Oldenburg sehr wohl diese Wünsche weiterleiten nach dem Reichskohlenkommissar und sie bei diesem vertreten; sie ist aber nicht in der Lage, mehr zu verteilen, als ihr durch den Reichskohlenkommissar zugewiesen wird; deshalb ist es sehr häufig der Landeskohlenstelle selbst recht unangenehm, wenn sie nach ihrem Dafürhalten berechtigten Wünschen nicht entsprechen kann, weil ihr das benötigte Kontingent an Kohlen nicht zur Verfügung steht. Herr Abg. Raschke bemerkte dann weiter, daß es ihm möglich sein würde, wenn er persönlich oder im Auftrage einer Organisation nach Dortmund oder einem anderen Orte des Westens fahren würde, Schmiedekohlen zu bekommen; das halte ich für völlig unmöglich. Die Kohlen unterliegen der öffentlichen Bewirtschaftung, weil uns der Feindbund mehr Kohlen abnimmt, als wir entbehren können und der verbleibende Teil nicht zur restlosen Deckung der Bedürfnisse ausreicht; deshalb liegt es nicht in der Macht der Landeskohlenstelle Oldenburg, anders zu verfahren, als sie bisher getan hat. Ich will Veranlassung nehmen, erneut die Landeskohlenstelle zu beauftragen, sich anzustrengen, daß noch mehr Schmiedekohlen als bisher für Oldenburg zugewiesen werden.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Kalkkuhl.

Abg. Kalkkuhl: Ich bin beauftragt, bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck zu bringen, daß im Amt Westerstede eine ganze Reihe Schmiedemeister ist, die nur noch für 8—14 Tage, höchstens für 3 Wochen Schmiedekohlen hat. Da ist die Anregung, die der Herr Minister bei der Landeskohlenstelle geben will, sehr angebracht. Ich möchte bitten, daß es nachdrücklich geschehe.

Präsident: Das Wort ist nicht weiter verlangt? Ich schließe die Beratung zum § 21 und eröffne sie zu den §§ 22—27. Ich eröffne die Beratung zum Antrage 10: Annahme des § 28, unter Erhöhung der Summe auf 952 700 *M.*

und zum § 28. Das Wort ist nicht verlangt? Ich eröffne die Beratung zum Antrage 11:

Annahme der §§ 29—29b

und zu den §§ 29—29b. Das Wort wird nicht verlangt? Ich schließe die Beratung. Wir stimmen ab über die Anträge 5 bis einschl. 11. Ich bitte die Abgeordneten, die diese Anträge annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Die Anträge sind angenommen. Zum § 30 stellt ein Teil des Ausschusses den Antrag 12:

Annahme des § 30, unter Ermäßigung der Summe auf 9040 000 *M.*, und des § 31, unter Ermäßigung der Summe auf 1863 000 *M.*

Ein anderer Teil des Ausschusses stellt den Antrag 13:

Annahme der §§ 30 und 31.

Ich eröffne die Beratung zu diesen beiden Anträgen und den §§ 30 und 31. Das Wort wird nicht verlangt? Ich schließe die Beratung. Wir stimmen ab. Ich bitte die Abgeordneten, die den Antrag 12 annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist abgelehnt. Ich bitte jetzt die Abgeordneten, die den Antrag 13 annehmen

wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Der Antrag ist angenommen. Es folgt der Antrag 14:

Annahme des § 32, unter Erhöhung der Summe auf 66 000 000 *M.*

Ich eröffne die Beratung zu diesem Antrage und zum § 32. Das Wort wird nicht verlangt? Ich eröffne die Beratung zum Antrage 15:

Annahme des § 32a, unter Erhöhung der Summe auf 3 400 000 *M.*

und zum § 32a. Auch hier wird das Wort nicht verlangt? Ich eröffne die Beratung zum Antrage 16:

Annahme der §§ 33a—40

und zu den §§ 33a—40. Ich eröffne weiter die Beratung zum Antrage 17:

Annahme der §§ 41 und 42

und zu den §§ 41, 42. Es folgt Antrag 18:

Annahme des § 42a, unter Erhöhung der Summe auf 2 730 000 *M.*

und zum § 42a. Ich eröffne weiter die Beratung zum Antrage 19:

Annahme der §§ 43—60

und zu den §§ 43—60. Das Wort ist nicht verlangt? Ich schließe die Beratung. Wir stimmen ab über die Anträge 14—19 einschl. Ich bitte die Abgeordneten, die diese Anträge annehmen wollen, sich zu erheben. — Geschicht. — Die Anträge sind angenommen. Das Wort hat Herr Abg. Müller zur Geschäftsordnung.

Abg. Müller: Meine Herren! Es ist jetzt 1 Uhr, und es wird sich fragen, ob wir weiter sitzen wollen. Ich möchte empfehlen, daß wir uns jetzt vertagen und um 4 oder 4^{1/2} Uhr wieder zusammentreten.

Präsident: Ich hatte vor, bis 2 Uhr zu sitzen, weil der Finanzausschuß noch zusammenkommen muß wegen Feststellung des Berichts für den Voranschlag für Birkenfeld. Dann würde ich erwarten, daß wir morgen früh um 9 Uhr weiterberaten und übermorgen ebenfalls, denn Sie kriegen eine Vervollständigung der Tagesordnung jetzt und die zweite liegt bereit. Die sämtlichen Gegenstände müssen in dieser Woche erledigt werden. Das Wort hat Herr Abg. Müller zur Geschäftsordnung.

Abg. Müller: Wenn die Sache so liegt, dann müßten wir erst recht heute nachmittag sitzen. Den Bericht könnten wir in einer halben Stunde fertig haben.

Präsident: Wenn der Landtag jeden Morgen 4 Stunden gegessen hat, dann auch noch nachmittags tagen will, so bin ich gewiß damit einverstanden. Ich möchte aber auch darauf aufmerksam machen, ob man den Stenographen zumuten kann, jeden Tag 7 Stunden zu stenographieren. (Rein!) Ich würde doch vorschlagen, bis 2 Uhr weiterzutagen und heute nachmittag den Finanzausschuß tagen zu lassen und im Plenum morgen um 9 Uhr weiterzuarbeiten. Widerspruch wird nicht erhoben.

Wir kommen nun zum

Bericht über die Ausgaben des Voranschlags für den Landesteil Oldenburg für das Jahr 1922.

Antrag 1 lautet:

Der Landtag wolle die Eingabe des Oldenburger Künstlerbundes der Regierung als Material überweisen.

Antrag 2 lautet:

Annahme der §§ 1—15 einschl.

Ich eröffne die Beratung zu den Anträgen 1 und 2 und zu dem § 1 der Ausgaben. Das Wort hat Herr Abg. Lohse.

Abg. **Lohse**: Ich möchte diese Stelle benutzen, um die Regierung um Abstellung eines Mißstandes zu ersuchen, der sich bei der Durchführung des Achtstundentages herausgestellt hat. Es geht meines Erachtens nicht an, daß, wenn Betriebe um die Erlaubnis einkommen, Ueberarbeit machen zu dürfen, ihnen schematisch erklärt wird: Es können neue Arbeitskräfte eingestellt werden! Das ist nicht in allen Fällen, und sogar in den meisten Fällen nicht angängig, denn diese Ueberarbeit stellt sich in vielen Betrieben als notwendig heraus, dann, wenn vorübergehend für kurze Zeit viel Arbeit da ist, die schnell erledigt werden muß, und man kann schon deshalb nicht für diese kurze Zeit mehr Arbeitskräfte einstellen, weil sie unmöglich an den Maschinen Platz finden. So werden Schwierigkeiten herbeigeführt. Es wird Klage darüber geführt, daß Arbeitgeber, die mit ihren Arbeitern einig sind, daß für kurze Zeit Ueberstunden geleistet werden müssen, abschlägig beschieden werden, und zwar wird das Landesarbeitsamt als das Hindernis bezeichnet, das der Bewilligung der Ueberstunden im Wege steht.

Präsident: Das Wort hat Herr Minister Meyer.

Minister **Meyer**: Meine Dame und meine Herren! Ich habe nicht geglaubt, daß überhaupt irgend ein Abgeordneter oder irgend ein Industriebetrieb im Oldenburger Lande Veranlassung gehabt hätte, eine derartige Klage zu führen, wie sie eben Herr Abg. Lohse vorgetragen hat. Mit einer Bereitwilligkeit, wie in keinem anderen Lande, haben das Gewerbeamt, der Demobilmachungskommissar und das Landesarbeitsamt viele gerechtfertigte Anträge auf Bewilligung von Ueberstunden befürwortet und genehmigt. Es hatte manchemals sogar den Anschein, als sei dabei allzuwenig die wirtschaftliche Lage der großen Zahl der Arbeitslosen, die wir heute aus Staatsmitteln unterstützen müssen, berücksichtigt. Das Staatsministerium hat nicht ein einziges Mal eingegriffen; aber von seiten der Arbeiterschaft sind sehr häufig Klagen gekommen, daß die von mir genannten Stellen ohne Prüfung der Frage, ob nicht die erforderlichen Qualitätsarbeiter unter den Arbeitslosen vorhanden seien, die Ueberstunden genehmigt haben. Ich bin der Ansicht, daß man bei der Beurteilung der Frage den Mittelweg einhalten muß, und daß, wenn ein Antrag begründet ist, Ueberstunden genehmigt werden sollen; aber es muß hinzugefügt werden, soweit der Staat dadurch nicht erheblich benachteiligt wird, indem Erwerbslose, die arbeiten wollen, außer Beschäftigung bleiben und der Staat die Mittel für ihre Unterhaltung aufzuwenden hat. Ich bin sehr gerne bereit, bei den in Frage kommenden Stellen erneut die sorgfältigste Prüfung der Anträge zu veranlassen.

Präsident: Das Wort hat Herr Abg. Hug.

Abg. **Hug**: Meine Damen und meine Herren! Wir sind jetzt im vierten Jahre der Republik Oldenburg, und man liest immer noch an allen möglichen Gebäuden — Ministerium, Amtsgericht, Amt, Standesamt usw. — Großherzogliches. Man wird mir nicht den Vorwurf machen können, daß ich zu den Bilderstürmern à la Karlstadt ge-

höre. Nachdem wir aber vier Jahre gewartet haben, um auch äußerlich den Freistaat zum Ausdruck zu bringen, es an der Zeit sein, das zu ändern. Der Freistaat Oldenburg darf meines Erachtens noch weniger als bisher als das Weilschen angesehen werden, das im Verborgenen blüht, sondern muß, da es Leute gibt, die offen und versteckt gegen die Republik agitieren, zeigen, daß sie lebt und gefestigt weiterleben wird. Der Freistaat muß auch nach außen hin gekennzeichnet werden. Ich möchte daher die Staatsregierung fragen, ob und in welcher Richtung etwas getan ist, und erwarte, da wir ja vollkommen überzeugt sind, daß unsere Staatsregierung echt republikanisch gesinnt ist und die monarchischen Abzeichen beseitigt werden. Wir verlangen nicht, daß alles, was historisch geworden ist, beseitigt wird; aber was an den zuletzt regierenden Monarchen erinnert, muß beseitigt werden. Ich möchte nicht, daß das oldenburgische Ministerium schließlich vom Reichssekretär angewiesen wird, nach meiner Anregung zu handeln. Wenn ich recht geleitet habe, ist neulich im Reichstage eine entsprechende Anfrage gestellt worden; und die Antwort des Herrn Reichskanzlers lautete, daß er dafür Sorge tragen werde, daß die Bilder lebender Fürsten, die zuletzt regiert haben, aus den Amtsstuben, Schulen usw. beseitigt werden. Wir dürfen uns nicht auf den Standpunkt der „Lübecker Anzeigen“ stellen, für die das Jahr 1918 nicht existiert. Die „Lübecker Anzeigen“ sind kein amtliches Organ, sondern sind ein Privatblatt, veröffentlicht allerdings amtliche Bekanntmachungen für ein gewisses Entgelt. Der Verleger der amtlichen Anzeigen für das ehemalige Fürstentum kann sich das ja leisten, aber der Freistaat Oldenburg und seine Regierung können diesem Beispiel nicht folgen.

Präsident: Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident **Tanzen**: Meine Dame, meine Herren! Das Staatsministerium ist der Meinung, daß die Republik ebenso wie die Monarchie ihre Symbole und klaren Benennungen braucht. In Verfolg dieser Auffassung hat sie das Oldenburger Staatswappen geändert, dies Staatswappen in geänderter Form in die oldenburgische Staatsflagge eingearbeitet. Sie hat sämtliche Siegel und Stempel ändern lassen. Nach der Richtung ist alles geschehen, was möglich war. Was nun die Inschriften an den öffentlichen Gebäuden, so ist das Staatsministerium der Meinung, daß mit der Aenderung dieser Inschriften für die Republik und die Liebe zu ihr nicht allzuviel gewonnen werden kann. (Sehr richtig!) Trotzdem ist sie bereit, zu prüfen, ob nicht an Gebäuden, wo ein künstlerischer Wert diesen Inschriften nicht beigemessen werden kann, und wo nicht durch die Veränderung ungewöhnlich hohe Kosten entstehen, eine Aenderung der Benennung dem heutigen Staat entsprechend erfolgen kann. Was die Bilderfrage anlangt, so ist bisher in Oldenburg darüber hinweggegangen worden. Und ich glaube, daß der neue Staat und seine Regierung damit mehr Freunde gewonnen haben, als mit einem allzu scharfen Vorgehen. Trotzdem weiß ich auch die Empfindungen derjenigen zu würdigen, die Herr Abg. Hug vertritt und denen er Ausdruck gegeben hat. Aber auch hier müssen Sie bedenken, daß irgend eine Verletzung andersgearteter Empfindungen doch Gegenwirkungen auslöst, die wiederum zu Gegenwirkungen führt. Und am letzten Ende nicht nur

das Interesse der Republik sondern auch das Interesse des Volkes im ganzen verlegt. Ueberlassen Sie das bitte dem Taft der Staatsregierung. Sie wissen, daß diese mit der Mehrheit des Volkes fest auf dem Boden der heutigen Staatsform steht, nicht nur, weil es geschrieben steht, sondern ihrer inneren Ueberzeugung nach. Sie wird verstehen, diese Staatsform durch geeignete Handlungen auch im Volk befestiger zu machen, als sie heute ist.

Präsident: Herr Abg. Lohse hat das Wort.

Abg. **Lohse:** Ich sollte auch meinen, meine Damen und Herren, daß die Republik nicht gefährdet ist und daß diejenigen, die etwa versteckt oder offen die Meinung vertreten, es würden nächstens die früheren Zustände wiederkehren, außerordentlich dünn gesät sind. Es dürfte auch vollständig genügen, wenn in den Siegeln und Stempeln und in den jetzt erfolgenden amtlichen Erklärungen alles vernieden wird, was ein Bekenntnis der betreffenden Behörde zu der jetzigen Staatsform vermissen läßt. Daß man aber mit rauher Hand in den Schmuck öffentlicher Gebäude eingreift, ist m. E. nicht erforderlich. Ich bin deshalb der Ansicht, daß der Herr Ministerpräsident mit seiner Stellungnahme das Richtige getroffen hat.

Präsident: Herr Abg. Fröhle hat das Wort.

Abg. **Fröhle:** M. H.! Was mich veranlaßt, das Wort zu ergreifen, ist der Umstand, daß Beamte des Gewerbeamtes tätig gewesen sind in der Gemeinde Löningen und die Handwerksbetriebe aufgesucht haben, indem sie ihnen gesagt haben, sie dürfen nicht länger arbeiten als 8 Stunden. Es ist dadurch eine große Beunruhigung in die Handwerksbetriebe hineingetragen. Erstens sage ich, die Ausführung des Achtstundentages auf dem Lande ist einfach undurchführbar. Denken Sie sich mal, wenn auf dem Lande noch einer kommt nach 4 oder 5 Uhr und muß sein Pferd beschlagen haben, so kann der Achtstundentag da doch nicht im Wege stehen. Ich erinnere mich auch mal, daß hier im Hause gesagt worden ist von Herrn Abg. Hug, daß nichts im Wege stünde, wenn sich die Betreffenden darüber einigten, ob eine Stunde länger gearbeitet werden sollte. Man soll diese Beamten ruhig in Oldenburg lassen und sie nicht hinausführen auf das Land.

Präsident: Herr Minister Meyer hat das Wort.

Staatsminister **Meyer:** Vielleicht kann ich die Debatte abkürzen. Der Fall, der eben von Herrn Abg. Fröhle vorgetragen worden ist, ist schon einmal dem Ministerium zur Kenntnis gebracht worden. Es hat sich herausgestellt, daß die Dinge nicht so liegen, wie sie geschildert wurden. Wenn jemand länger als 8 Stunden arbeiten lassen will und die besonderen Verhältnisse es bedingen, dann soll er einen Antrag stellen bei den zuständigen Stellen, die dazu eingesezt sind. Das sind das Gewerbeamt und der Demobilisationskommissar. Es ist Anweisung erteilt, daß in Fällen, wo es sich um dringende Reparaturen handelt, z. B. wenn dringend ein Pferd beschlagen oder ein Reifen abgesprungen ist und wieder aufgezozen werden muß, nicht erst die Erlaubnis zur Ueberschreitung eingeholt werden braucht,

sondern in solchen Fällen selbstverständlich die Reparatur zu jeder Zeit erledigt werden kann. Weiter werden diese Gewerbebeamten auch nicht vom Ministerium ins Land hinausgeschickt, um ausschließlich ihre Tätigkeit dahingehend auszuüben, ob wohl ein armer Sünder zu erhaschen ist, der länger als 8 Stunden arbeiten läßt.

Das Gewerbeamt ist eine selbständige Behörde und übt seine Tätigkeit nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung und den Reichs- und Demobilisationsverordnungen aus. Es kommt sehr häufig vor, daß dem Gewerbeamt von den Gewerkschaften oder den Betriebsräten Uebertretungen gemeldet werden. Das Gewerbeamt ist verpflichtet, solchen Uebertretungen nachzugehen. In solchen Betrieben, die Herr Abg. Fröhle im Auge hat, Schmiedereien und Stellmachereien, wird vielfach unbegrenzt gearbeitet, ohne daß dafür die vorgeschriebene Genehmigung eingeholt worden ist. Wenn dagegen das Gewerbeamt einschreitet, kann berechnete Beschwerde nicht gut geführt werden. Es ist mir auch nur der von Herrn Abg. Fröhle vorgetragene Fall bekannt und Klage darüber geführt worden, daß ein Beamter des Gewerbeamtes eine Inspektion vorgenommen und die nicht beantragte Ueberschreitung als unzulässig bezeichnet hat. Diese Beschwerde kam aus dem Ort Lohne. Wenn in den Fällen, wo ohne Genehmigung in Ueberschreitung gearbeitet ist, den Betriebsinhabern von den Beamten des Gewerbeamtes gesagt werden mußte, daß auch für sie die gesetzlichen Bestimmungen Geltung haben, und die Genehmigung dazu beantragt werden müsse, so kann dies m. E. doch kaum Anlaß zu einer Beschwerde bieten. Das Ministerium und die ihm unterstellten Behörden sind verpflichtet, die Gewerbeordnung und die Reichsverordnungen zu beachten, und müssen deshalb verlangen, daß auch die Wirtschaftsunternehmungen dasselbe tun. Weiter kommt für uns hinzu, daß unsere wirtschaftliche Lage noch immer sehr ungünstig ist und im Lande Oldenburg gegenwärtig noch immer ca. 1000 Erwerbslose unterstützt werden müssen. Es ist unsere Pflicht, alles zu tun, um auch diese möglichst in Beschäftigung zu bringen. (Abg. Dannemann: Wir können keine Arbeiter kriegen auf dem Lande.) Soweit die Torfindustrie in Frage kommt, ist die Probe aufs Exempel gemacht. Es wurden zu einem bestimmten Zeitraum 800 Arbeiter beim Landesarbeitsamt angefordert. Wir haben die Erklärung abgegeben können, diese 800 Arbeiter unter allen Umständen aus den beiden Landesteilen Oldenburg und Lüneburg zu stellen. Auf Anfrage bei den Arbeitsnachweisen des Landes hatte sich eine Zahl von ca. 1000 Arbeitern für die Torfarbeit bereit erklärt. Trotzdem ist die Torfindustrie noch mit einem Antrage an das Ministerium des Innern herangetreten, zu genehmigen, auch ausländische Arbeiter beschäftigen zu dürfen. Ich nehme an, daß Staatsministerium und Landtag darüber einig sind, daß, so lange noch deutsche Arbeiter zu haben und bereit sind, jede Arbeit anzunehmen und zu verrichten, von einer Beschäftigung von Ausländern unter keinen Umständen die Rede sein darf. Nachdem das Ministerium der sozialen Fürsorge von dem Antrag der Torfindustrie Kenntnis erhielt und erneut die Zusicherung unsererseits gegeben wurde, die angeforderten 800 Arbeiter sofort stellen zu wollen, erklärte die Torfindustrie: „Wir können von Woche zu Woche jedesmal nur 20 bis 30 Arbeiter einstellen.“ Ich

frage, wie steht dies in Einklang mit dem Antrage auf Genehmigung der Beschäftigung von Ausländern.

Soweit die Anwendung der Bestimmungen der Gewerbeordnung und der Reichsverordnungen für die Erledigung von Anträgen auf Ueberarbeit in Frage kommt, ist vom Ministerium angeordnet, daß weitherzig verfahren werden soll, weil wir wissen, daß auf dem Lande unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse nicht immer die Arbeit mit 8 Stunden begrenzt werden kann. Auf der andern Seite ist es aber auch die Sorge und Pflicht des Ministeriums, dafür einzutreten, die noch immer vorhandene Zahl von Beschäftigungslosen in Beschäftigung zu bringen und deshalb können nicht ungeprüft in jedem Falle die Anträge auf Genehmigung von Ueberstundenarbeit bewilligt werden.

Präsident: Herr Abg. Behrens hat das Wort.

Abg. **Behrens:** Wir sind auch nicht der Ansicht, der Herr Abg. Lohse Ausdruck gab, daß mit rauher Hand in den künstlerischen Schmuck der Gebäude eingegriffen werden soll. Aber wir sind der Ansicht, daß, wo wir nun 3 $\frac{1}{2}$ Jahre die Republik haben, derartige Inschriften, wie sie das Gebäude des Staatsministeriums trägt, wo immer noch das „Großherzogliche“ prangt, längst hätte umgewandelt werden können in „Oldenburgisches Staatsministerium“. Das wäre eine Kleinigkeit gewesen. Ebenso an dem Hause, in dem wir jetzt tagen, prangt noch immer das Wismar „Landtag des Großherzogtums“. Auch hier wäre es sehr leicht möglich, einen „Landtag des Freistaats“ daraus zu machen. Ebenso finden wir in allen Landesteilen noch „Großherzogliches Amtsgericht“, „Großherzogliches Amt“, auch überall in fast jeder Gemeinde ein „Großherzogliches Standesamt“. Manche haben zwar diese Inschrift geändert. Aber in vielen Gemeinden ist es noch die alte. Es wäre eine Kleinigkeit, derartige Neuerlichkeiten umzuändern. Immer noch prangt am Schloßgarten zu Oldenburg das „Großherzogliche Kammerherrenamt“. Auch unsere Reichspost hat den Geist der 3 $\frac{1}{2}$ Jahre nicht begriffen, denn die Namen lauten immer noch „Oldenburg i. Gr.“, „Lübeck, Fürstentum“, und „Birkenfeld, Fürstentum“. (Widerspruch „Birkenfeld, Rahe“). Dann muß es vor ganz kurzer Zeit geändert sein. Ich habe noch auf einem Telephonzettel gesehen, daß da stand „nach Birkenfeld, Fürstentum“. Fragen Sie nur in der Kanzlei an; der Herr Kanzleirat wird Ihnen sagen, wenn er ein Telephongespräch anmeldet, muß er „Idar, Birkenfeld, Fürstentum“ anmelden, weil die Post immer noch diese Bezeichnung hat. Das ist aber ja Reichssache. Wundern muß man sich darüber, daß die Handelskammer und die Handwerkskammer sich immer noch nennen: „Handelskammer für das Herzogtum Oldenburg“ und „Handwerkskammer für das Herzogtum Oldenburg“. Bei der Landwirtschaftskammer wird es jetzt geändert. In dem neuen Gesetz, was uns jetzt vorliegt, da heißt es „Oldenburgische Landwirtschaftskammer“. Wenn die Kammern in 3 $\frac{1}{2}$ Jahren das noch nicht begriffen haben, daß sie jetzt im Landesteil Oldenburg wohnen und sich anders nennen müssen, dann muß ich, um mit Herrn Abg. Hartong (Delmenhorst) zu reden, annehmen, daß sie in den 3 $\frac{1}{2}$ Jahren zu sehr „anderweitig beschäftigt gewesen sind“.

Präsident: Herr Abg. Müller hat das Wort.

Abg. **Müller:** Ich kann aus Brake einen ähnlichen Fall mitteilen. Dort erschien ein Beamter des Gewerbeamts und untersuchte die Arbeitszeit in den Speditionsgeschäften. Nun hatten die Unternehmer auf Grund des § 11 der Reichsverordnung mit dem Transportarbeiterverband in Brake das Abkommen getroffen, daß in dringenden Fällen mehr als 8 Stunden gearbeitet werden solle, um die rechtzeitige Entloshung der für Rechnung des Reichs ankommenden Getreidedampfer sicher zu stellen. Wird ein solcher Getreidedampfer nicht rechtzeitig entloshet, so ist ein Ueberliegegeld zu bezahlen, welches bei den Dampfern von 7000 bis 8000 Tons, wie sie jetzt die Regel sind, 200 Pfd. Strafe für ein Tag beträgt, oder nach heutigem Kurse etwa 250 000 M. Solche Verluste kann das Reich nicht auf sich nehmen, und daher ist es eine Notwendigkeit, daß nachgearbeitet wird. Infolgedessen ist auch die eben erwähnte Abmachung mit dem Transportarbeiterverbande getroffen worden. Und trotzdem hat das Gewerbeamt neulich versucht, hindernd einzugreifen. Es ist aber selbstverständlich, daß, wenn beim Dampfer länger gearbeitet wird, daß dann auch im Büro länger gearbeitet werden muß. Ich möchte den Herrn Minister bitten, dafür eintreten zu wollen, daß die berechnigte Abmachung, die in Brake auf Grund des § 11 der eben genannten Verordnung getroffen worden ist, auch vom Gewerbeamt respektiert wird.

Präsident: Herr Abg. Krause hat das Wort.

Abg. **Krause:** Ich wollte nur dem Staatsministerium des Rätsels Lösung geben, weshalb die Torfindustrie auf einmal um 700 Holländer verlegen war. Die Torfarbeiter am Hunte-Ems-Kanal hatten das sträfliche Verlangen, auf einmal ihren Lohn den Zeitverhältnissen angepaßt zu sehen. Sie erklärten, daß sie mit 7,20 M nicht mehr leben könnten, und selbstverständlich war die Torfindustrie sofort bereit und forderte soundsoviel Hundert ausländische Arbeiter an; das Landesarbeitsamt hat es abgelehnt. Man hat geglaubt, dadurch die Forderung der Arbeiterschaft zurückschrauben zu können, aber es ist ja klugerweise abgelehnt, und jedenfalls sehen wir daran, daß sie die nationalen Interessen zurückzustellen imstande sind; wie man gar nichts nach seinem Volksgenossen fragt, solange sie sich nicht geduldig ausbeuten lassen. Sobald sie zeigen, daß sie Menschen sind und sich nicht ausbeuten lassen, dann setzt man sich über das Nationale sehr schnell hinweg und holt sich Ausländer; das ist eine allbekannte Tatsache. Sie sehen daraus, wie schön es ist, wenn man von Nationalität spricht und sich selbst darüber hinwegsetzt, wenn es mal den eigenen Geldbeutel angeht. Ich hoffe, die Regierung bleibt fest und läßt nicht ausländische Arbeiter herein, solange noch inländische vorhanden sind.

Präsident: Herr Abg. König hat das Wort.

Abg. **König:** In der milden Form, wie Herr Minister Meyer eben schilderte, daß der Achtstudententag eingehalten werden sollte, wird er aber nicht gehandhabt. Auf dem Lande besteht eigentlich gar keine Arbeitslosigkeit, und da sollte man nicht schematisieren. Stellenweise findet geradezu eine Spioniererei statt in den Handwerksbetrieben, ob noch

über 8 Stunden gearbeitet wird, und der Demobilisierungskommissar stellt sich dazu auf einen geradezu krassen Standpunkt. Auf der Gasanstalt in Lönningen arbeitet ein Arbeiter mit großer Familie; die Frau hatte sich einer zweimaligen Operation unterziehen müssen, ist vollständig arbeitsunfähig, Mutter von 7 Kindern, davon 4 krank, 2 waren in der Lungenheilanstalt, 2 zu Hause. Der Fall wurde dem Demobilisierungskommissar genau mitgeteilt; ich habe selbst darüber berichtet. Der Mann bat, über die 8 Stunden hinaus 2 weitere Stunden, die er auch vorher schon auf einem Holzwerk gearbeitet hat, arbeiten zu dürfen. Vom Kommissar wurde ihm die Antwort zuteil, es könnte unter den heutigen Umständen nicht gestattet werden, über die Zeit hinaus zu arbeiten. Der Mann war also dazu verurteilt, seine Familie hungern zu lassen. Es ist das ein so krasser Standpunkt, den wohl niemand gutheißen wird.

Präsident: Herr Abg. Hartong (Delmenhorst) hat das Wort.

Abg. Hartong: Herr Abg. Krause als Hüter nationaler Ideen zu sehen, ist etwas eigenartig. In der Torfindustrie wird es jedenfalls viel ruhiger zugehen bei den Verhandlungen mit den Arbeitern, wenn er die Arbeiter in Ruhe läßt.

Herrn Abg. Behrens möchte ich erwidern, daß die Bezeichnung „Handelskammer für das Herzogtum Oldenburg“ gesetzlich vorgeschrieben ist. Anscheinend ist Herr Behrens die letzten 3½ Jahre zu sehr anderweitig beschäftigt gewesen, um dahinter zu kommen. (Heiterkeit.)

Präsident: Herr Abg. Dohm hat das Wort.

Abg. Dohm: Meine Dame und meine Herren! Es ist durchaus nicht meine Absicht gewesen, mich an dieser interessanten Besprechung zu beteiligen. Aber nachdem die Herren Hug und Behrens sich an dem Fürstentum Lübeck gestoßen haben, fühle ich mich veranlaßt, ein paar Worte dazu zu sagen. Zunächst möchte ich bemerken, daß wir uns im Landesteil unter dem Fürstentum ganz bedeutend wohler befunden haben als unter dem Wort Landesteil, und daß wir gar nicht einsehen können, daß mit dieser Bezeichnung es jetzt besser geworden ist. Aber ich habe auch nicht geglaubt, daß die Republik durch diese Bezeichnung irgendwie Vorteil oder Nachteil haben könnte. Aber nach den Ausführungen der Herren Hug und Behrens scheint es doch, als ob für die Republik Gefahr im Verzuge ist. Nun wurde doch erst kürzlich von Herrn Oberbürgermeister Scheidemann in Kassel erklärt, daß der Republik von links keine Gefahr droht, und das wäre ja schön; ich kann aber hinzufügen: von rechts auch nicht. Die Republik kann unsertwegen leben und gesund sein. Aber es scheint doch so, als wenn die Republik nicht recht leben und sterben kann, und so wird eines guten Tages wohl die Zeit kommen, wo sie zusammenklappen wird wie ein altes Taschenmesser oder ein Regenschirm, dem das Rückgrat gebrochen ist. Mir scheint, der Herr Ministerpräsident hat vollständig recht: „Die Liebe zur Republik wird nicht gestärkt durch die äußeren Merkmale, sondern sie wird nur erhalten und gestärkt, wenn sie das hält, was versprochen worden ist“, und mir scheint, als wenn die Revolutionäre nicht alles gehalten haben,

was sie damals versprochen haben. Sie behaupteten immer, daß, wenn wir nur erst die Republik hätten, dann alles viel schöner und besser werden würde. Ich habe leider bis jetzt noch nichts davon gemerkt, würde mich aber freuen, wenn es noch kommen würde. Wenn es allen wohlgehen würde, würde vielleicht mancher nicht mehr so sehr viel dagegen haben und sich leichter damit abfinden können. Mir kommt es schon so vor, als wenn auch die Herren in Berlin sich gar nicht so sehr wohlfühlen. Wenn man die Republikaner mal fragt: „Was haben Sie alles bekommen von dem, was versprochen wurde?“, dann werden Sie sehr unangenehm davon berührt. Sie müssen den Beweis liefern, daß es besser wird unter der jetzigen Regierung als es unter der früheren Regierung gewesen ist. Vorläufig fühle ich mich unter dem Fürstentum noch sehr wohl.

Präsident: Herr Abg. Bäuerle hat das Wort.

Abg. Bäuerle: Inbezug auf die Bemerkungen gegen die Kontrolle auf Einhaltung des Achtstundentages will ich nur einige Worte dazu sagen, warum es notwendig ist, daß die Kontrolle ausgeübt wird auch auf dem Lande. Herr Hug hat bereits darauf hingewiesen, und auch der Herr Minister hat ausgeführt, daß wir durchaus nicht schematisieren. Aber ich könnte Ihnen hier heute eine ganze Anzahl Fälle vorführen, wo die Handwerksmeister auf dem Lande in ungehöriger Weise nicht nur Gesellen über 8 Stunden haben arbeiten lassen, sondern auch die Lehrlinge in ungehöriger Weise zur Arbeit anhalten. Es ist tatsächlich notwendig, daß da mal nach dem Rechten gesehen wird. Ich will hier nicht verallgemeinern. Aber Tatsache ist, daß in einer großen Zahl von Fällen auf dem Lande der Achtstundentag nicht ordentlich durchgeführt wird, ganz besonders inbezug auf die Haltung von Lehrlingen und die Beschäftigung der Gesellen. Ich kann mich nur dem Bestreben anschließen, hier eine dauernde Kontrolle beizubehalten, zumal ich ja weiß, daß der Achtstundentag einer ganzen Anzahl Meistern und sonstigen Personen ein Dorn im Auge ist und man ständig dabei ist, den Achtstundentag systematisch zu bekämpfen, obwohl er Gesetz ist. Wir haben durch unsere Presse wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß wir keineswegs schematisch an diesen Achtstundentag festhalten; aber wo etwas unordentlich ist, gehört es sich, daß eine Kontrolle ausgeübt wird. Ich glaube, daß das Gewerbeamt Oldenburg durchaus seine Pflicht getan hat, indem es da und dort mal nach dem Rechten sieht.

Präsident: Herr Abg. Hug hat das Wort.

Abg. Hug: Es wäre sehr verlockend, dem Herrn Abg. Dohm in allen Einzelheiten zu antworten. Ich will nur sagen, wir haben aber auch nicht geglaubt, daß wir auf eine solche Art zur Republik kämen, wie wir gekommen sind. (Sehr richtig!) Ich habe immer nur geglaubt, noch erleben zu können, daß wir das parlamentarische Regiment bekommen unter einer Monarchie. Nun auf einmal haben wir die Republik bekommen, aber doch nicht durch unser Zutun; durch den Krieg haben wir sie bekommen. Also diejenigen, die am Kriege schuld sind, machen Sie bitte verantwortlich für die Republik; und da kann die Republik natürlich auch nicht anders sein, als wie die Verhältnisse durch den Krieg

geworden sind. Ich bin fest überzeugt, wenn Herr Dohm sein innerster Wunsch erfüllt würde, dann würde wieder das alte Regime kommen; er und seine Leute würden dann keine sechs Wochen die republikanischen Abzeichen an den öffentlichen Gebäuden lassen. (Sehr richtig!)

Ich bin sehr erfreut, daß Herr Abg. Lohse sich als Vernunftrepublikaner bekannt hat, und daß es nur noch wenige gibt, die nicht vernunftgemäß dazu gekommen sind; aber vor Leuten, wie Herr Dohm, muß man sich doch in acht nehmen. (Heiterkeit.) Wenn das Wort von Herrn Dohm angewandt worden ist: „Wo es mir wohl geht, ist mein Vaterland“, so wünsche ich, daß es uns noch möglich sein wird, sein Vaterland, in dem es ihm nicht gefällt, so zu gestalten, daß es ihm gefällt, auch wenn es die Republik ist.

Präsident: Der Herr Finanzminister hat das Wort.

Staatsminister Dr. Driver: Etwas anderes. Der Reichstag hat gestern die Erhöhung der Beamtengehälter beschlossen. Das Reichsgesetz ist noch nicht heraus. Es werden aber sicher die Vorbereitungen im Reich für die Auszahlung der Beamtengehälter schon getroffen. Die oldenburgische Regierung wird dem Landtag ein inhaltlich gleiches Gesetz vorlegen, hält es aber für richtig, daß den Beamten schon, bevor dies Gesetz verabschiedet ist, Vorschüsse gezahlt werden. (Sehr richtig!) Ich nehme an, daß der Landtag hiermit einverstanden ist und möchte eventuell um die Ermächtigung bitten.

Präsident: Herr Abg. Raschke hat das Wort.

Abg. Raschke: Meine Herren! Ich wollte nur ein Wort sagen zu der Einhaltung des Achtstundentages. Ich halte die Einführung einer Kontrolle des Achtstundentages zunächst für erforderlich für die Gewerkschaftssekretäre; die müssen jeden Tag 10 und 12 Stunden, manchmal auch 14 Stunden arbeiten. Dann möchte ich Herrn Abg. Bäuerle auf eins hinweisen: Wenn die Einhaltung des Achtstundentages scharf kontrolliert werden soll, dann möchte ich auch darauf hinweisen, daß heute in den Städten vor allen Dingen die Puscharbeit doch in ziemlich großer Blüte steht, und fast hat es den Anschein — ich will mich vorsichtig ausdrücken —, als ob ein nicht geringer Teil der Arbeiterschaft durch diese Puscharbeit den Nachweis erbringen will, daß die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit überhaupt überflüssig ist.

Präsident: Herr Abg. Bäuerle hat das Wort.

Abg. Bäuerle: Ich muß auf die letzten Ausführungen des Herrn Abg. Raschke sagen, daß, wenn er in der Lage ist, irgend welche Beweise anzutreten über Puscharbeit, er uns an seiner Seite findet zur Bekämpfung dieser Puscharbeit. Wir haben wiederholt die Organisation der Arbeitgeber aufgefordert, uns diesbezügliche Nachweise zu liefern. Bis jetzt ist nur in einem Falle der Nachweis erbracht worden, der aber in sich zusammenfiel, als wir ihn untersuchten. Im übrigen muß ich nach wie vor aufrecht erhalten, daß die Kontrolle eine Notwendigkeit ist auf dem Lande. Ueber die Arbeitszeit der Gewerkschaftssekretäre braucht Herr

Raschke sich keine Sorge zu machen; er kann versichert sein, daß wir uns schon selbst zu helfen wissen.

Präsident: Herr Abg. Fröhle hat das Wort.

Abg. Fröhle: Ich bin wegen der Kontrolle auf dem Lande mit Herrn Abg. Bäuerle nicht einverstanden. In dieser Weise ist es nicht durchzuführen; und wir müssen nachdrücklich darauf bestehen, daß wir im allgemeinen auf dem Lande den Achtstundentag nicht gebrauchen können. Wenn man in dieser Weise den Handwerkern Schwierigkeiten machen wollte, so wäre das nur zu bedauern. Aber der Herr Minister hat auch ja erklärt, daß die Betreffenden einen Antrag einbringen könnten und dann ihnen weiter nichts passiere.

Was mich veranlaßt hat, mich zum Wort zu melden, ist dasjenige, was der Herr Minister gesagt hat: Es gingen viele anonyme Anzeigen ein. Ich setze voraus, daß diese anonymen Anzeigen in den Papierkorb wandern. Ich nehme nicht an, daß wir uns noch in einer Zeit befinden, ähnlich wie im Kriege, wo es vorgekommen ist, daß die Amtshauptleute auf eine anonyme Anzeige hin Höfe revidieren ließen.

Präsident: Herr Minister Meyer hat das Wort.

Staatsminister Meyer: Das Ministerium ordnet die Kontrolle nicht an; dazu ist das Gewerbeamt eingesetzt. Wenn aber aus einem Orte eine anonyme Anzeige eingeht und der Beamte des Gewerbeamtes aus anderen Gründen in diesem zu tun hat, dann prüft er zugleich mit, wie sich die Sache verhält. Das Prinzip bei allen oldenburgischen Behörden ist jedoch, daß anonyme Anzeigen in den Papierkorb wandern.

Präsident: Herr Abg. Lohse hat das Wort.

Abg. Lohse: Herr Abg. Hug hat mich eben „Vernunftrepublikaner“ genannt. Ich habe nur die Tatsachen sehen wollen, wie sie sind. Und aus diesen Tatsachen habe ich die Folgerung gezogen, daß absolut keine Gefahr dafür besteht, daß Bestrebungen Raum gewinnen, die hier eine Wiederherstellung des früheren Zustandes anstreben.

Präsident: Das Wort ist zum § 1 jetzt nicht mehr verlangt? Ich schließe die Beratung, eröffne die Beratung zum § 2. Herr Abg. Lohse hat das Wort.

Abg. Lohse: Meine Dame und meine Herren! In diesem § 2 der Ausgaben findet sich eine Position „Kosten des Landesausschusses für Arbeiter und Angestellte im Landesteil Oldenburg 50 000 M“. Wie der Ausschußbericht erkennen läßt, ist diese Ausgabe unter den Geschäftskosten des Ministeriums auch schon früher geleistet worden. Es ist nur das erste Mal, daß man sie im Etat erscheinen läßt, daß man es in der Vorlage zum Ausdruck bringt, daß in den Geschäftskosten des Ministeriums diese 50 000 M stehen. Es ist m. E. etatsrechtlich nicht zulässig gewesen, daß man früher diese Ausgabe unter den Geschäftskosten des Ministeriums untergebracht hat, ohne deutlich und klar zu sagen, wie es sich damit verhielt. Es ist ja richtig, daß hier im Landtag von Seiten des Herrn Ministerpräsidenten im Jahre 1919 gelegentlich einer Anfrage aus Lübeck einmal diese Frage erörtert und gesagt worden ist, es müßten die Arbeiter

und Angestellten irgend eine Berufsvertretung haben, solange eine Arbeitnehmerkammer nicht existiere. Das ist aber das einzige, was hier offiziell verlautet ist. Es handelt sich um eine Ausgabe, die anscheinend in Parallele gestellt werden soll mit den von Herrn Abg. Hug beanstandeten Ausgaben für die Kammern, für die Handelskammer, Handwerkskammer und Landwirtschaftskammer, von denen nur die letztere auch den Betrag von 50 000 M erreicht. Wäre das richtig, hätten sie an anderer Stelle des Etats stehen müssen. Aber es handelt sich in der Tat aber um die Uebernahme eines durch die Revolution geschaffenen Postens, nämlich die Stelle des Leiters des Landesarbeiterrats, auf die Staatskasse. Wie die ganze Sache zusammenhängt, davon wissen wir eigentlich nichts. Es wird gesagt, die Arbeitgeber müßten eine Vertretung haben. Wir wissen nur, daß Herr Gräger sein Gehalt aus Staatsmitteln bezieht. Wir wissen nicht, ob die Besetzung des Postens den Wünschen der Arbeitnehmer entspricht. Wir wissen nichts von einer Wahl oder davon, von welchen Kreisen der Arbeitnehmer diese Besetzung verlangt worden ist. Das wäre aber doch wohl notwendig, wenn man sich klar darüber werden soll, ob die Stelle wirklich als Vertrauensstelle der noch ohne Vertretung in einer Kammer gebliebenen Arbeiter und Angestellten angesprochen zu werden verdient. Deshalb muß m. E. hier über diese Position verhandelt werden. Ich will davon absehen, hier jetzt einen Antrag zu stellen, der selbstverständlich abgelehnt werden würde. Ich will mir aber natürlich auch in dieser Richtung zur 2. Lesung alles vorbehalten.

Präsident: Der Herr Ministerpräsident hat das Wort.

Ministerpräsident Tausen: Meine Dame und meine Herren! Schon im Ausschuß mußte ich Gelegenheit nehmen, die nach Ansicht der Regierung nicht richtige Auffassung zurückzuweisen, als wenn das Etatsrecht des Landtags in diesem Punkte nicht in der erforderlichen Weise beachtet sei. Diese Frage ist, wie sie sich entwickelt hat, eine etatsrechtliche, aber mit einem politischen Hintergrund. Und dadurch gewinnt sie doch bei dem einen oder anderen erst das Interesse, was sie plötzlich hat. Es ist das Etatsrecht des Landtags deshalb nicht verletzt, weil bis zum Sommer 1919 bekanntlich revolutionäre Arbeiterräte und andere Organe bestanden. Dann kam die Verfassung, und es war die Aufgabe der verfassungsgemäß eingesetzten Regierung, alle nicht verantwortlichen zur Mitwirkung berufenen Stellen, wenn sie diese Mitwirkung verlangten, zurückzuweisen. Das ist mit einer Klarheit und Entschiedenheit geschehen, daß selbst damals, als manche Herren, die sich heute in ihrer Haut sicher fühlen, noch nicht sich in ihrer Haut sicher fühlten, dies mir wiederholt ausgesprochen haben. Aber notwendig war es auch, daß man alles, was an berechtigtem Kern in der revolutionären Bewegung gelegen hatte, eine Mitwirkung der Beamten und Angestellten in stärkerem Maße auch für die Zukunft beibehielt. Deshalb hat die Regierung damals für notwendig erachtet, daß mit der Auflösung der Arbeiterräte gleichzeitig gesagt wurde: Ihr könnt euch eine Vertretung schaffen aus euch heraus, bis die Bestimmung der Reichsverfassung zum Gesetz geworden ist, daß die Betriebs-, Bezirks- und Reichsarbeiterräte organisiert sind, damit ihr auch eine Organisation habt, aus der heraus

ihr eure Wünsche der oldenburgischen Regierung mitteilen könnt. Diese meine Auffassung habe ich im Dezember 1919 im Landtag gelegentlich einer Anfrage aus dem Landesteil Lübeck mitgeteilt und habe gesagt, daß die oldenburgische Regierung diesen Zustand beibehalten würde und die Kosten dazu bezahlen würde. Wir haben keine Beamtenstellen geschaffen. Wir haben auch keine Stellen für Diätare geschaffen mit Anwartschaft auf Beamtenstellen, sondern wir haben einfach bezahlt eine Angestelltenstelle, wie wir Duzende von Angestelltenstellen bezahlen aus dem betreffenden Paragraphen. Und damit haben wir nichts anderes getan, als was wir in jedem anderen Falle getan haben. Wir lehnen es ab, es auf diesen politischen Hintergrund zu bringen. Jetzt aber, nachdem wir solange haben warten müssen auf die reichsgesetzliche Verordnung, glaubte das Staatsministerium, es in dieser Position erscheinen lassen zu sollen, als eine Ueberleitung zu der Ansicht der Staatsregierung, Ihnen demnächst einen Gesetzentwurf auf Schaffung einer öffentlich rechtlichen Angestellten- und Arbeiterkammer vorzulegen. Dieser wird Sie vielleicht in diesem Frühling, spätestens im nächsten Herbst beschäftigen. Es hat nach keiner Richtung eine Absicht bestanden, das Etatsrecht zu verletzen oder etwas zu verschweigen. Ich will garnicht behaupten, daß irgend ein Abgeordneter auch hätte anfragen können. Im Gegenteil, ich stehe an sich auf dem Standpunkte, daß die Regierung die Karten offen zu legen hat. Aber bei einem loyalen gegenseitigen Verhalten, wenn irgendwelche Zweifel bestanden, war jeden Augenblick die Gelegenheit, von irgend einem Abgeordneten zu fragen. Und Sie wissen, daß ich in jeder Angelegenheit sofort offen Farbe bekenne.

Präsident: Herr Abg. Lohse hat das Wort.

Abg. Lohse: Man kann doch nicht diese Stelle einfach behandeln als die eines Angestellten im Ministerium. Ich bin auch nach den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten nicht davon überzeugt, daß es nicht richtiger gewesen wäre, diese Ausgabe auszuwerfen an einem Ort, wo die wirkliche Bedeutung der Stelle deutlich würde. Es ist doch etwas anderes, ob Herr Gräger derjenige sein soll, mit dem das Ministerium als dem Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenchaft verhandelt, oder ob er ein Angestellter im Ministerium ist. Vor allen Dingen wissen wir immer noch nichts darüber, auf welche Weise die Auswahl der Person des Herrn Gräger für diese Stelle erfolgt ist.

Präsident: Herr Abg. Hug hat das Wort.

Abg. Hug: Zunächst hat Herr Abg. Lohse gesagt, ich hätte die Etatsposten für die Kammern beanstandet. Das habe ich nicht getan. Ich habe nur gesagt: „Wenn man den Sparsamkeitstrieb so entwickelt, kann man auch dazu kommen“ usw. Bezüglich der Frage des Beamten- und Angestelltenausschusses stehe ich auf demselben Standpunkt, wie der Herr Ministerpräsident und ich glaube, wenn Herr Abg. Lohse die Sache einfach ohne irgend juristische Spitzfindigkeiten oder politischen Hintergrund betrachtet, muß er dem Staatsministerium das Recht geben, auch einen Angestellten für vorübergehende Funktionen anzunehmen. Die Sache ist auch etatsrechtlich in Ordnung. Aber auch wenn das wirklich nicht wäre, müßten nach meinem Dafürhalten Willig-

leitsgründe dem Staatsministerium zu gute kommen. Es ist aus der Revolution die Stelle damals als zweckmäßig angesehen worden. Und sie wird nun übergeführt in eine andere Form und kommt nun in einer anderen Form hier zum Ausdruck. Gegen die Mitteilung damals im Dezember 1919 hat aus dem Hause niemand Protest erhoben. Wenn sich nun gegen die Unterhaltung dieses Mannes in der früheren Zeit bis heute Beschwerden ergeben, dann ist damals versäumt worden, Beschwerde zu erheben gegen die Vergütung, die das Direktorium festgesetzt hat. Meines Wissens ist damals die Gewährung einer Vergütung durch das Direktorium, soweit sie nicht Staatsbeamte waren, auch ohne einen Beschluß des Landtags erfolgt. Das liegt nach meinem Dafürhalten auf demselben Brett. (Abg. Dannemann: Da hatten wir keine Verfassung.) Die Verfassung war doch im Juni fertig. Wir haben nicht den Gedanken gehabt, daß etwas Unrechtes geschähe. Ich glaube, es war im Jahre 1904; da kam die Frage zur Behandlung, ob nicht möglich sei, die Thronnachfolge für die russische Linie zu beseitigen. Und da haben Verhandlungen stattgefunden. Es ist ein besonderer Delegierter nach Petersburg geschickt worden, die Verhandlungen haben dahin geführt, daß der russische Zweig der Familie Holstein-Gottorp für die Nachfolge nicht mehr in Frage kam. Da kam bei der Revision der Bücher durch den Landtag zu Tage, daß 1800 Mark oder Taler ausgegeben waren aus den Geschäftskosten des Ministeriums des Innern für die Reise des Delegierten nach Petersburg. Da haben die Revisoren, Ahlhorn und ich, erklärt: „Das ist etatsrechtlich nicht in Ordnung. Die Summe mußte angefordert oder nachgefordert werden.“ Dann haben alle Herren im Finanzausschuß auf uns eingeredet wie auf einen lahmen Gaul, wir sollten aus dieser Geschichte doch keine Staatsaktion machen. Es sei doch im Interesse des Landes geschehen und man sollte nicht so kleinlich sein. Die Ausgabe, wenn sie auch nur eine einmalige war, mußte genau so angesehen werden wie die Ausgabe, über welche Herr Lohse Kritik übt. Ich mit meinem einfachen Menschenverstand sage mir: Entweder mußte damals das Geld vorher angefordert werden oder nachher nachgefordert werden. Das ist aber nicht geschehen. (Abg. Dannemann: Und so muß es auch in diesem Falle gemacht werden.) Wenn damals Amnestie oder Absolution ohne Nachbewilligung erteilt worden ist, so muß es auch in diesem Falle geschehen. (Ministerpräsident Tanzen: Wir brauchen keine Amnestie.)

Präsident: Herr Abg. Hartong (Delmenhorst) hat das Wort.

Abg. **Hartong:** Ich glaube nicht, daß ich in diesem Falle den „klaren Untertanenverstand“ von Herrn Abg. Hug überzeugen werde. Aber versuchen will ich es doch. Die Vergleiche, die er gezogen hat mit 1904 und dem Landesdirektorium, habe ich, offen gestanden, nicht begriffen. Das mag an mir liegen. Er hat gesagt, die Annahme eines Angestellten zu einem vorübergehenden Zweck kann dem Ministerium nicht versagt werden. M. H.! Darum handelt es sich in diesem Falle gar nicht. Das Ministerium hat zur Begründung seiner Stellungnahme im Ausschuß darauf hingewiesen, daß der Landesausschuß die Zusammenfassung der verschiedenen Gewerkschaften zu einer Zentralkstelle im

Freistaat darstelle. Kann das von einem vorüberend „angenommenen“ „Angestellten“ gemacht werden? Die Sache ist doch einfach die: Eine Vertretung der Angestellten und Arbeiter, eine Kammer im Sinne der übrigen Interessentenkammern haben wir noch nicht. Wenn die Regierung das Bedürfnis fühlte, eine Uebergangseinrichtung zu schaffen, dann war es das Gegebene, daß an den Landtag herangetreten wurde und gesagt wurde: Wir wollen das und das Provisorium schaffen mit den und den Richtlinien, mit den und den Aufgaben, solange das Reich noch nicht die offizielle Institution geschaffen hat. Und dann hätte der Landtag sich darüber schlüssig machen können, ob ja oder nein. Aber so, wie es gehandhabt ist, daß man plötzlich in der Zeitung davon überrascht wird, daß der bisherige Landesarbeiterrat eine andere Firma aufgemacht hat und sich jetzt anders nennt und daß der frühere Leiter des Landesarbeiterrats nun plötzlich sich als Vorsitzenden dieses Landesauschusses vorstellt und daß derselbe dann als Angestellter des Ministeriums bezahlt wird und sein Büro im Ministerium hat, das paßt auf keinen Fall zusammen, und das hätte nicht geschehen dürfen. Ich hätte den Herrn Ministerpräsidenten früher, wie er noch Abgeordneter war, sehen wollen, was er gesagt hätte, wenn die alte Regierung derartig vorgegangen wäre. Ich glaube, er wäre in die Luft gegangen. (Ministerpräsident Tanzen: Das ist ein Irrtum, dann haben Sie mich nicht gekannt.)

Präsident: Herr Abg. Sante hat das Wort.

Abg. **Sante:** Der Herr Ministerpräsident hat mitgeteilt, daß dem Landtag eine Vorlage zugehen würde über die Errichtung einer Angestellten- und Arbeiterkammer. Ich möchte die Frage an die Regierung stellen, ob sie schon Stellung genommen hat zu dem Antrag der Gewerkschaften, eine sogenannte paritätische Kammer zu errichten?

Präsident: Der Herr Ministerpräsident hat das Wort.

Ministerpräsident **Tanzen:** Die Regierung hat dazu noch keine Stellung genommen.

Präsident: Herr Abg. Albers hat das Wort.

Abg. **Albers:** Ich habe noch eine Berichtigung vorzunehmen. Auf der Seite 558 im dritten Absatz oben muß an stelle der Worte „als Vergütungen“ gesagt werden: „und Vergütungen als Geschäftskosten“. Ich sage das auf besonderen Wunsch der Herren, die hierbei interessiert sind. Zur Sache selbst kann ich mich dem anschließen, was der Herr Ministerpräsident gesagt hat. Wenn gesagt worden ist, daß es sich um eine dauernde und keine vorübergehende Einrichtung handelt, dann meine ich, ist das doch der Fall, weil gerade jetzt untersucht wird, ob nicht diese Einrichtung zu überführen ist in eine besondere Angestellten- und Arbeiterkammer. M. H.! Die Unterbringung dieser Mittel an anderer Stelle ist nicht geschehen, weil es sich um einen vorübergehenden Zustand handelt. Im allgemeinen glaube ich, kann man auch nicht annehmen, daß irgendwelche Verschleierungsabsicht vorgelegen hat. Sonst würde heute nicht bei diesem Voranschlag der Betrag unter diesen Kosten erscheinen. Im übrigen glaube ich, sollte man sich nicht so

sehr darüber unterhalten, welcher Grundsatz anzulegen ist, sondern man sollte anerkennen, daß gerade diese Einrichtung dazu beigetragen hat, uns über schwierige Zeiten hinwegzuhelfen. Das sollte man anerkennen, auch wenn man vielleicht wieder vergessen hat, daß es solche unruhige Zeiten gegeben hat.

Präsident: Herr Abg. Fröhle zur Geschäftsordnung.

Abg. **Fröhle:** Es ist bereits 2 Uhr geworden. Ich möchte den Antrag stellen, daß wir uns jetzt vertagen.

Präsident: Ich wollte bei diesem § 2 schließen. Ich warte nur darauf, daß noch die Sachen verteilt werden können, die zweite Nachsage zur Tagesordnung. Ich bitte die Herren, eben in der Registratur die zweite Ergänzung der Tagesordnung entgegenzunehmen. Die morgige Tagesordnung beginnt wieder um 9 Uhr. Fortsetzung der heutigen Tagesordnung.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß 2 Uhr.)

